Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

...ung" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei ...ung 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: ...ger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 RM. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 22201. Drahtanschrift: Klassenkampf Halle.

...elpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 12. März 1930 | 10. Jahrgang • Nr. 60

Das Wahlergebnis von Leuna

...3 demonstrieren für revolutionären Klassenkampf — Verschärfter Terror der Unternehmer ...der Sozialfaschisten bewirken Stimmenrückgang der Opposition — Lernt aus den Fehlern Organisiert die revolutionäre Einheitsfront von unten!

Halle, 12. März.

...Betriebsrätewahlen im Leuna-Werk hatten folgendes ...ende Ergebnis:

	1930	1929
...te 1 Sozialfaschisten	5 093	5 914
...te 2 (Christen)	726	591
...te 3 (Gelbe u. Stahlhelm)	2 217	1 736
...te 4 Revolutionäre Opposition	4 763	9 256
...gültig	958	550
Gesamtsumme	13 757	18 947

Mandatsverteilung im Betriebs- und Ar...wird sich nach den vorläufigen Ergebnissen folgender...gestalten, wobei wir in Klammern die Zahl der Vor...heriger:

	Arbeiterrat	Betriebsrat
Liste 1	13 (10)	10 (8)
Liste 2	1 (1)	1 (0)
Liste 3	5 (2)	4 (2)
Liste 4	12 (16)	9 (14)

*

...Wahlergebnisse bedeuten einen starken Stimmenrückgang der ...ten Opposition, einen mäßigeren Stimmenrückgang der ...chisten, eine Zunahme der Christen und insbesondere der ...Gelben. Es ist klar, daß für diese letztere Erscheinung ...Sozialfaschismus die politische Verantwortlichkeit trägt. Seine Helfershelfertaten für die Gittikönige haben ...Durchsetzung des Werkes mit Gelben erleichtert, haben ...Haus manche Arbeiter zur Verzweiflung getrieben, so ...Verlockungen der Ausbeuter erlagen.

...wichtige Tatsache, mit der wir uns in bolschewistischer ...vor allem zu beschäftigen haben, ist der

...Stimmenrückgang der revolutionären Opposition.

...Haupt...ursachen war zweifellos die Verringerung der ...von 20 000 auf 15 000. Die 5000 Entlassenen waren ...oppositionelle Arbeiter — mit ihrer Beseitigung aus ...ist nicht nur ein großer Teil — ungefähr die Hälfte — ...der revolutionären Opposition aus dem Werke ent...

...Diesen 5000 befanden sich vor allem die aktivsten Funktionäre,

...äußerst sich in der Tätigkeit des roten Betriebsrates wie in ...Agitation empfindlich auswirken mußte.

...entlassenen revolutionären Kollegen sind durch ein unerhörtes ...- und Spitzelsystem der Sozialfaschisten und der ...Strecke gebracht worden. Ganze Betriebe innerhalb des ...die bis dahin Hochburgen der Opposition waren, wurden ...aber auf ein Minimum reduziert. Im Anschluß an die ...Massenentlassungen wurde in den Wochen vor der ...von den Sozialfaschisten und den Werksangestellten die Mit...bearbeitet,

...um einen Sieg der Opposition sofort Massenentlassungen ...Stillegungen ganzer Werksteile folgen würden.

...überall arbeiteten die Sozialfaschisten und Gelben

mit der Direktion völlig Hand in Hand.

...daß dieser Terror auf schwankende Teile der Belegschaft gewirkt hat — wie sich auch andererseits der ...der aufrüttelnden und agitatorischen Kraft der 11 000 ...Leiter, der dauenden Firmen, die im Vorjahr tätig waren, ...mußte.

...Berücksichtigung aller dieser Schwierigkeiten und des un...lichen Terrors wiegen um so schwerer die 4700 Stimmen,

...auf Grund einer klaren politischen Fragestellung ...Opposition abgegeben wurden. Diese 4700 Stimmen trotz ...Entlassungsdrohung, Denunzianten- und Spitzelwesen sind ...Kampfansage gegen den Sozialfaschismus, gegen die ...liche Rationalisierung, gegen den imperialistischen Krieg.

*

...Verluste der Opposition sind im wesentlichen auf die ...Stillegungen zurückzuführen. Diese Tatsache enthebt uns aber ...Verpflichtung, kritisch zu untersuchen, warum es nicht ...ihren Terrors gelang, für die Entlassenen revolu...Ersatz zu schaffen, indem bisherige Anhänger der Sozial...von ihnen losgelöst wurden. Gewiß — die Schwierigkeiten waren ungeheuer groß. Aber die Schwierigkeiten waren groß, weil das Leuna-Werk für die deutsche Ausbeuterklasse eine entscheidende Position ist und weil sie deshalb alle Kraft darein setzt, diese Position vor revolutionären Erschütterungen zu bewahren. Um so mehr ist die revolutionäre Opposition, sind insbesondere die Kommunisten verpflichtet, ihre ganze Kraft auf die entscheidenden Großbetriebe zu konzentrieren. Fehler, die sich in ihrer Arbeit gezeigt haben, offen auszusprechen und gemeinsam mit allen klassenbewußten Arbeitern zu korrigieren.

Zweifellos ist die objektive Lage für uns günstig — zweifellos stehen auch die stimmungsgemäßen Sympathien entscheidender Massen der Chemieproleten auf unserer Seite.

Aber es genügt nicht, Sympathien zu haben. Sympathien gehen verloren, wenn man nicht versteht, sie in Kampfhandlungen gegen das Kapital umzusetzen.

Die Sozialfaschisten suchten bei den Arbeitern für sich Stimmung zu machen, indem sie auf allerlei „Erfolge" hinwiesen, die sie da und dort in freundschaftlichem Kuhhandel mit der Direktion erreicht haben und indem sie beispielsweise darauf verwiesen, daß die von der Opposition vertretenen Klagen beim Arbeitsgericht verlorengingen. Es ist klar, daß die revolutionäre Opposition nicht die Möglichkeit hat, durch gute Beziehungen zu den Ausbeutern ihrem Staat und ihren Gerichten „positive Arbeit" im Sinne der Sozialfaschisten zu leisten. Revolutionäre Betriebsräte können nur dann etwas für die Belegschaft leisten, können nur dann ihr Vertrauen erobern und behaupten, wenn sie die Arbeiter

in Kämpfe führen.

Dazu gehört wiederum eine ganze Reihe organisatorischer Voraussetzungen, gehört eine organisatorische Festigung der revolutionären Einheitsfront im Betriebe, gehören vor allen Dingen

rote Vertrauensleute in allen Abteilungen.

Die Kommunisten und die revolutionäre Opposition im Leuna-Werk haben es nicht vermocht, solche rote Vertrauensleute in ausreichendem Maße zu schaffen, sie gegen den Entlassungsterror zu verteidigen und trotz allen Unternehmerterrors für die Entlassenen Ersatz zu schaffen. Der Mangel eines festen roten Vertrauensmännerkörpers mußte sich in der Tätigkeit des Betriebsrates auswirken in einer ganzen Reihe von Schwächen der Arbeit und in einer unzureichenden Verbindung mit der Masse der Belegschaft — und diese Schwächen haben wiederum auch das Wahlergebnis ungünstig beeinflußt.

Die entscheidende Schwäche der revolutionären Arbeit im Leuna-Werk aber, die in der organisatorischen Schwäche der revolutionären Opposition eine Hauptursache hatte, lag darin, daß

alle Verschlechterungen des letzten Jahres, insbesonder die Herabsetzung der Wochenlöhne durch Verkürzung der Arbeitszeit, ohne Lohnausgleich, völlig kampflos hingenommen wurden.

Auf die rücksichtslosesten Maßregelungen wurde nicht mit Kampfmaßnahmen geantwortet.

Aus diesen Tatsachen, die für den Mißerfolg bei den Leuna-Wahlen entscheidend waren, gilt es die Lehren zu ziehen.

Nun erst recht

müssen mit ganzer Kraft die Arbeiter in allen Betrieben darangehen, rote Betriebsräte zu schaffen.

Aber es genügt nicht allein, rote Betriebsräte zu wählen — ihre Arbeit muß ein festes Fundament erhalten

durch die Organisierung der revolutionären Einheitsfront von unten, durch die Schaffung von roten Vertrauensmännern in allen Abteilungen. Ihre Tätigkeit, sowie die der ganzen revolutionären Opposition, muß darauf gerichtet sein,

Streiks in den Abteilungen und Werken als Antwort auf die Rationalisierungsoffensive auszulösen.

Nur im Kampf kann man das Vertrauen der Arbeitermassen erobern und festigen — so festigen, daß selbst die schlimmsten Terrormaßnahmen unsere Positionen nicht brechen können, daß

Entlassungen durch den geschlossenen Kampf der Belegschaft verhindert werden können,

daß für jeden Gefallenen zehn neue Kämpfer in die Bresche treten.

Wenn in diesem Sinne alle deutschen Arbeiter von Leuna lernen, dann wird der Wahlausgang ein fruchtbarer Auftakt für die kommenden revolutionären Kämpfe sein.

Morgen entscheidet Stickstoff Piesteritz

Piesteritzer Stickstoffproleten, zerschlagt den brandleristisch-sozialfaschistischen Verräterblock! Wählt rote Betriebsräte!

A.-K. Die revolutionäre Front ist formiert. Die letzten Reste gewerkschaftsideologischen Zusammenschwörertums haben sich bei den mit der Aufstellung der roten Betriebsratsliste verbundenen Diskussionen selbst ihrer Maske entledigt und sich auf die Seite des Sozialfaschismus geschlagen. Dem Kampf der Stickstoffarbeiter um die Eroberung der Betriebsratsfunktionen steht somit kein Hindernis mehr im Wege. Es gilt nun, mit den Feinden der Arbeiterklasse, den Beauftragten der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie den Bassüner und Konsorten sowie mit den Sozialfaschisten selbst endgültig abzurechnen. Die Stickstoffproleten haben den brandleristischen und reformistischen „Vernunftspolitikern" in den Belegschaftsversammlungen bereits eine derbe Abfuhr erteilt.

Die Generalabrechnung aber erfolgt am 13. und 14. März zur Betriebsratswahl.

An diesen Tagen haben die Stickstoffproleten zu entscheiden, ob sie gewillt sind, unter Führung der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie und einer feigen Liquidatorengruppe dem faulenden kapitalistischen Wirtschaftssystem zur Stabilität zu verhelfen, was mit der Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung und dem imperialistischen Interventionskrieg gegen das Vaterland aller Ausgebeuteten, Sowjet-Rußland aufs engste verbunden ist oder ob sie bereit sind, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Kommunistischen Partei, dem Dreibund Gewerkschaftsbürokratie, Unternehmertum und Polizeikamarilla den Todesstoß zu versetzen und den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion mit ihrem Blut zu verteidigen.

Die Stickstoffarbeiter, die in traditioneller Einmütigkeit der revolutionären Kampfpartei in den Zeiten größter Gefahr treu geblieben sind, werden die Fahne des Kommunismus nicht verlassen, sie werden in Anbetracht der brutalen Unternehmerofensive, der Verelendungspolitik der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbonzen und deren Handlanger, der Brandleristen, sowie des verruchten Gummiknüppelregimes, den Brey, Feustel, Bassüner und Konsorten am 13. und 14. März die Quittung für ihren Verrat an der Arbeiterklasse erteilen. Sie haben erkannt, daß die Betriebsratswahlen politische Wahlen sind, daß deshalb nur revolutionäre Betriebsräte mit der Interessenvertretung der Arbeiterschaft betraut werden können.

Wer am 13. und 14. März seine Stimme dem Dauerbetriebsrat und Arbeiterverräter Bassüner und damit der sozialfaschistischen Betrügerliste gibt, schaufelt sich sein eigenes Grab, in das ihn die freigewerkschaftlich organisierten Unternehmerlakaien zum gegebenen Moment hineinstoßen werden.

Wer rote Betriebsräte wählt, will kämpfen gegen Massenentlassungen, Kommunistenverfolgungen, für Siebenstundentag und Lohnerhöhung, für den Schutz der Sowjetunion, für ein Sowjet-Deutschland!

Stickstoffproleten, auf zur Entscheidung! — Wählt rote Betriebsräte!

Roter Sieg in Berliner Gaswerken

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. März.

Die Betriebsrätewahl in den Berliner städtischen Gaswerken endete mit einem vollen Erfolg für die Opposition. Während die Opposition bisher nur fünf Arbeiterratsmitglieder hatte, erhielt sie diesmal mit 2000 Stimmen acht rote Kandidaten im Arbeiterrat. Die Sozialfaschisten dagegen haben schwere Verluste erlitten. Von den bisher innegehabten 13 Arbeiterratssitzen verlieren sie 3 und sinken somit auf 10 herab. Dieser Vorstoß der Opposition ist um so mehr zu bewerten, als auch hier von der sozialdemokratischen Direktion gemeinsam mit den SPD.-Betriebsräten ein beispielloser Terror gegen die Opposition seit Monaten entfaltet wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0001

Rache für den ermordeten Genossen

Gestern fand in Ammendorf unter riesiger Beteiligung der Arbeiterschaft von Ammendorf, Halle, Merseburg und anderen Ortschaften die Beerdigung des am 6. März in Ammendorf von verletzten Polizeikosaken gemordeten Arbeiters Karl Fröhder statt. Den Ölendorfer Friedhof, auf dem die Beerdigung stattfand, füllten Tausende von Menschen, die den Rachesschwur am Grabe des Bluttopfers des Polizeiterrors ablegten. Trotz des überaus starken Polizeiaufgebotes, das die „Ruhe und Ordnung" aufrechterhalten sollte, gelang es Hunderten von Arbeitern und Erwerbslosen, vor allem aus dem Geiseltal und aus Merseburg, in geschlossenen Zuge und unter Gesang revolutionärer Lieder, den Sammelplatz in Ammendorf zu erreichen. Die Polizei wagte nicht, die erregten Arbeitermassen anzugreifen. Die Belegschaft von Weingler, Ammendorf, wo Karl Fröhder gearbeitet hat, legte gestern mittag um 12 Uhr die Arbeit nieder und beteiligte sich geschlossen an der Trauerkundgebung. Auch eine Delegation der Halleschen Röhrenwerke und zahlreiche andere Delegationen waren vertreten. Rote Frontkämpfer trugen ihren ermordeten Kameraden zur letzten Ruhestätte. Am Grabe sprachen die Genossen Kroh, Berger, Benkwitz und Vertreter zahlreicher Delegationen. Die Beerdigung gestaltete sich zu einer machtvollen Protestkundgebung gegen Arbeitermord und Polizeiterror. In Merseburg demonstrierten die zurückkehrenden Arbeiter durch die Weiße Mauer und die Karlstraße. Am Amtsgerichtsgefängnis riefen sie: „Heraus mit Heinz Sauder." Die Demonstranten gelangten bis zum Marktplatz, ohne daß sie die Polizei daran hindern konnte.

Neuer Naziüberfall auf Berliner Arbeiter

(WTB.) Berlin, 12. März.

In der vergangenen Nacht kam es in der Steinmetzstraße zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in dessen Verlauf mehrere Schüsse abgefeuert wurden. Der 22jährige Arbeiter Adolf Behnert wurde durch zwei Schüsse so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Polizei nahm vier Kommunisten und sechs Nationalsozialisten fest.

Ein Sieg des Kohlenkapitals im englischen Unterhaus

Regierungsvorlage niedergestimmt

Bei der Beratung des Kohlengesetzes im englischen Unterhaus wurde ein Abänderungsantrag der konservativen Opposition, welcher besagt, daß die in der Regierungsvorlage enthaltene Erzeugerabgabe, also eine Besitzsteuer, wieder gestrichen werden soll, mit 282 Stimmen gegen 274 Stimmen angenommen. Sofort stieß Baldwin weiter vor und verlangte Zurückziehung der ganzen Vorlage. Die konservative Meute begrüßte die Abstimmung durch minutenlangen Beifallssturm. Dauernd wurde gerufen: „Zurücktreten!"

Indessen wird die Arbeiterregierung vorläufig nicht zurücktreten, sondern treu und brav den Willen der Kohlenbarone durchführen, nicht nur beim Kohlengesetz, sondern auch in allen übrigen Fragen.

Neue Stockung auf der längst bankrotten Flottenkonferenz

Auf der Londoner Flottenkonferenz ist infolge der außerordentlich scharfen Gegensätze zwischen den imperialistischen Räubermächten eine neue Stockung eingetreten. Die ganze Konferenz besteht überhaupt nur aus Stockungen. Die Mächte verweigern die von Frankreich geforderten Sicherheitsgarantien. Den Bankrott der Konferenz drückt der Berichterstatter des „Echo de Paris" am deutlichsten aus, indem er zugibt, daß keine Abmachungen über Flottenverminderung in Frage kämen. Briand sei der Meinung, daß „die gegenwärtige Stunde für die endgültige Organisation des Friedens nicht günstig" sei. Frankreich sei mehr denn je zur Durchführung seines Flottenbauprogramms verpflichtet. Die anderen werden sich nicht minder verpflichtet fühlen, mit Hochdruck weiter zu rüsten.

Uebrigens haben die inneren Vorgänge in Deutschland, insbesondere der Wechsel im Reichsbankpräsidium, zweifellos auch ihren Einfluß auf die Verhandlungen der Flottenkonferenz.

Siebenstundentag in der Sowjetunion

Die Moskauer Eisenbahn „Oktober" hat mit dem 1. März für alle Arbeiter den Siebenstundentag eingeführt. Die notwendigen Umstellungen werden nach Meldung der „Iswestija" durchaus günstig verlaufen.

Steuerraubprogramm der Koalition

Young-Raub-Plan angenommen — SPD., Zentrum, Demokraten beschließen in der Durchführung neuen Steuerraubzug gegen werktätige Massen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. März.

In langen Verhandlungen zwischen den vier Parteien der Weimarer Koalition (also ohne Deutsche Volkspartei) einigte man sich gestern auf folgendes Finanzprogramm:

1. Auf die Biersteuer wird mit Rücksicht auf den Widerstand der Bayrischen Volkspartei Verzicht geleistet, doch erhalten die Länder das Recht, sich selbst durch Zuschläge zu der bestehenden Reichsbiersteuer Einnahmen zu verschaffen. Wie wir erfahren, will die preußische Regierung einen solchen Zuschlag zur Biersteuer erheben.

2. Die Kapitalertragssteuer, eine der ganz wenigen Besitzsteuern, wird, wie alle festverzinslichen Werte außer Kraft gesetzt, was einen Ausfall um 45 Millionen Mark bedeutet.

Zum Ersatz dafür wird der Benzin- und Benzolzoll erhöht, wodurch eine Einnahme von 60 Millionen erzielt wird. Zur Ergänzung wird eine Benzolherstellungssteuer (für in Deutschland hergestelltes Benzol) eingeführt, die etwa 35 Millionen bringt.

Durch die alle Werktätigen schwer treffende neue Mineralwassersteuer kommen 40 Millionen ein, während die „Besitzsteuererhöhung" ganze 3 Millionen einbringt! Der Bourgeoisie sollen ihre Genüsse eben nicht geschmälert werden.

Um so schlimmer und skandalöser ist es, daß die Steuer gewaltig erhöht wird, gegen die früher die SPD. immer das Feuer ihres Angriffes richtete, nämlich die Umsatzsteuer, die auf Waren erhoben und auf die Konsumenten abgewälzt wird. Sie wird von 0,75 auf 0,80 v. H. erhöht, wodurch ein Mehrertrag von 40 Millionen geschieht ist. Außerdem aber soll von nun an auch zum erstenmal der erste Umsatz nach der Einfuhr der Umsatzsteuer unterworfen werden, was ebenfalls eine Erhöhung und Massenbelastung um weitere 40 Millionen bedeutet.

Von der Steuersenkung um 600 Millionen, die im Jahre 1931 in Kraft treten wird, sollen 240 Millionen ausschließlich zur Senkung und damit fast zur Liquidierung der Kapitalsteuer, nämlich der Gesellschafts- und Börsenumsatz- sowie der Realsteuer verwandt werden, während die übrigen 360 Millionen auf die Senkung der Einkommensteuer entfallen. Diese wird derart vorgenommen, daß auch hier den Hauptprofit die Besitzenden großen Einkommen haben.

*

Dieses Steuerprogramm, das die SPD. angenommen hat, ist möglich noch schlimmer als der ursprüngliche Entwurf. Es bürdet den werktätigen Massen neue Steuerlasten und begünstigt die Großbourgeoisie in unverschämter Weise.

Arbeiter, nehmt zum kapitalistischen Steuerprogramm Hermann Müller, der Severing, Wels und Künstler überall Stellung!

Kämpft gegen Steuerraub durch Streiks um höhere Löhne!

Maßregelung von vier roten Kandidaten auf der Waiag

Erst gestern meldeten wir die brutale Maßregelung von Kandidaten der roten Betriebsratsliste von Kraftwerk Zschornewitz. Heute kommt von Piesteritz eine ähnliche Meldung. Kandidaten der roten Liste wurden plötzlich entlassen. In wahnsinnigen Angst vor den roten Betriebsräten schlägt Chemiegewaltigen zu. Jedes Gesetz mißachtend, ohne auch nur Schein der Demokratie zu wahren, suchen sie sich durch diese brutalen Maßnahmen der über ihre Betriebe hereinbrechenden revolutionären Welle zu erwehren.

Die Belegschaft der „Waiag" muß nun erst recht geschlossen den roten Betriebsrat stimmen und durch ihr Eingreifen die Maßregelung rückgängig machen.

Uebrigens hat der Renegat Bode dieser Infamie Vorschub geleistet. Unter dem Vorwand, die Kandidaten „zu schützen", hat er die Listen bis drei Tage vor der Wahl nicht aushängen. In Wirklichkeit glaubte er, hierdurch unseren Kandidaten den gesetzlichen Schutz zu rauben. Er wird sich verrechnet haben. Erster Donnerstag die richtige Antwort. Wählt Liste 2 (Rote Turat).

Reichstag nimmt Young-Plan an

(Eig. Drahtm.) Berlin, 11. März.

Der Reichstag nahm in namentlicher Abstimmung Artikel 1, der dem Pariser Sachverständigenplan und den Rheinlandräumungen zustimmt, mit 231 gegen 174 Stimmen an.

Die mit Spannung erwartete Auszählung der Stimmkarten bei der Abstimmung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens ergab 224 gegen 207 Stimmen bei 30 Enthaltungen. Also auch bei diesem Kriegsabkommen gegen die Sowjetunion haben die Regierungsparteien eine Mehrheit zusammengescheben.

Ein kommunistischer Antrag auf eine Entschädigung der kleinen und mittleren Liquidationsgeschädigten, Verdrängten und Gewaltgeschädigten, der namentlich abgestimmt wurde, fand nur die Unterstützung der Kommunisten.

*

Der parlamentarische Kampf um den Young-Plan findet am Mittwoch seine Erledigung. Aber der entscheidende Kampf gegen die Auswirkung des Raubplanes muß im verschärften Maße außerparlamentarisch von den Millionenmassen des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei aufgenommen werden.

Organisiert die revolutionäre Einheitsfront! Organisiert Streiks in den Betrieben! Kämpft gegen Steuer- und Unterstützungsraub!

Der „Bund zur Erneuerung des Reichs"

schickt seinen Führer in die Reichsbank — Luther als Reichsbankpräsident gewählt
Kurs auf faschistische Diktatur wird fortgesetzt

In der gestrigen Sitzung des Generalrats der Reichsbank wurde Dr. Luther, der als einziger Kandidat in Vorschlag gebracht war, zum Präsidenten der Reichsbank gewählt.

Damit ist also der Führer des „Bundes zur Erneuerung des Reiches", d. h. der Organisation, die die faschistische Diktatur für Deutschland vorbereitet, in eine entscheidende Position gelangt. Daß der Kurs auf die Diktatur von ihm noch energischer als bisher verfolgt werden wird, zeigt eine Aeußerung, die Luther anläßlich einer Unterredung mit einem WTB.-Vertreter machte. Dort sagte er zur Frage der sogenannten Reichsreform, daß „eine durchgreifende Reichs- und Staatsreform (d. h. Errichtung der faschistischen Diktatur auf kaltem Wege. Die Red.) wie der Bund zur Erneuerung des Reiches sie betreibt, ein tragender Teil jeder Gesamtreform" sei.

Und dann meinte er nachdrücklichst:

„Die Arbeit des Bundes wird mit vollem Nachdruck fortgesetzt werden. Ich selbst werde allerdings, worüber ich mich mit einer Reihe leitender Persönlichkeiten des Bundes bereits verständigt habe, den Vorsitz niederlegen, um mich ganz dem neuen, großen Aufgabenkreis zu widmen."

Luther wird also als direkter Beauftragter dieses berüchtigten Bundes in seiner neuen Machtposition arbeiten

Um so verbrecherischer ist es, daß die sozialdemokratischen Minister nicht einen Finger gerührt haben, um die Vollmachten und die Unabhängigkeit des Reichsbankpräsidenten zu verhindern, obwohl die Möglichkeit dazu bestand. Das zeigt, daß nicht nur der Kampf gegen Schacht ein Scheinkampf war, sondern auch, daß die Sozialfaschisten den Heroid der faschistischen Diktatur, Luther, und seine Pläne nach Kräften stützen werden, während nach außen hin die Scheingefechte fortgesetzt werden.

Erhöhte Dividende in der Eisenindustrie

Die Vereinigten Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten A.G. wird in diesem Jahre zehn Prozent Dividende auszahlen gegen 9 Prozent im Vorjahre.

Durch die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter bei viel zu langer Arbeitszeit erzielen die Stahlherren erhöhte Dividende. Sie verdanken diese Riesengewinne in erster Linie den sozialfaschistischen Gewerkschaftsführern, die alle Mittel des Arbeiterbetruges aufwenden, um die kapitalistische Rationalisierung zu fördern und den Siebenstundentag zu verhindern.

Der Köpfungsausschuß arbeitet

gegen Kinderspeisung und Wohnungsbau

Die vom Hauptausschuß des Preußischen Landtages in wochenlangen Beratungen beschlossenen, über die ursprünglichen Etatansätze hinausgehenden Mehrausgaben wurden in dem sogenannten Köpfungsausschuß einer Nachprüfung unterzogen. Auf Antrag des Berichterstatters Heilmann (SPD.) verfielen alle wesentlichen Anträge, um deren Annahme im Hauptausschuß zum Teil heftig gestritten worden war, wieder der Ablehnung.

Trotz der katastrophalen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats und des anwachsenden Hungerelends der proletarischen Schulkinder hatte der „christliche Minister für des Volkes Wohlfahrt" für das Jahr 1930 für Kinderspeisung, genau wie im Vorjahre, nur 600 000 Mark angeboten. Mehr schienen diesem wohlbeleibten Christusanbeter dafür nicht notwendig zu sein. Der Hauptausschuß hatte jedoch, nachdem weitergehende kommunistische Anträge abgelehnt waren, eine Million Mark für diesen Zweck bewilligt. Dagegen erhob der demokratische Finanzminister Einspruch. Hagle (Wirtschaftspartei) sprach sich im Köpfungsausschuß gegen die Erhöhung aus. Unter Führung der Schwerindustrie (Wiemer, DVP.) wurde dann mit der SPD. der Beitrag um 200 000 Mark herabgesetzt, also nur 800 000 Mark bewilligt. Für die Bewilligung von mindestens einer Million Mark stimmte nur der kommunistische Vertreter.

In gleicher Weise wurde der Beschluß des Hauptausschusses behandelt, 10,5 Millionen Mark Hauszinssteuer nicht mehr zur Tilgung der Staatsschuld, sondern restlos für den Wohnungsbau zu verwenden. Wenn dem Beschluß des Hauptausschusses Rechnung getragen würde, — so erklärte die Regierung — würde das Defizit im preußischen Staatsetat noch größer und etwa die runde Summe von 100 Millionen Mark betragen.

Das ist das Ergebnis von über zehn Jahre Weimarer Koalition in Preußen!

Arbeiter, macht Schluß mit dieser bankrotten Hungerregierung!

Kämpft mit der Kommunistischen Partei für die sozialistische Räterepublik!

Englische Werftproleten streiken gegen Maßregelungen

(Eig. Drahtm.) London, 12. März.

In den Werften an der Themse sind die Arbeiter wegen Maßregelung von vier Kollegen und zum Protest gegen die Rationalisierungsmaßnahmen heute in den Streik getreten. Bisher sind 1600 den Kampf aufgenommen, die von den Gewerkschaften. Der Verein mit dem Arbeitsminister sofort eingeleiteten Verhandlungen Abwürgung dieser Bewegung sind gescheitert.

Die Kommunisten für die Soldaten

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zu der neuen Selbstmordepidemie in der Reichswehr die nachstehende Interpellation eingebracht:

„In der letzten Zeit nehmen die Selbstmorde der Mannschaften und Unteroffiziere in der Reichswehr in einem Umfange zu, die bereits außerordentlich hohen Selbstmordziffern der entsprechenden Monate der vergangenen Jahre weit übertrifft.

Im Oktober 1929 erschoß sich der Gefreite Alfred Schmidt von der Kraftfahrabteilung des Pionierbataillons 3. In einem hinterlassenen Brief führt er seinen Freitod auf die Demütigungen im Dienst zurück.

Am 7. November verübte in einem Berliner Hotel der Obergefreite Gustav Gruber aus Potsdam Selbstmord.

Am 24 Dezember erschoß sich in Stolp (Pommern) der 19jährige Reiter Daus von der 4. Eskadron des Reiterregiments 5. Verzweiflung darüber, daß er gerade an diesem Abend 14 Tage verschärften Arrest antreten mußte.

Am 12. Januar erhängte sich der 25jährige Obergefreite Fritz Herig von der 1. Batterie des Artillerieregiments 2 in Stettin.

Am 9 Februar erschoß sich in Braunschweig der Obergefreite Vogel.

Am 10. Februar verübte der Unteroffizier Busse von der Schwadron des Reiterregiments 3 in Stendal Selbstmord.

Am 11. Februar erschoß sich in Stettin der 21jährige Obergefreite Lüdke von der dortigen Minenwerferkompagnie.

Durch den neuesten Selbstmordfall in einem Nürnberger Truppenteil wird bekannt, daß allein in dieser Kompagnie 3 Selbstmorde von Reichswehrangehörigen in verhältnismäßig kurzer Zeit vorgekommen sind.

Die Aufzählung umfaßt nur einen Bruchteil der in den genannten Monaten vorgekommenen Reichswehrselbstmorde. In fast allen Fällen muß selbst der amtliche Bericht als Ursache teils wirtschaftliche Notlage, teils Verzweiflung über unmenschliche Behandlung durch die Vorgesetzten, ferner solche reaktionäre Bestimmungen wie das Heiratsverbot angeben.

Ist die Reichsregierung bereit, umgehend darüber Auskunft zu erteilen, welche Maßnahmen sie zur Beseitigung dieser von der kommunistischen Fraktion stets angeprangerten Selbstmordursachen zu treffen gedenkt?"

Inzwischen haben sich die in der Interpellation aufgezählten Selbstmorde wiederum durch den neuen Potsdamer Fall vermehrt

Der Vormarsch der KPD.

Am Sonntag, dem 9. März, fanden in Hohenleuben (Thüringen die Stadtratswahlen statt. Es erhielten:

Liste 1 Bürgerliche Vereinigung	337 Stimmen
Liste 2 Gewerbetreibende	157 Stimmen
Liste 3 KPD.	**244 Stimmen**
Liste 4 SPD.	102 Stimmen

Im Vergleich zu den Landtagswahlen 1929

verliert die SPD. 40 Prozent ihrer Stimmen, während die Kommunistische Partei ihre Stimmenzahl um über 50 Prozent erhöhen konnte.

Wie bei den Betriebsrätewahlen, so zeigt sich auch bei diesen Stadtratswahlen, daß die Kommunistische Partei trotz der bestialischen Hetze und dem brutalen Terror gegen die revolutionäre Arbeiterschaft sich unaufhaltsam im Vormarsch befindet.

Silvio Gesell, der bekannte Führer der Freiland-Freigeld-Bewegung, ist in der Siedlung Eden bei Oranienburg an einer Lungenentzündung gestorben.

Sozialfaschistischer Sumpf. Im Gladbecker Arbeitsamt bestehen sozialdemokratische Stadtverordnete Preß Brandstiftung, die sich vom ihm begangene Unterschlagung von Arbeitslosengeldern zu tuschen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0002

Artikel des Genossen Stalin

Kollektivisierung ohne Schwankungen

Kampf gegen Opportunismus, auch wenn er sich „links" gebärdet

veröffentlichen im folgenden den grundlegenden Artikel des Genossen Stalin, der erstmalig in der „Prawda" vom 2 März unter dem Titel: „Es wird manchen schwindlig von den Erfolgen", erschien.

Der Artikel kämpft in der schärfsten Weise gegen bestimmte Fehler, die — gerade auf Grund des raschen Erfolges der Bewegung — in der Praxis unserer russischen Bruderpartei sind und deren Wesen darin besteht, daß mangels konkreter und auf die tatsächlichen Bedingungen des Klassenkampfes gestützten richtigen Erfassens des nächsten Kettenglieds Schritte unternommen werden, die nicht mit der lebendigen Massenbewegung verbunden sind und eben deshalb auf dem Papier bleiben müssen, und vor den Massen diskreditiert.

Solche Fehler, die die kommunistischen Parteien an der Organisierung der Revolution hindern, sind Hemmnisse der Ueberwindung der rechten Hauptgefahr. Gerade deshalb beschränkt sich der Artikel des Genossen Stalin, der sich mit praktischen Fragen des weiteren Aufbaus in der Sowjetunion beschäftigt, in seiner Bedeutung nicht auf die Kommunistische Partei der Sowjetunion, sondern hat richtunggebender Bedeutung für die Kommunistische Internationale in allen ihren Sektionen.

Der Artikel ist in seiner Schrift: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" über die Entwicklung des Bolschewismus. Im Kampfe gegen zwei Fronten, gegen Opportunismus und Sektierertum:

Kampfe mit welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung hat sich der Bolschewismus entwickelt, gestärkt und gestählt?

In allen Dingen im Kampfe gegen den Opportunismus ... Es war natürlich der Hauptfeind des Bolschewismus innerhalb der Arbeiterbewegung ... Dieser Feind ist und bleibt nach wie vor der Hauptfeind in der Internationale. Diesem Feind hat der Bolschewismus stets die größte Aufmerksamkeit gewidmet ... Im Auslande ist es noch allzuwenig bekannt, daß der Bolschewismus groß geworden ist sich entwickelt und gestählt hat im langjährigen Kampfe gegen kleinbürgerlichen Radikalismus, der dem Anarchismus ähnlich ist, oder manches von ihm entlehnt hat, der in allem wesentlichen von den Bedingungen und Bedürfnissen des konsequenten proletarischen Klassenkampfes abrückt ...

Der Anarchismus war nicht selten eine Art Strafe für die opportunistischen Schichten der Arbeiterbewegung. Beide Ausdrücke ergänzen einander."

Es gehört zum Wesen des Bolschewismus gehört, die Gegner, die er bekämpfte, konkret zu stellen und nicht zuzulassen, daß — wie Opportunisten tun, die die Parteilinie als „ultralinks", — der Sinn seines revolutionären Kampfes entstellt wurde. Es ist Aufgabe unserer wie der anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale, konkret auch die „linken" Fehler festzustellen, die unsere revolutionäre Massenmobilisierung hemmen. Solche Fehler sind in gewissem Umfange auch bei uns vorhanden. Kommt es nicht etwa vor, daß rote Betriebsräte ohne Massenmobilisierung aufgestellt werden, daß auf ihnen tatsächlich nur Mitglieder der Kommunistischen Partei figurieren und daß auf diese Weise das Wesen unserer revolutionären Einheitsfronttaktik von unten, die breiteste Massen mobilisieren muß, verkannt wird? Sind solche praktischen Fehler nicht oft verbunden mit „radikalem" Hochmut, der „von oben" herabblickt auf die unorganisierten Arbeiter und auf die jungen Parteimitglieder — die doch vielfach die revolutionäre Linie gegen opportunistische Fehler unserer alten Genossen durchsetzen müssen? Existiert nicht noch immer da und dort die scheinradikale Phrase des „Alles oder nichts", die auf dem Papiere mitunter zu den abenteuerlichsten, zum wirklichen Stande des Klassenkampfes in krassesten Widerspruch stehenden Phrasen gelangt — die eben aber unterläßt, die wirklichen Kämpfe der Arbeiter zu organisieren, in den Betrieben und auf den Stempelstellen die Organe der revolutionären Einheitsfront — von unten zu schaffen und auf diese Weise **Uebergange von der blosen Agitation und Propaganda zur Organisierung von Massenkämpfen** besteht? Rechte und „linke" Formen des Opportunismus sind sehr häufig an einer Stelle vereint zu treffen.

Jeder denkende Arbeiter weiß, daß solche Gefahren vorhanden sind und mit aller Kraft bekämpft werden müssen, er weiß aber auch, daß, dieser Kampf nicht — wie die Opportunisten außerhalb und innerhalb unserer Reihen frohlocken verkünden — eine Abschwächung, sondern im Gegenteil eine Verstärkung unseres Kampfes gegen den Opportunismus in allen seinen Erscheinungsformen bedeutet, daß sie uns helfen wird, den feigen Opportunismus noch konkreter als bisher zu stellen und zu schlagen.

Und jeder klassenbewußte Arbeiter versteht auch, daß der Artikel des Genossen Stalin nicht, wie die Sozialfaschisten behaupten, einen Rückzug, sondern im Gegenteil eine Unterstützung des sozialistischen Angriffs auf das Kulakentum bedeutet.

Redaktion des „Klassenkampf."

Kein Wasser auf die Mühle des rechten Opportunismus!

Die Erfolgen der Sowjetmacht auf dem Gebiete der kollektivistischen Bewegung spricht jetzt alle Welt. Sogar die Feinde gezwungen, die Tatsache ernster Erfolge zuzugeben. Diese sind tatsächlich sehr groß. Es ist Tatsache, daß am 20. Februar 1930 bereits 50 Prozent der Bauernbetriebe der Sowjetunion kollektivisiert. Das bedeutet, daß wir am 20. Februar 1930 den Fünfjahrplan mehr als zu 200 Prozent erfüllt hatten. Es heißt, daß die Kollektivwirtschaften bereits am 28. Februar über 26 Millionen Zentner der Sommersaaten oder mehr als 100 Prozent des Planes, d. h. rund 220 Millionen Pud Getreide gebracht hatten. Die Aufbringung von 220 Millionen Pud ist nur durch die Kollektivwirtschaften nach der erfolgreichen Durchführung der Getreidebeschaffung stellt eine ungeheure Tatsache dar. Wovon zeugt dies alles? Davon,

daß die entscheidende Wendung des Dorfes zum Sozialismus schon als geschehen ansehen kann.

Es ist klar, daß dieses Ergebnis für unser Land, für die gesamte Arbeiterklasse als führende Macht unseres Landes, schließlich für die Partei selbst von allergrößter Bedeutung. Abgesehen von den direkten praktischen Resultaten hat das innerparteiliche Leben, für die Schulung unserer Partei von gewaltiger Bedeutung. Sie erfüllen unsere Partei mit dem Gefühl der Zuversicht und des Glaubens an die eigenen Kräfte. Sie führen die Arbeiterklasse im Glauben an den Sieg unserer Partei. Sie führen unserer Partei neue Millionenreserven zu.

Es ergibt sich die Aufgabe für die Partei: Die erreichten Erfolge zu verankern und sie für den weiteren Vormarsch planmäßig auszunutzen.

Sie haben aber auch ihre Schattenseiten, besonders, wenn sie vorzeitig „leicht" zuslagen „unerwartet" erzielt werden.

Erfolge erzeugen den Geist des Dünkels und der Hoffnung: „Wir können alles", „Uns ist alles eine Bagatelle!"

Einige berauschen häufig die Leute sogar schwindelt vor den Erfolgen, verlieren das Maß, die Fähigkeit, die Wirklichkeit zu sehen. Es tritt das Bestreben ein die eigenen Kräfte zu überschätzen, es werden die Kräfte des Feindes zu unterschätzen, es werden „kühne" Versuche gemacht, alle Fragen des sozialistischen Aufbaus im Handumdrehen zu lösen. Man hat nicht mehr die Sorge, die erreichten Erfolge zu verankern und für den weiteren Vormarsch planmäßig auszunutzen. Wozu sind die erzielten Erfolge verankern ... wir werden im Handumdrehen" bis zum vollständigen Sieg des Sozialismus: „Wir können alles", „Uns ist alles eine Bagatelle".

Es ergibt sich für die Partei die Aufgabe: Gegen diese gefährlichen und für die Sache schädlichen Stimmungen einen entschiedenen Kampf aufzunehmen, sie in der Partei auszumerzen.

Es ist nicht zu sagen, daß diese gefährlichen und für die Sache schädlichen Stimmungen in den Reihen unserer Partei eine neue Erscheinung gefunden haben. Sie sind aber immerhin Ausdruck, wobei keine Anhaltspunkte, wie die Partei vorgehen muß, sie sich **nicht verstärken werden.** Und wenn sich diese Stimmungen bei uns einbürgern, so kann nicht daran gezweifelt werden, daß eine bedeutende Schwächung der kollektivwirtschaftlichen Bewegung eintreten wird und die Gefahr einer Sprengung der Bewegung real werden kann.

Es ergibt sich die Aufgabe für unsere Presse: Systematische Bekämpfung dieser und ähnlicher antileninistischer Stimmungen.

Nehmen einige Tatsachen.

Die Erfolge unserer kollektivwirtschaftlichen Politik lassen unterdem dadurch erklären, daß diese Politik sich auf das Prinzip der Freiwilligkeit in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung und auf die Berücksichtigung der Mannigfaltigkeit in den Verhältnissen der verschiedenen Gebiete der Sowjetunion stützt. Kollektivwirtschaften kann man nicht mit Gewalt aufpfropfen. Dies wäre dumm und reaktionär. Die kollektivwirtschaftliche Bewegung muß von den entscheidenden Massen der Bauern aktiv unterstützt werden. **Man muß bei der Bestimmung des Tempos und der Methoden im Aufbau von Kollektivwirtschaften die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Gebieten der Sowjetunion vorgsältig berücksichtigen.**

Was geschieht aber mitunter bei uns tatsächlich? Kann man sagen, daß in einer Reihe von Bezirken gegen das Prinzip der Freiwilligkeit und der Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten nicht verstoßen wird? Leider nicht. Es ist z. B. bekannt, daß man in verschiedenen nördlichen Bezirken des Zuschußgebietes, wo die Bedingungen für die sofortige Organisierung von Kollektivwirtschaften verhältnismäßig ungünstiger liegen, als in den reinen Getreidegebieten, häufig bestrebt ist, die Vorbereitung zur Organisierung von Kollektivwirtschaften durch bürokratische Dekrete, papierne Resolutionen über das Wachstum der Kollektivwirtschaften, durch Organisierung von Kollektivwirtschaften auf dem Papier zu ersetzen, die in Wirklichkeit nicht bestehen, aber deren „Bestehen" aber eine Menge prahlerischer Resolutionen vorliegen

Oder vergegenwärtigen wir uns einige Bezirke Turkestans, wo die günstigen Voraussetzungen für die sofortige Organisierung von Kollektivwirtschaften noch geringer sind als in den nördlichen Teilen des Zuschußgebietes. Man weiß, daß in zahlreichen Bezirken Turkestans Versuche unternommen wurden, die fortschrittlichen Gebiete der Sowjetunion durch Drohungen mit der Militärgewalt, durch die Drohung, „einzuholen und zu überholen", daß den Bauern, die vorläufig noch nicht in die Kollektivwirtschaften eintreten wollen, die Benutzung der Bewässerungsanlagen und die Belieferung mit Industriewaren gesperrt werden sollte.

Was hat diese „Feldwebelpolitik" mit der Politik der Partei gemein, die sich auf die Freiwilligkeit und die Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten im Aufbau von Kollektivwirtschaften stützt? Es ist klar, daß sie nichts gemein haben und auch nicht haben können. Wem nutzen solche Entstellungen, ein solches bürokratisches Dekretieren der Kollektivwirtschaftsbewegung, solche unwürdigen Drohungen gegenüber den Bauern? Nur unseren Feinden! Wohin können diese Entstellungen führen? Zur Stärkung unserer Feinde und Diskreditierung der Idee der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

Dürfte es nicht klar sein, daß die Urheber der Entstellungen, die sich „radikal" dünken, tatsächlich dem rechten Opportunismus Wasser auf die Mühle gießen?

Zweitens: Eines der größten Verdienste der politischen Strategie unserer Partei besteht darin, daß sie es im jeweiligen Augenblick versteht, das wichtigste Glied der Bewegung festzustellen, es zu packen und dann gleichsam alle Kettenglieder zu einem gemeinsamen Ziel, zur Lösung der Aufgabe zu bewegen. **Kann man sagen, daß die Partei bereits im System des kollektivistischen Aufbaus das entscheidende Glied festgestellt hat? Man kann und muß es.** Worin besteht das entscheidende Glied? Etwa im kameradschaftlichen Zusammenschluß zur gemeinsamen Bodenbestellung? Nein, nicht darin.

Gemeinsame Bodenbewirtschaftung ohne Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist eine bereits überholte Etappe der kollektivwirtschaftlichen Bewegung.

Vielleicht in der landwirtschaftlichen Kommune? Nein, nicht in der Kommune. Die Kommunen sind vorläufig noch Einzelerscheinungen in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung. Für die landwirtschaftlichen Kommunen als überwiegende Form mit Vergesellschaftung nicht nur der Produktion, sondern auch der Verteilung sind die Verhältnisse noch nicht reif.

Das entscheidende Glied der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, ihre gegenwärtig überwiegende Form, an die man sich jetzt halten muß, ist das landwirtschaftliche Artel,

d. h. in den landwirtschaftlichen Artels sind die Produktionsmittel hauptsächlich in der Getreidewirtschaft vergesellschaftet: Arbeit, Bodennutzung, Maschinen und ähnliches Inventar, Arbeitsvieh, Wirtschaftsgebäude. Nicht vergesellschaftet sind die kleinen Gemüse- und Gartenanlagen, die Wohngebäude, ein bestimmter Teil des Milchviehs, des Kleinviehs, des Federviehs usw.

Das Artel ist das entscheidende Glied der kollektivwirtschaftlichen Bewegung deswegen, weil es die **zweckmäßigste Form zur Lösung des Getreideproblems darstellt.** Das Getreideproblem wiederum ist das entscheidende Glied im System der gelamten Landwirtschaft deswegen, **weil ohne seine Lösung weder das Problem der Viehzucht (Groß- und Kleinvieh), noch das Problem der gewerblichen und ähnlichen Nutzpflanzen als Hauptrohstoffe der Industrie gelöst werden kann.** Daher ist eben das landwirtschaftliche Artel gegenwärtig im System der kollektivwirtschaftlichen Bewegung das entscheidende Glied.

Davon geht das „Musterstatut" der Kollektivwirtschaften aus, dessen endgültiger Text jetzt veröffentlicht wird. Davon müssen auch unsere Partei- und Sowjetfunktionäre ausgehen. Eine ihrer Pflichten besteht darin, das Wesen dieses Statuts zu studieren und es restlos durchzuführen.

Dies ist der Standpunkt der Partei im gegenwärtigen Augenblick.

Kann man sagen, daß dieser Standpunkt der Partei ohne Verstöße und Entstellungen vermirklicht werden wird? Leider nicht. Es dürfte bekannt sein, daß in einer Reihe Bezirke der Sowjetunion, wo der Kampf um die Existenz der Kollektivwirtschaften noch bei weitem nicht beendet ist und wo die Artels noch nicht gefestigt sind, **Versuche gemacht werden, über den Rahmen der Artels hinauszugehen und unmittelbar zur landwirtschaftlichen Kommune überzuspringen.** Das Artel ist noch nicht gefestigt, man „vergesellschaftet" aber bereits die Wohngebäude, das Kleinvieh, das Federvieh, wobei die „Vergesellschaftung" zu einem papiernen bürokratischen Dekretieren entartet, weil noch nicht die Bedingungen vorhanden sind, die eine solche Vergesellschaftung notwendig machen.

Einer der eifrigsten Vergesellschafter geht sogar so weit, daß er einen Befehl an das Artel herausgibt, in dem er vorschreibt, „innerhalb drei Tagen restlos alles Federvieh zu erfassen", die Pflichten der besonderen „Kommandeure" zur Erfassung und Ueberwachung festzulegen, „im Artel die herrschenden Höhen zu besetzen", „den sozialistischen Kampf zu leiten, ohne den Posten zu verlassen", und — gewiß doch — das ganze Artel fest in die Hand zu nehmen. Was ist das: eine Politik der Führung der Kollektivwirtschaft oder eine Politik ihrer Zerstetzung und Diskreditierung? Ich spreche schon gar nicht von den, „mit Verlaub zu sagen", „Revolutionären", die die Organisierung des Artels damit beginnen, daß sie die Glocken von den Kirchenkuppeln herunterholen. Man stelle sich einmal vor, wie **rrrevolutionär das ist!**

Kampf an zwei Fronten

Wie konnten in unserer Mitte solch töpelhafte Exerzitien der „Vergesellschaftung", solch lächerliche Versuche entstehen, loslagen über sich selbst hinwegzuspringen, Versuche, die das Ziel haben, die Klassen und den Klassenkampf zu umgehen, in Wirklichkeit aber unsern Klassenfeinden Wasser auf die Mühle zu gießen? Sie konnten nur in der Atmosphäre unserer „leichten" und „unerwarteten" Erfolge an der Front des kollektivwirtschaftlichen Aufbaues entstehen. Sie konnten nur im Ergebnis **antileninistischer Stimmungen innerhalb eines Teiles der Kollektivwirtschaften** entstehen: „Wir können alles", „Uns ist alles eine Bagatelle". **Sie konnten nur dadurch entstehen, daß einigen unserer Genossen vor den Erfolgen schwindelte und bei ihnen vorübergehend der klare Verstand getrübt, ihnen der nüchterne Blick genommen wurde.**

Um die Linie unserer Arbeit auf dem Gebiete des kollektivwirtschaftlichen Aufbaues auszurichten, muß man mit diesen Stimmungen aufräumen. Darin besteht jetzt eine der unmittelbaren Aufgaben der Partei.

Die Kunst der Führung ist eine ernste Angelegenheit. Man darf nicht hinter der Bewegung zurückbleiben, weil dies die Loslösung von den Massen bedeutet. Man darf auch nicht voraneilen, weil man dadurch die Verbindung mit den Massen verliert.

Wer die Bewegung leiten und gleichzeitig die Verbindung mit den Millionenmassen erhalten will, muß den Kampf an zwei Fronten führen — sowohl gegen die Zurückbleibenden als auch gegen die Vorauseilenden.

Unsere Partei ist stark und unbesiegbar, weil sie in der Führung der Bewegung es versteht, die Verbindung mit den Millionenmassen der Arbeiter und Bauern zu erhalten und zu vervielfachen.

Eindämmung der Saisonarbeitslosigkeit in der Sowjetunion

Unter der Ueberschrift „Die Kollektivwirtschaften ein Reservoir der Bauindustrie" veröffentlicht „Trud", das führende Gewerkschaftsblatt in der Sowjetunion, einen interessanten Aufsatz, dem zu entnehmen ist, daß die Kollektivwirtschaften ein großes Reservoir von Arbeitskräften gebrauchen, die nicht das ganze Jahr produktiv beschäftigt werden können.

Dasselbe gilt von der Bauindustrie, die in dieser Saison 700 000 Arbeiter mehr beschäftigen wird, als im vergangenen Jahr. Insgesamt werden in der Bauindustrie 2 200 000 Arbeiter tätig sein. Jetzt haben die Verhandlungen der beiden Industrien dazu geführt, den notwendigen Uebergang zu finden. In der Zeit, wo die Arbeit in der Bauindustrie wegen der Witterungsverhältnisse unmöglich sind, werden die Arbeiter in den Kollektivwirtschaften beschäftigt werden.

Glänzende Produktionserfolge in der Ukraine

Die Moskauer Zeitung „Sa Industrialisiaziju" teilt mit, daß die Metallfabriken der Ukraine ihr Februarprogramm sehr gut erfüllt haben. Die Fabrik „Liebknecht" in Nischni Dneprowik hat in Metall 106,6 Prozent, in Röhren 103,3 Prozent und in Gußeisen 103,9 Prozent des Monatsprogramms erfüllt. Die Stanlinwerke Fabrik in Stalino hat für Eisen 104,2 Prozent und Martinstahl 105,8 Prozent durchgeführt. Die Metallfabrik in Makeew hat in Eisen 123,1 Prozent, in Gußeisenteile 105,5 Prozent und in Röhren 102,5 Prozent des Programms erfüllt. Die Krematorsker Fabrik hat 105,5 Prozent Koks, 101,5 Prozent Eisen, 110 Prozent Eisenkonstruktionen und insgesamt 103,7 Prozent des Februarprogramms durchgeführt. Ebenso hat die Metallfabrik in Saporosch-Kemenst ihr Stahlprogramm mit 103 Prozent erfüllt. Diese Erfolge sind als außerordentlich zu werten und eine sichere Garantie, daß der Fünfjahrplan in vier Jahren durchgeführt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0003

Weg mit dem Ausnahmegesetz gegen Kommunisten!

Am 6. März protestierten in Zahne (Kreis Wittenberg) 450 Besucher in einer öffentlichen Versammlung einstimmig gegen den Erlaß des preußischen Innenministers (Nichtbestätigung von KPD.-Kommunalfunktionären) und forderten sofortige Bestätigung der zwei KPD.-Stadträte und Aufhebung der Terror-Verordnung. Als Antwort erklärten acht Arbeiter ihren Beitritt zur KPD.

Neue rote Betriebsrätesiege

Die Betriebsratswahlen bei der Firma Otis in Borsigwalde bei Berlin gestaltete sich zu einem Erfolg der Opposition. Von 433 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der Opposition 232 Stimmen, die Liste der SPD. 194 Stimmen.

Dieser Erfolg ist besonders zu werten, hatten doch die Sozialdemokraten und Unternehmer durch Massenentlassungen alles getan, um einen Sieg der roten Liste zu verhindern.

Die Belegschaft der Firma Leonhard Tietz in Chemnitz stellte eine rote Betriebsratsliste auf. Den Gewerkschaftsbürokraten gelang es trotz der größten Anstrengungen nicht, eine sozialdemokratische Liste zustande zu bringen, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen es ablehnten, auf einer sozialdemokratischen Liste zu kandidieren. Es gilt deshalb nur eine Liste und der rote Betriebsrat gilt als gewählt.

Rote Siege in der Freidenkerfront

Nach zweijährigem Kampfe wurde in der Generalversammlung der Proletarischen Freidenker (Lokalorganisation) Solingen der aus Sozialfaschisten und Renegaten bestehende Vorstand mit Zweidrittelmehrheit abgesetzt und durch einen oppositionellen Vorstand ersetzt, der in Zukunft die fast 1000 Mitglieder zählende Organisation im Geiste des proletarischen Kulturkampfes leiten wird. Damit ist im Bergischen Land der letzte Stützpunkt der Konkordatssozialisten gefallen und die Bahn freigemacht für den weiteren geschlossenen Vormarsch der revolutionären Freidenkerbewegung.

In der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hückeswagen bei Remscheid des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung wurde beschlossen, zum Verband Proletarischer Freidenker, Bezirk Rheinland, überzutreten. Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, der Roten Hilfe kooperativ beizutreten.

Hückeswagen war die einzige Ortsgruppe im Bergischen Land, die bisher noch geschlossen zum Verband der Hazener Konkordatssozialisten stand.

1000 Bergarbeiter an einem Tage gekündigt

Im Ruhrgebiet setzen die Unternehmer die Entlassungsoffensive in unverminderter Stärke fort. Auf acht Zechen wurden vom 15. März über 1000 Bergarbeiter gekündigt. Unter den Schächten, die die meisten Kündigungen vornehmen, befinden sich die Holland-Schächte und die Zechen der Vereinigten Stahlwerke.

Zur gleichen Zeit wurden auf weiteren acht Schächten Feierschichten eingelegt, die ebenfalls eine vorbereitende Maßnahme für weitere Kündigungen und Entlassungen sind.

Die Arbeiterschaft, die erst am 6. März in machtvollen Demonstrationen gegen die Massenentlassungen und Feierschichten für Siebenstundentag und Lohnerhöhung aufmarschiert ist, muß den Kampf mit verstärkter Energie fortsetzen. In allen Betrieben müssen rote Vertrauensmänner und Kampfkomitees gewählt werden, um so die Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf gegen Massenentlassungen und Feierschichten zu schaffen.

Großer Spinnereiarbeiterstreik in Indien. Im Bezirk Titaghug haben 20 000 Spinnereiarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Aus der Partei

Ein feiger Opportunist geht zum Sozialfaschismus

Der Gemeindevorsteherkandidat Wilhelm Osterland, Möderau (Saalkreis), hat mit der revolutionären Arbeiterschaft gebrochen und sich als übeler Postenjäger entlarvt. Zu feige, den Kampf gegen den Grzesinski-Erlaß wegen Nichtbestätigung von Kommunisten in Gemeindefunktionen aufzunehmen, trat Osterland zur SPD. über, um so seine Bestätigung zu erschleichen.

Möderau hatte am 17. November 100prozentige Wahlbeteiligung. Die absolute Mehrheit der Bevölkerung stimmte für die Liste der KPD. Osterland betrügt diesen Mehrheitswillen, um für sich den Posten eines sozialfaschistischen Staatsfunktionärs zu erhalten.

Wir geben diesen Burschen der Verachtung der revolutionären Arbeiterschaft preis.

BL. der KPD. Halle-Merseburg.

Brandlerisches für sozialfaschistische Betriebsrätewahl

Kuhhandel — statt Betriebsratswahl

Den Renegaten kommt es nicht darauf an, die Betriebsratswahlen zu einer Kampfmobilisierung der Belegschaften zu gestalten. In ihrer Ohnmacht können sie nichts weiter tun, als gemeinsam mit den Sozialfaschisten die Wahl roter Betriebsratskandidaten zu verhindern.

Ein Musterbeispiel lieferten die Brandleristen bei der Firma Schubert & Salzer in Chemnitz. Dort wurde in einer gemeinsamen Sitzung zwischen den Sozialfaschisten und den Renegaten

festgelegt, daß keine Wahl stattfinden soll, ja, daß nicht einmal die organisierten Kollegen über die Zusammensetzung der genannten freigewerkschaftlichen Liste gefragt werden sollen.

Es wurde festgelegt, daß die neue Liste in demselben Sinne wie bisher zusammengesetzt sein soll, um dadurch eine Wahl zu umgehen. Nicht einmal die Vertrauensleute des DMV. sollten in Stellung nehmen. Nur im engsten Kreis einiger Funktionäre wurde die Zusammensetzung bestimmt.

Die oppositionellen Kollegen bei der Firma Schubert & Salzer lehnten es selbstverständlich ab, bei diesem Kuhhandel zuhelfen und reichten eine rote Betriebsratsliste ein.

An unsere Leser!

Die Redaktion der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung aller Zeiten (AIZ.) bittet alle Arbeiter, die im Besitz alter Mai-Nummern sind, Photos und Dokumente über

Maifeiern einst und jetzt

an die Redaktion der AIZ., Berlin W 8, Wilhelmstr. 9, einzusenden, die diese Bilder für ihre große 1.-Mai-Nummer benutzen. Jedes veröffentlichte Bild wird mit 10 Mark honoriert, alles andere verwandtes Material geht an die Einsender zurück.

Wir fordern alle Leser auf, diesem Wunsche der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung zu entsprechen die uns gleichzeitig mitteilen, daß diese 1.-Mai-Nummer besonders hervorragend ausgestattet sein wird, zum ersten Male

als mehrfarbige Mai-Zeitung

erscheinen wird.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend: 3 große Wurst-Reklametage! | Auf jedes Pfund frische Rinderbrust zu 90 ₰, Rippe, Kamm . . zu 90 ₰, oder hohe Rippe zu 100 ₰, Gulasch . zu 100 ₰, 1/4 Pfund gratis für Probe von meiner bekannten Rot- und Leberwurst oder ein Stück meiner großen Riesen-Bockwurst | A. Knäusel Fleischverkauf Halle Ammendorf Tel.

Walhalla
Dir. O. Kleinhanns. Tel. 28387
Eilen Sie zu den letzten 4 Vorstellungen der großen Haller Revue
Drunter und Drüber
Sonnabend: Abschiedsvorstellung
Ab 16. März Sensationen über Sensationen
Der Wunder-Schimpanse
Bu Bu
als Bakelit!
Großspiel des jugendlichen Filmstars Gustl Stark-Gstettenbauer aus dem Film „Die Frau im Mond" nim.
Halle wird staunen, lachen, weinen! 128

Stadt-Theater
Heute, Mittwoch, 20 bis 22½ Uhr
König für einen Tag
Romant.-komische Oper von A. Adam
Donnerstag, 20 bis 22½ Uhr
Die blaue Mazur
Operette von Franz Lehar

Volkschor Halle a. S.
1225 Gegr. 1928
Mitglied d. Deutschen Arbeiter-Sängerbundes
Leitung: Herbert Schulze
Freitag, den 14. März, 20 Uhr im großen Saale des „Volkspark"
Frühjahrs-Konzert
Mitwirkende: Das Waldhornquartett des Gesundbrunnen-Orchesters Leipzig. — Karten im Bureaukauf (1 Mk.) zu haben bei den Mitgliedern und in den durch Plakate bekannten Verkaufsstellen. An der Abendkasse 1,25 Mk.
Für Erwerbslose ermäßigte Preise!

Werbt für die „Rote Hilfe"

Zoologischer Garten
Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr
Vortrag von Dir. Dr. Schmidt
„Tierkonzertsalen i. d. Zoologisch. Gärten und die Dressurtiere-Frage!"
Eintritt: Erwachsene 30 Pf. Kinder 20 Pf. Abonnenten frei 1237

1234
Neuheiten in
Gold. Ringen, Manschetten Knöpfen, Moderne Ohrringe, Blusennadeln, Zigaretten Etuis
kaufen Sie billig bei
Amand Weiss
Kleinschmieden 6 (Leipzig 46/47)

Seltene günstige Angebote
Küchen
naturlackiert, ormenschön u. gediegen, komplett
185.- 224.- 256.- 285. 320.- M.
weißlackiert mit Linoleum von **130.- Mk.** an
Gebr. Jungblut
Albrechtstr. 37

Am jeden Donnerstag in Torgau und Sonnabend in Eilenburg auf dem Markt mit frischen bayerisch. Fleisch- u. Wurstwaren. H. Rösch, Fleischermstr., Schönau

Leist den Klassenkampf

GEG
Heringe, feinste frische Ware
Deutsche Vollheringe . . Stück 8 Pfg.
Schotten. . . . . Stück 10 Pfg.
Holländer, pure milchene . . Stück 12 Pfg.
Räucherheringe
von Dienstag bis Freitag täglich frisch, Stück 14 Pfg.
empfiehlt seinen Mitgliedern
Konsumverein Meißen e. G. m. b. H.
Warenabgabe nur an Mitglieder!

Warum bin ich wiederholt
an den verschiedenen Gerichten freigesprochen? Weil meine Wunder bestätigten Dank- und Anerkennungen der Wahrheit und Tatsachen entsprechen, keinerlei problematische Prüfungen enthalten und daher unantastbar sind. Wo wollen den Morgenurin und die Geburtsdatum-Angabe bitte senden.
Sprechzeit nur Freitags 8½—12 und 3—6
C. Holle, Halle a. S., Reilstr.

Bekanntmachung

An Stelle des ausgeschiedenen Herrn Bauunternehmer E. Rottig ist Herr Fabrikdirektor Hans Schiebel in Bitzenburg Mitglied des Ausschusses als Vertreter der Arbeitgeber geworden

Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Querfurt in Querfurt
Feicht, Vorsitzender 1238

Hausfrauen kauft nur bei unseren Inserenten!

Öffentliche Steuermahnung

Rückstände an Grundvermögens- und Hauszinssteuer für März 1930, Lohnsummensteuer für Februar 1930 sowie Biersteuer für Februar 1930 sind bis zum 15. März 1930 an die Stadtkreiskasse zu zahlen.

Nach Ablauf dieser Frist werden Rückstände, soweit sie nicht über diesen Zeitpunkt hinaus gestundet sind, im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen. Verzugszinsen und Pfändungsgebühren werden dann erhoben. Die Ausbringung von Mahnzetteln erfolgt nicht. 1227

Eisleben, 10. März 1930. **Der Magistrat.**

Familien-Nachrichten

Für die vielen unerwarteten und unendlichen Beweise aufrichtigster Teilnahme bei Begräbnis unseres durch Herzschuß geliebten und plötzlich von uns gerissenen Sohnes und Bruders

Karl Fröhder

sagen wir allen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen, unseren herzlichsten Dank. Insbesondere der Familie Gustl Blume für ihre ganz besondere Aufopferung und Aufmerksamkeiten, die sie nicht nur unserem Sohne, sondern auch uns zukommen ließ. Dank an Gen. Kroh sowie dem Kameraden des ehem. RFB. und dem Genossen der Komm. Partei. Dank allen seinen Arbeitskollegen, Freunden und Genossen von Ammendorf, Halle, Saalkreis und anliegenden Ortschaften für die letzten Ehrungen.

Besonders Dank deshalb, weil bei den Behörden die Absicht bestand, unseren Sohn ohne jegliche proletarische Ehrungen beerdigen zu lassen.

Die trauernden Hinterbliebenen

Gg. Sch. Fröhder, Ortsvorsteher, Kl.-Kreiden

Bekanntmachung

Der Maurer Georg Salzer, welcher zum unbesoldeten Magistratsmitglied bestätigt und als solches eingeführt worden ist, hat sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt.

Für ihn tritt auf Vorschlag der Listenvertreter des Wahlvorschlages 3 (Liste der KPD.) der Bewerber dieses Wahlvorschlages, der Kraftwagenführer Wilhelm Schmelzer, Zobenstedter Straße 60, in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Gegen diese Feststellung kann jeder Wahlberechtigte binnen zwei Wochen nach der Bekanntmachung Einspruch bei uns erheben. 1231

Gerbstedt, 10. März 1930. **Der Magistrat.**

Die erste echte Marken-Milch in Halle
unter ständiger Kontrolle des Stadtkreis-Tierarztes und der Landwirtschaftskammer Halle
Kinder-Milch
Rohe Marken-Vorzugsmilch
Zu haben an allen Molkerei-Wagen
MOLKEREI TROTHA
Alle Molkerei-Produkte | Fernruf 26486 | Alle Molkerei-Produkte
1232

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Arbeiter von „Roberts Hoffnung", heraus aus Eurer Lethargie

Die Profite der Kohlenbarone bekommen die Kumpels von der „Roberts Hoffnung" in Bergwitz ebenfalls recht deutlich zu spüren. Der Obersteiger, den sie den Eulenspiegel nennen, ist der Schrecken und „Leutepauker". Drei- bis viermal wurden jetzt wieder Entlassungen vorgenommen. Noch immer sind nicht alle an der Reihe. Vier bis fünf Tage werden in der Woche gefahren. Außerdem plant man, neue Feierschichten einzulegen. Die Erregung der einzelnen Kumpels ist äußerst erregt, jedoch darf sie nicht genügen. Möge der heutige Erwerbslosenkampftag auch die Arbeiter von „Roberts Hoffnung" zur scharfen Kursänderung zwingen. Die Kollegen müssen dazu übergehen, ein revolutionäres Kampfprogramm in einer Betriebsversammlung aufzustellen und eine rote Betriebsratswahl durchführen.

Torgauer Steinarbeiter stehen ebenfalls zur Opposition

Sehr gut besuchten Versammlung nahmen die Torgauer Kollegen in reger Aussprache Stellung zu den Maßnahmen der Bonzen und Köhre. Alle Rundschreiben der Reformisten zeigen, daß sie vor der Opposition. Die Verbandsbürokraten stellen alle Fragen der Motivierung: „schlechte Wirtschaftslage" ab. Die Massen sollen für den verlorenen Krieg und darüber hinaus die Ausgaben für den kommenden Krieg aufkommen! Es wurde Stellung genommen zu den Ausschlüssen und eine scharfe Resolution, die den Willen der Mitglieder kundtut,

Reinen Kollegen zum „Klassenkampf"-Leser!

genommen. Nicht die Wirtschaftslage ist maßgebend für uns, sondern die Notwendigkeit der Führung des Klassenkampfes in aller Schärfe um Arbeitszeitverkürzung und vollen Lohn. Die Kollegen erklärten sich geschlossen für die Opposition. Die neue Zeitung der Opposition fand rasend Absatz, ja die Nachfrage konnte nicht ganz.

Sächsische Ortsverwaltung ergreift die Flucht

Braunburger Fabrikarbeiter stehen treu zur Opposition

In der letzten Zahlstellenversammlung des Fabrikarbeiterverbandes erstattete die Mitgliedschaft die kommissarisch eingesetzte Verwaltung. Fluchtartig verließen sie den Saal. Die Mitglieder der Versammlung fort und verlangten, daß die gewählte Verwaltung ihres Amtes waltet. Es wurde dann Stellung genommen zu den Maßnahmen, die vom Hauptvorstand durchgeführt werden. **Es wurde die gewählte Verwaltung von der Mitgliedschaft bestätigt.** Alle Terrormaßnahmen von seiten des Hauptvorstandes wurden schärfste zurückgewiesen und einmütig wurde beschlossen, **die Beschlüssen der revolutionären Gewerkschaftskongresse zu** Auch die Erwerbslosen nahmen zu den Dingen Stellung und von den Betriebsarbeitern, daß nur rote Betriebsräte werden.

Kampfwahlen bei Wegelin & Hübner

Trotz Bonzekratie und Renegatengelichter werden rote Kandidaten aufgestellt

Die letzte Belegschaftsversammlung der Firma Wegelin & Hübner hat durch ihre Zustimmung zu den vom Wahlausschuß aufgestellten Kampfprogramm ihre unbedingte Verbundenheit mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition bewiesen. Die König und Konsorten haben sich also vergeblich angestrengt. Die Kollegen wissen, was sie wollen. Obwohl die Sozialfaschisten vom Harz das ursprünglich für diese Versammlung angesetzte Lokal der Opposition vor der Nase wegmieteten mit dem ausschließlichen Zweck, die Belegschaftsversammlung zu sabotieren, fanden sich doch die Kollegen in einem anderen Lokal zusammen. Es wurde dann auch einstimmig von der Versammlung, die von einem Kollegen, der noch Mitglied des Betriebsrates ist, geleitet wurde, eine rote Betriebsratsliste mit 25 Kandidaten aufgestellt und folgendes **Kampfprogramm** angenommen:

I

1. Der Betriebsrat ist die oberste Interessenvertretung aller im Betriebe beschäftigten Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen, Jugendlichen und Lehrlinge!

2. Die Wahl des Betriebsrates findet nach der vorgeschriebenen Verhältniswahl statt. Hierbei sind die Frauen und Jugendlichen besonders zu berücksichtigen!

3. Die Vorschläge zu den Kandidaten **werden in einer öffentlichen Belegschaftsversammlung gemacht und dürfen nicht abhängig gemacht werden von der Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen oder politischen Organisation!**

4. **Die vorgeschlagenen Kandidaten verpflichten sich, nach den auf den Reichskongressen, wie Bezirkskongressen aufgestellten Richtlinien der Gewerkschaftsopposition zu handeln!**

II

1. Die Beratungen des Arbeiterrates, die in der Regel allwöchentlich, in besonderen Fällen nach Bedarf stattfinden müssen, sind öffentlich. In ihnen hat jeder Arbeitnehmer das Recht, soweit es der Platz erlaubt, daran teilzunehmen!

2. Der Arbeiterrat hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß **in allen Abteilungen revolutionäre Vertrauensleute** gewählt werden, die mindestens monatlich einmal mit den Mitgliedern des Arbeiterrats gemeinschaftliche Sitzungen abhalten, die Mißstände in den einzelnen Abteilungen durchsprechen und für sofortige Abhilfe Sorge tragen!

3. Abmachungen, **Besprechungen einzelner Mitglieder** des Betriebsrates mit den Werksleitungen **sind ungültig.** Sie haben nur Gültigkeit, wenn sie protokolliert und von den Betriebsratssitzungen festgelegt werden.

III

In Anbetracht der Rationalisierungsmaßnahmen des Unternehmertums und der ungeheuren Wirtschaftskrise wird gefordert:

1. Sofortige Reduzierung der Arbeitszeit auf **wöchentlich 40 Stunden, Montag bis Freitag je sieben Stunden, Sonnabend fünf Stunden.**

2. Verweigerung **jeder Ueberstundenarbeit.** Ausnahmen sind nur in dringenden Fällen zulässig. (Betriebsstörungen, dringende Reparaturen von Produktionsmaschinen. Für Ueberstunden muß ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt werden und sie sind sofort in der laufenden Woche abzufeiern.

3. **Als Lohnausgleich fordern wir pro Stunde: für Facharbeiter 25 Pf., für Angelernte 27 Pf., für Ungelernte 36 Pf. Jugendliche erhalten 80 Prozent der Vollarbeiterlöhne. Lehrlingslöhne erhöhen sich um 100 Prozent auf die jetzt bestehenden Sätze. Frauen erhalten die gleichen Löhne, je nach der Kategorie der männlichen Arbeiter.**

4. Sämtliche Akkordreduzierungen der letzten Zeit sind sofort zurückzuziehen.

5. Akkordreduzierungen auf Grund technischer Verbesserungen dürfen in Zukunft nur im Einverständnis mit dem roten Betriebsrat und mit Zustimmung der Abteilungen vorgenommen werden.

IV

1. Die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften ist von seiten der zum Betriebsrat oder zum Vertrauensmännerkörper gewählten Kollegen sorgfältig zu überwachen. Bei Festsetzung der Akkordpreise ist in erster Linie zu berücksichtigen, daß durch zu schlechte Preise nicht die UV.-Vorschriften außer Kraft gesetzt werden.

2. Schutzgitter an laufenden Maschinen müssen in gutem Zustande sein. Selbige dürfen nicht verbaut werden.

3. Für Freihalten der Wege muß unbedingt Sorge getragen werden, evtl. müssen sich die Kollegen auf der Stelle bei den zuständigen Mitgliedern des Arbeiterrates beschweren.

4. Die Verbandskästen müssen vorschriftsmäßig aufgefüllt und von jedem Kollegen sofort zu erreichen sein.

5. **Die Belegschaft hält es außerdem für ihre höchste Aufgabe: Beseitigung aller faschistischen oder sozialfaschistischen Elemente, die in offener oder versteckter Form die russische Handelsvertretung oder die Sowjet-Regierung angreifen!**

Der jüngste Betriebsmord ...

Opfer des Grubenkapitals

Der Arbeiter Franz Hadrika aus Teuchern kam im Betriebe der Grube Naumburg der Transmission zu nahe und wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb.

Was man im Bockwitzer Kartell verzapfte

A.-K. Am 4. März tagte in diesem Jahre das erstemal der Ortsausschuß des ADGB. Der Bevollmächtigte des DMV., Henne, entwickelte beim ersten Punkt der Tagesordnung: „Geschäfts- und Kassenbericht", sozialfaschistische Anschauungen über die jetzige Wirtschaftskrise. Die höchste Potenz politischer Blödheit trat da zutage. Eine seiner Feststellungen, die er machte, lautet folgendermaßen: „Schuld an der Wirtschaftskrise ist der milde Winter, den man in das Wirtschaftsprogramm nicht einkalkuliert hatte (!), man hatte sich auch dieses Jahr auf einen sehr strengen Winter eingestellt." Gleich nachdem brachte er mit diesem milden Winter die frühzeitige Einstellung aller Bauarbeiten in Zusammenhang. (!) Nachdem unsere Genossen die wirklichen Ursachen der Wirtschaftskrise aufgezeigt hatten, fühlten sich nicht weniger als vier Henne-Anhänger verpflichtet, ihrem großen Meister Hilfsstellung zu leisten. Henne selbst glaubte in seinem Schlußwort durch seine bekannten gemeinen Redensarten unsere Genossen ein für allemal mundtot machen zu können.

Angekekelt durch diese Kampfesweise verließen bereits einige Delegierte vor Beendigung des ersten Punktes die Sitzung.

Den Kassenbericht gab der Kassierer Nowack. Genosse Stahn als Revisor berichtete, daß wohl die Bücher zahlenmäßig übereinstimmen, daß aber eine Summe, die die SPD. für Herstellung von Handzetteln an den Ortsausschuß zu zahlen hatte, nicht darin enthalten sei. Da von seiten der Sozialfaschisten über den Verbleib dieser Gelder keine genügende Auskunft erteilt werden konnte, enthielten sich die oppositionellen Delegierten bei der Abstimmung über die Entlastung des Kassierers der Stimme. Trotzdem wurde aber im Protokoll von einer einstimmig erteilten Entlastung geschrieben.

Den Bewohnern der „Amtsausschußbaracken" will Greiner durch einen Antrag an den Amtsausschuß, in dem die Teilung des den einzelnen Familien zur Verfügung stehenden Raumes durch Zwischenwände gefordert wird, ein „trautes Heim" schaffen. Unsere Genossen stimmten diesem Antrag zu, wiesen aber darauf hin, daß eine durchgreifende Besserung dadurch nicht erzielt würde, die SPD. solle ihre Wahlversprechungen endlich in die Tat umsetzen und in den Gemeinden für Wohnungsbau eintreten, Mittel und Wege dazu würden die kommunistischen Fraktionen durch Anträge in allen Gemeinden des „Ländchens" aufzeigen.

Schon diese erste Sitzung im neuen Jahre zeigte, daß die SPD.-Strategen gar nicht willens sind, für die Arbeiterschaft etwas Ersprießliches zu leisten. Ein parteiloser Delegierter, der zum erstenmal in der Sitzung anwesend war, erklärte, daß er gekommen wäre, um sich Informationen zu holen, daß er aber ebenso dumm, wie er gekommen, wieder nach Hause gehen müsse. Einem anderen Kollegen, dem bei einer Anfrage ein kleiner Irrtum unterlief, gab Henne „Aufklärung" durch schnodderige Redensarten. Es ist notwendig, daß unsere Genossen ganz energisch gegen Henne und seinen Anhang vorgehen. Leistet überall gute revolutionäre Gewerkschaftsarbeit, mobilisiert die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, dann kämpft Ihr gegen Eure Ausbeuter und Blutsauger.

Rote Wahlen auch im Lauchhammerwerk

Auf der Grundlage eines revolutionären Kampfprogramms stellen die Lauchhammer Proleten ihre oppositionellen Kandidaten auf

Der Wahlausschuß der revolutionären Gewerkschaftsopposition zur Betriebsratswahl im Lauchhammerwerk hatte vergangenen Sonntag zur Belegschaftsversammlung gerufen. Trotz der Hetze der Sozialfaschisten war ein guter Besuch zu verzeichnen. Viele roten Betriebsvertrauensleute hatten in ihren Abteilungen gute Arbeit geleistet. Genosse Lademann sprach über die Bedeutung der diesjährigen Betriebsrätewahlen. In der Aussprache wurde Betriebsarbeiter auf, die die Aufstellung einer oppositionellen Einheitsliste begrüßten. Der sozialdemokratische Betriebsrat Lauchhammer hat durch seine Tätigkeit bewiesen, daß er ein Werkzeug der Gewerkschaftsbürokratie und des Unternehmertums ist. Nichts wurde gegen die Massenentlassungen, Akkord- und Lohnabzüge getan. Die Waschvorrichtungen befinden sich in einem unerhört unsauberen Zustand. Jetzt wollen sie durch Drohungen die oppositionellen Kollegen einschüchtern. Herausschmiß aus den Gewerkschaften wie aus den Betrieben angekündigt. **Die Kollegen betonten, daß sie jetzt erst recht ihre revolutionäre Pflicht tun.**

Gewerkschaftsfaschist Heine, Angestellter im DMVR., hatte seinen Freund Müller in die Versammlung geschickt. Müller war der Ansicht, daß nur der DMVR. die Betriebsrätelisten aufzustellen habe. Es wurde gesagt, daß das Sache der gesamten Belegschaft sei. Nach sechs Jahren fühlt sich jetzt die SPD. veranlaßt, das Werkzeug der Opposition, zum ersten Male eine freigewerkschaftlichen Betriebsversammlung zu machen. Dort will man lediglich den begonnenen Verleumdungsfeldzug gegen die Opposition fortsetzen. Die klassenbewußte Arbeiterschaft aber steht geschlossen und wird die Mehrheit im Betrieb erobern.

Nach lebhafter Aussprache wurde gegen zwei Stimmen der Beschluß des nachfolgende **Kampfprogramm** beschlossen:

1. **Für Herstellung der revolutionären Betriebseinheitsfront der Arbeiter und Jugendlichen zum Kampf gegen jede kapitalistische Rationalisierungsmaßnahme!**
2. **Gegen alle Entlassungen zur Einschränkung der Belegschaft, für den Siebenstundentag und die 40-Stunden-Arbeitswoche mit vollem Lohnausgleich!**
3. **Gegen das Ueberstundenunwesen, für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß!**
4. **Gegen die Tariftreue der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, gegen die zweijährige Tarifdauer, die die Grundlage für die Akkord- und Lohnabzüge bildet, und zur weiteren Verelendung der Arbeiterschaft des Lauchhammerwerks führt!**
5. **Für eine Lohnerhöhung entsprechend der Teuerung und dem Arbeitstempo von 25 und 30 Pfennigen pro Stunde!**
6. **Gegen die reaktionäre Arbeitsordnung des LWW. (unbegründete Leibesvisitationen durch Werksbeamte — Straffsystem), für die weitestgehenden Rechte des Betriebsrates. Für Einführung der Waschzeit innerhalb der Arbeitszeit!**
7. **Schaffung von ausreichender Wasch- und Badegelegenheit!**
8. **Sicherung des Arbeitereigentums — Fahrräder, Kleiderablage — Schaffung geeigneter Räume und Kleiderschränke!**
9. **Verbesserung des Gesundheitsschutzes für die Betriebsarbeiter — Verbesserung der Ventilation in gesundheitsschädlichen Betriebsabteilungen.**
10. **Für ausreichenden Jugendschutz und Jugendrecht und für Schaffung eines revolutionären Jugendvertrauensmännerkörpers — gegen individuelle Lehrverträge.**

Wichtige Sitzungen und Konferenzen

Achtung! Steinsetzer-Hilfsarbeiter, Steinmetzen, Marmorschleifer. Donnerstag, den 13. März, 17 Uhr, im „Volkspark" öffentliche Steinarbeiterversammlung. Situationsbericht. Alle Kollegen müssen bestimmt erscheinen.

Dreiling-Schwarz-Weiß
Seit Jahren in stets gleichbleibender Güte 4 ₰

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0005

Stadt Halle

12. März 1930.

Heraus zum Protest

gegen Polizeiwillkür und Polizeibrutalitäten!

Die Rote Hilfe Deutschlands, Ortsgruppe Halle, ruft die gesamte werktätige Bevölkerung von Halle auf, zu protestieren gegen Polizeiwillkür und Ueberfälle auf die hallische Arbeiterschaft und die Arbeiterschaft im Reiche, die in den letzten Tagen in brutalster Form durchgeführt wurden. Die Kundgebung findet statt

am Donnerstag, dem 13. März 1930, 20 Uhr, im grossen Saale des „Volkspark".

Alle während der letzten Tage verhaftet gewesenen und mißhandelten Arbeiter müssen erscheinen. Jeder in den letzten Wochen vom Polizeiterror betroffene Klassengenosse muß sich zu dieser Kundgebung einfinden.

In dieser Kundgebung sprechen Vertreter der KPD., der Roten Hilfe sowie zahlreiche verhaftet gewesene und und von den Polizeikosaken mißhandelte Arbeiter!

Klassengenossen, gestaltet diese Protestversammlung zu einer gewaltigen Massenkundgebung!

Tagung des Kommunalbeirats Halle

am Freitag, dem 14. März, 20 Uhr, Lokal Polzin, Torstraße

Tagesordnung: Der Kampf gegen Young-Plan und Steuerausplünderung! Haushaltplan 1930 und die Forderungen der Werktätigen! Betriebsräte und Vertrauensleute der Belegschaften, Vertreter der Sportorganisationen, Rentner, Jungarbeiter, AfaMB. sowie städtische Arbeiter werden gebeten, zu erscheinen.

Kommunistische Stadtverordnetenfraktion Halle.

Ein Schandstreich der hallischen Polizei vereitelt!

Racheschwur am Grabe

eines der Ammendorfer Blutopfer des Polizeiterrors — Tausende gaben dem ermo[illegible] Arbeiter Karl Fröhder das letzte Geleit und demonstrierten gegen den Arbeiterm[illegible]

Gestern vormittag erfuhren die Genossen der KPD. in Ammendorf auf ihre wiederholte Anfrage bei der Polizei und bei dem Gemeindevorsteher, daß die Beerdigung des von der Schupo ermordeten Arbeiters Karl Fröhder plötzlich schon am gestrigen Vormittag um 11 Uhr stattfinden solle. Die Polizei, insbesondere der hallische Polizeipräsident Oezle, wollte der Arbeiterschaft, die begreiflicherweise ganz besonders an der Bestattung des am 6. März ermordeten Arbeiters interessiert war, einen schändlichen Streich spielen. Man befürchtete durch rechtzeitige Bekanntgabe eine

Massenteilnahme an der Bestattung.

Erst nach energischem Protest gelang es, dieselbe auf nachmittags 2 Uhr zu verschieben. Der Plan, den ermordeten Arbeiter in aller Stille und ohne die Angehörigen zu benachrichtigen, zu verscharren, ist mißlungen. In wenigen Stunden erfuhren die Arbeiterschaft und die Erwerbslosen, daß die Kundgebung am gestrigen Nachmittag stattfinde. Als durchsichtiger Grund für die plötzliche Umstellung der Polizeibehörde wurde geltend gemacht, daß der Zustand der Leiche, die schon stark in Verwesung überginge (?), eine frühere Beerdigung erfordere. Das hat sich als blanker Schwindel erwiesen! Herr Oezle und seine Polizei hatten sich geirrt.

Zu Tausenden sind die Arbeiter nach Ammendorf [illegible] ihrem ermordeten Kameraden das letzten Geleit zu [illegible] gleichzeitig gegen den Polizeiterror zu demonstrieren.

Obgleich der Polizei bekannt war, daß der Bruder [illegible] ermordeten sich seit dem Geschehen der Flutlicht in Ammen[illegible] hielt, hat sie es unterlassen, ihn über ihre Beschlüsse [illegible] herrlichen Bestimmungen zu informieren, so daß die Leiche [illegible] erst ein paar Stunden vor der Beerdigung vorzeit[illegible] Tatsachen gestellt wurden.

In einer „demokratischen Republik" ist eben alles möglich.

Ein außerordentlich starkes Polizeiaufgebot, mehrere Hundertschaften, Kommandos und Berittene waren zur Stelle, um für die „Ruhe und Ordnung" sorgen zu können. Neben diesem „Schutz" waren [illegible] zeitig ein Dutzend Beamte der Kriminalpolizei von Halle [illegible] die sich unter jene drängten, die dem Ermordeten die [illegible] erwiesen. Selbst der Oberpolizeiwachtmeister Leidiger, [illegible] Morde auf dem Gewissen hat, war vertreten.

Tausende von Arbeitern füllten den Ojendorfer Friedhof.

Sie waren herbeigeeilt aus Halle, Merseburg und allen [illegible] benachbarten Ortschaften. Die Belegschaft von Prinzlau [illegible] dorf, wo der Ermordete gearbeitet hat, legte mittags [illegible] Arbeit nieder, um ihrem ermordeten Kollegen das letzte [illegible] geben. Die Arbeiter der Hallschen Röhrenwerke hatten [illegible] putation geschickt. Die Konsumvereine Ammendorf u[illegible] waren durch Delegationen vertreten. Von der Saalfeld[illegible] lasse in Halle hatte sich ebenfalls eine Delegation eingefunden.

Der ermordete Genosse lag in der Friedhofskapelle aufgebahrt und Hunderte nahmen von ihm Abschied mit dem Gelöbnis, [illegible] so frühen Tod zu rächen. Rote Frontkämpfer trugen den [illegible] raden zur letzten Ruhestätte, und

unter dem Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" senkten sie Karl Fröhder ins Grab.

Die vielen roten Banner senkten sich zur Ehre des [illegible] Klassengenossen. Am Grabe sprachen die Genossen Fritz [illegible] Franz Berger und Max Benkwitz. Dann folgten [illegible] Delegationen: aus den Betrieben, Partei-Ortsgruppe, [illegible] botenen Frontkämpfer-Bundes, der IAH., des Jugendverbandes, Vertreter der Erwerbslosenausschüsse und viele andere.

Alle legten riesige Kränze, geschmückt mit roten Blumen, Schleifen und mit Kampfessprüchen nieder. Immer wieder das Gelöbnis erneuert, im Geiste Karl Fröhders weiterkämpfen bis zur endgültigen Befreiung der internationalen Arbeiterklasse. Aus tausend Kehlen ertönten „Rot-Front" und unter dem Gesang der „Internationale" nahmen die Kameraden von ihrem toten Kameraden und Klassenkämpfer Abschied.

Beim Abzug der zu Tausenden erschienenen Arbeiter vom Friedhof in Ojendorf kam es in den Straßen von Ammendorf fortwährend zu Protestkundgebungen gegen den Arbeitermord

und den auch am Tage der Beerdigung des ermordeten [illegible] Fröder herrschenden Polizeiterror. Die zahlreichen [illegible] Ammendorfer Arbeiter und der von auswärts erschienenen [illegible] gationen demonstrierten in Gruppen durch die Straßen des Ortes, worauf die Polizei mit neuen Provokationen [illegible] gierte, die aber durchweg zurückgewiesen wurden. Die [illegible] stattung des ermordeten Ammendorfer Genossen herbei[illegible] Massen gingen mit der Gelöbnis auseinander:

Der Polizeimord des 6. März wird nicht ungesühnt [illegible]

Sensationelle Zwischenfälle im Leuna-Prozeß

Kronzeugen des Chemietrusts als Berater der Staatsanwaltschaft

Am sechsten Verhandlungstage wurde die Frage der Abschlagszahlungen erörtert. Bevor in die eigentliche Verhandlung eingetreten wurde, spielte sich ein kleines Intermezzo zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Verteidiger Schönfelds, Dr. Fackenheim, ab. Derselbe hatte

den Kronzeugen der Chemiegewaltigen, Götzel, im Zimmer der Staatsanwaltschaft verschwinden sehen.

Es lag die Vermutung nahe, daß dieser als Instruktteur für die Staatsanwaltschaft dienen könne. Man glaubte, dies als harmlosen Besuch hinstellen zu können, der „keinerlei Einfluß auf den Prozeß" habe. Der überaus eifrige Vertreter der Chemiegewaltigen, Tr. Wagner, geriet völlig aus dem Häuschen. Er zeigte eine jener herrischen Gesten, die man von diesen Leibjuristen der Leuna-Könige schon gewohnt ist.

Dann wurde in die Verhandlung der Abschlagszahlungen eingetreten, und zwar wurde die Frage erörtert, Wie diese im Leuna-Zuchthaus bewilligt, berechnet und gezahlt worden sind. Nach Auffassung des Werksbeamten Götzel sowie der Staatsanwaltschaft muß Schönfeld schon bei den Abschlagszahlungen überbezahlt worden sein. So soll zum Beispiel eine Arbeit im Werte von 15 000 Mark mit 35 000 Mark bezahlt worden sein. Das soll sich in vielen Fällen wiederholt haben. Diese Ueberzahlungen sollen ihre Ursache darin haben, daß die geleisteten Arbeiten nicht in erster Linie nach Aufmessungen, sondern nach Schätzungen berechnet wurden. Dabei soll nach Aussage Götzels außer acht gelassen worden sein, daß diese Arbeiten bereits beaufsichtigt gewesen sein sollen. Die Abschätzungen sind aus dem Handgelenk geschüttelt worden.

Dieser Zustand hat bis hoch in das Jahr 1921 angehalten.

Mit diesem Zugeständnis gibt dieser „wertvolle" Zeuge der Chemiegewaltigen zu, daß wirklich skandalöse Verhältnisse im Leuna-Werk geherrscht haben und noch herrschen.

Diese unumstößliche Tatsache wird sich auch weiterhin wie ein roter Faden durch den Verlauf dieses Vertuschungsprozesses ziehen. Demgegenüber steht die Aussage von Schönfeld, daß die Vorschußzahlungen bei den Endabrechnungen mit abgezogen wurden. Aber wie gewöhnlich: die unentwegte Staatsanwaltschaft ist wiederum anderer Auffassung, weil es das Interesse des Chemie-Kapitals so erfordert. Nach ihrer Meinung hat Schönfeld, um die zuviel erhaltenen Vorschüsse abzudecken, singierte Rechnungen eingereicht. Aus dieser Masse Rechnungen sollen später die Sammelbestätigungen konstruiert worden sein. Die Staatsanwaltschaft macht es sich also sehr leicht, einem Menschen wegen der Belange der Chemie-Könige des vorsätzlichen Betrugs zu überführen.

Zu sehr aufsehenerregenden Aussagen

kam es bei der Vernehmung des Mitarbeiters des früheren Bauleiters Schönberger. Derselbe erinnert sich nur mit bitterem Gefühl an seine Tätigkeit beim Chemietrust. Es ist nach seiner Meinung kein Geheimnis, daß

erhebliche Summen aus der Kriegsanleihe zum Bau dieses privatkapitalistischen Unternehmens verwendet

wurden. Er ist auch der Meinung, dabei hat er nicht so unrecht, daß bei diesem Millionenprozeß die „öffentliche Meinung", das heißt: die bürgerliche Presse auf Seite des Chemietrusts steht.

Bei der weiteren Vernehmung der Zeugen wurden unter anderem auch zwei frühere Angestellte des Rechnungsbüros vernommen. Die Quintessenz ihrer Aussage war, daß sie die Schönfeldschen Rechnungen ebenso behandelt haben, wie die der anderen Unternehmer. Eigentümlich muteten die Gutachten der Sachverständigen an. Sie sind alle der Ueberzeugung, daß Schönfeld überbezahlt worden sei. Der Universitätsprofessor Auer versteig sich sogar zu der Behauptung, das Leuna-Werk sei die „anständigste Firma" gegenüber anderen Unternehmen. Wie nun diese Anständigkeit in Wirklichkeit beschaffen ist, beweist ja gerade dieser Prozeß zur Genüge!

Blitzbilder aus dem Leuna-Prozeß

Im fünften Verhandlungstag erstreckte sich die Zeugenvernehmung zunächst auf die Frage der Haltbarkeit der Farben. Entgegen der Aussage von Hebert, daß eine Anstrichausführung häufig nur vierzehn Tage halte, gehen die Zeugen Viemeier und Giermann an, daß ein Anstrich in der Regel ein bis eineinhalb Jahre vorhalte. Man kann diese Aussagen verstehen, denn der Zeuge Giermann ist heute noch mit Malerarbeiten bei den Chemiegewaltigen beschäftigt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es zu einem recht dramatischen Zwischenfalle. Der Zeuge Baasch sagt aus, daß der Angeklagte Schönfeld ihm Geld zugesteckt habe, was er aber zurückgewiesen habe. (Der Zeuge hatte die Zuweisung von Arbeitern, die für das Werk arbeiteten, zu vermitteln.) Schönfeld behauptet, daß er das Geld doch genommen habe.

Achtung! Werktätige vom Stadtteil Süden!

Große Werbeveranstaltung der Internationalen Arbeiterhilfe am Freitag, dem 14. März, 20 Uhr, im „Landhaus", Merseburger Straße 95. Mitwirkende: die bekannte Truppe „Proletarische Tribüne", Halle. Eintritt 50 Pfennig und 30 Pfennig.

Sämtliche Mitglieder haben die Pflicht, zu dieser Veranstaltung zu erscheinen und Sympathisierende mitzubringen.

Lüge — das einzige Kampfmittel der SPD.-Presse gegen die Kommunisten

Die SPD.-Presse wäre im „politischen" Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat zur völligen Ohnmacht verurteilt, wenn sie das Mittel der Lüge und Verleumdung nicht zur Verfügung hätte. Ganz besonders das heruntergekommene Organ der hallischen Sozialschnitzler glaubt immer noch, durch die plumpsten Lügen das Vertrauen der Arbeiter zur KPD. und ihren Führern untergraben zu können. Im „Volksblatt" vom Montag wird über den Verlauf des 6. März in Halle u. a. folgender haneebüchener Schwindel verzapft:

„Wo sind die Helden und Führer gewesen? Wo waren sie am Sonnabend, keiner sah sie auf dem Kampfplatz. Zu der Zeit, da die verhetzten Jugendlichen am Donnerstag sich gegen die Gummiknüppel steckten, machte Herr Grade mit seiner Frau Einkäufe. Das sind die Führer der „Massenpartei".

Wahr ist, daß der Genosse Grade am 6. März gar nicht in Halle war, sondern in einem anderen Ort als Referent weilte und an der Demonstration teilgenommen hat. Im übrigen glauben wir, daß die mitteldeutsche Arbeiterschaft das Bedauern des „Volksblättchens", daß die Führer der KPD. am 6. März nicht mit verhaftet wurde, nicht teilen.

Feuer in der Trothaer Straße

Am 11. März gegen 8.30 Uhr entstand in der Trothaer Straße in einer Wohnung ein Balkenbrand. Die herbeigerufene Feuerwehr löschte den Brand in etwa 20 Minuten. Der entstandene Sachschaden ist gering.

An der Ecke Reil- und Blumenthalstraße stießen am Dienstagvormittag ein Personenkraftwagen und ein Lieferkraftwagen zusammen. Der Personenkraftwagen wurde leicht, der Lieferkraftwagen stark beschädigt, so daß er abgeschleppt werden mußte. Personen wurden nicht verletzt.

Vom Lastkraftwagen umgekehrten. Am 11. März gegen 15.15 Uhr wurde in der Albert-Dehne-Straße vor dem Grundstück Nr. 1 ein Schüler von einem Lastkraftwagen umgekehrten. Der Schüler trug eine starke Schwellung am linken Auge davon und wurde seiner elterlichen Wohnung zugeführt.

Rotes Betriebsmeeting

für die Belegschaften der Halleschen Röhrenwerke, der Engelhardt-Brauerei und der Schokoladenfabrik Most

am Sonnabend, dem 15. März 1930

um 14 Uhr, nach Betriebsschluß, im Lokal Meinrich, Böllberger Weg. Die „Rote Schmiede" tritt auf!

Polizeiterror vor den Betrieben

Aus Angst vor dem Protestiteik der Arbeiter gegen den Polizeiterror und den Mord an Ammendorfer Arbeitern wurde Sonnabend wiederum Gummiknüppeljünger vor den Betrieben postiert.

Vor den Röhrenwerken

stand schon in den Vormittagsstunden ein Doppels-[illegible] lauerte das Fabriktor. Scheinbar wurde den Schupos die [illegible] etwas zu lang und so suchten sie sich anderweitig zu „[illegible]". In Ermangelung anderer „Arbeit" spielte man ein bisch[illegible] Fahrkontrolle. Innerhalb ganz kurzer Zeit wurden vier [illegible] wegen Befahrens des Bürgersteiges gemacht. Wie groß [illegible] der Anzeigen im Laufe des Nachmittags gemacht ist, entzieht unserer Kenntnis. Jeder Radfahrer, der ahnungslos den [illegible] berger Weg auf der unbebauten Seite befuhr, wurde eingehalten und aufgeschrieben. Nun ist die Fahrtstraße in der Gegend der Röhrenwerke wirklich so beschaffen, daß jeder Radfahrer Radbruch riskiert, wenn er auf dem dort unmöglichen Bürgersteig plastiert. Ein Blinder sieht, daß der „verbotene" Radfahrtweg benutzt wird. Aber die Polizei muß „Arbeit" haben. Der Schupo-Bleistift arbeitete im Akkord und die Polizeikasse sich von den vielen Strafgeldern wieder füllen.

Die Polizeiaktion an den Röhrenwerken partielt wie bei [illegible] berger Schießen. Daran konnte auch der große vollbesetzte [illegible] der des öfteren den Böllberger Weg herauf und herunter [illegible] nichts ändern. Es gab eben hier nichts zum Preisschießen. [illegible] ist charakteristisch, daß zu dieser Zeit im Betriebe die Wach[illegible] Betriebsrat stattfanden. Die Polizeiwachen vor den Toren [illegible] eine treffliche Illustration zu der Situation, in der in diesen [illegible] die Betriebsrätewahlen stattfinden.

Zum Unternehmerterror und Sozialfaschismus der Polizei [illegible] Das ist die einheitliche Front gegen die revolutionäre [illegible] schaft, die sich aber dagegen zu wehren wissen wird.

Die „Sache mit Bauer" ist immer noch nicht [illegible]

weil die Kriminalpolizei mithelfen muß, Arbeiter zu [illegible]

Da die Kriminalpolizei aller Abteilungen des Polizeipräsidiums in der letzten Zeit vorwiegend mit der Beobachtung, Verhaftung und sehr oft auch mit der Verhaftung demonstrierender Arbeiter „beschäftigt" war, war es um die ihr eigentlich zufallende Arbeit natürlich äußerst schlecht bestellt. Wir haben zum Beispiel [illegible] „Sache mit Bauer" in den letzten Tagen so gut wie nichts [illegible]. Heute gibt die „Kripo" seit langer, langer Zeit ein Lebenszeichen von sich. Das bestehende wieder einmal ein Lebenszeichen von sich. Das bestehende Meldung:

„Der Herr Regierungspräsident in Merseburg hat zur [illegible] Klärung der Mordsache Bauer im Hafen Halle-Trotha die bekanntgegebene Belohnung von 300 Mark auf [illegible] erhöht. Dieser Betrag ist nur für Mitteilungen [illegible] Publikum bestimmt."

Morgen abend 8 Uhr wird im großen Saale des „Volkspark" der Arbeitermord in Ammendorf und der Polizeiterror ganz ausführlich behandelt vor dem **Tribunal der hallischen Arbei[illegible]**

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungproletarier, erscheint alle! Bekundet Eure Solidarität mit den gemeuchelten, mißhandelten und verhafteten Ge[illegible]

Heraus zum Massenprotest!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0006

Raubzug des Bürgerblocks auf die hallischen Volksschulen

Weniger Mittel für Lehr- und Lernmittel — Belastung der Volksschulen zugunsten der Standesschulen der Bourgeoisie — Aus dem Schulausschuß

Gestern tagte der Schulausschuß, um über den Etat der Schulen für das Jahr 1930 zu beraten. Auch die Beratung des Etats stand unter dem Zeichen des „Notjahres 1930". Aber glaubt der Bürgerblock meine damit die Not der breiten Massen der werktätigen Volkes und würde daher dieser Anlage Rechnung tragen — der hat ohne diese Leute gerechnet. Er kennt diese Not und das Elend ist, ein um so größeres Geschäft für diese Vertreter der Besitzenden aus dem grenzenlosen Elend der Massen für ihre Kreise herauszuschlagen. So und nicht anders verhält es sich auch mit dem

Volksschuletat in Halle.

Um die Mehrausgaben für ihre Standesschulen herabmindern zu können, streicht der Bürgerblock die Ausgaben für die Volksschulen auf ein katastrophales Minimum zusammen. Noch vor den Beratungen über die höheren Schulen nicht vor sich gegangen, aber schon mobilisiert die bürgerliche Presse die Elternschaft dieser Kreise, um die lächerliche Belastung ihrer Geldbeutel abzuwehren und auf Kosten der Volksschule einzusparen.

Es zeigten diese Vertreter der Einheitsliste hier ihr Gesicht. Die Parolen, die der Bürgerblock das ganze Jahr über aufstellte, um seine „Sorgen" um die Volksschule den Massen vorzutragen, brachen bei den Abstimmungen in sich selbst zusammen. Obwohl während der Debatten zu den einzelnen Kapiteln suchten die Vertreter ihre „Liebe zu den Volksschulen" an den Mann zu bringen, wurden aber energisch von unseren Genossen an ihre Pflichten erinnert.

Auch die koalitionsliebenden Sozialfaschisten alles Interesse an den Etat so zu balancieren, um eine Belastung der höheren Schulen, die ja auch die Schulen der Kinder jener „Volks"-Vertreter sind, zeigte sich hier besonders stark. Die von diesen Vertretern gemachten Abänderungsvorschläge waren nichts anderes als schäbiges Gemeckere. Ja, diese „Verbesserungs"vorschläge gingen sogar so weit, daß man eine schon knapp bemessene Position für Volksschulen herabsetzen solle, um die anderen Schulen berücksichtigen zu können. Allein die Kommunisten zeigten auch hier als die einzigsten Vertreter der Interessen der Werktätigen der Arbeiterklasse.

Es geht nun der neue Raubzug des Bürgerblockes an den Volksschulen aus? 1928 hatte Halle 448 Klassen mit 17 780 Kindern in den Volksschulen, 1930 dagegen 459 Klassen mit 18 344 Kindern. Trotz dieser

Steigerung der Kinderzahl und der Klassen

wurde die Einnahmen durch die Sparmaßnahmen des Staates um 1 Mark weniger als im Vorjahre. In diese Einnahme hat man noch 3000 Mark für Hauswirtschaftsunterricht und 6700 Mark für neunte freiwillige Schuljahr eingesetzt.

Arbeiterkinder, die in der Schule Kochunterricht erhalten, also in Zukunft das höheren Versuchsessen auch noch bezahlen. Arbeitereltern, die für ihre Kinder nach Abschluß der Volksschule Lehrstelle finden und noch ein Jahr warten müssen, sind dafür von jetzt an noch doppelt bestraft, indem man von ihnen Schulgeld verlangt, wenn sie ihre Kinder, statt sie auf Kosten herumlaufen zu lassen, diese noch ein Jahr zur Schule schicken wollen. Gegen diesen Schandstreich protestierten allein nur Kommunisten.

Die Gesamtausgaben betrugen 1929 für die Volksschulen 1 000 000 Mark. Für 1930 sind nach dem Magistratsvorschlag 777 800 Mark vorgesehen.

Die Steigerung der Ausgaben um 222 600 Mark ist aber nichts anderes als der elendeste Betrug an den Volksschülern.

Man will mit diesen Mehrausgaben renommieren und den tatsächlichen Abbau für die Volksschulen verdecken. Diese Mehrausgaben sind aber nur entstanden durch Einziehung von Beträgen, die der Volksschule auch nicht das geringste zu tun haben. Zum Beispiel man diesen Etat mit

56 857 Mark Schuldentilgung der Berger-Anleihe.

Die Verschuldung der Werke liegt man auch die Verwaltung um 3196 Mark für die Schulen auf dieses Konto um. Auch das Mal vollzumachen, versuchte man auch die Kosten für Pädagogische Akademie (1 Rate) von 85 000 Mark in diese Zahlen einzuschmuggeln. Die einmaligen Ergänzungen und Umbauten sind durch die Wegnahme der Wittekindschule gleichfalls auf Kosten dieser „Hochschule" zu schreiben.

Die Abzug dieser Summen verbleiben von diesen Mehrausgaben dann nur noch 60 853 Mark übrig, die natürlich bei weitem nicht ausreichen, die Mehrkosten für die geltiegene Zahl von Schülern und Klassen zu decken.

Aus diesem Grunde spart man bei allen wichtigen Positionen für Volksschulen ungeheure Beträge ein. So werden für die baulichen Unterhaltungen einfach 15 000 Mark abgesetzt. Die notwendigen Reparaturen an den an sich schon baufälligen Schulen in der Stadt werden also noch mehr eingeschränkt. Aber die Reinigungskosten für die Volksschulen setzt man herab. Auch die Zahl der Klassen durch die neue Schule im Süden noch um 2 vermindern ist. Noch offener zeigt sich dieser Abbau bei den Ausgaben für die Volksschulkinder. So wurden die Kosten für Kreide, Schwämme, Wisch- und Handtücher usw. von 20 auf 18 Mark pro Klasse herabgesetzt. Trotz Freiübungen und gymnastischen Uebungen sollen sich also unsere Arbeiterkinder weniger waschen. Die Ausgaben für Gebrauchsgegenstände, Spielgeräte usw. werden gleichfalls von 25 Mark auf 22 Mark pro Klasse herabgesetzt. Die Reisekosten für Ausflüge der Klassen setzt man für die Lehrkräfte von 18 Mark auf 16 Mark und für die Kinder von 14 Mark auf 12 Mark herab, d. h.

daß die Klassen in Zukunft die vorgeschriebenen Pflichtausflüge in einem noch geringeren Maße durchführen werden können, da die Eltern in einem noch viel geringeren Grade ihren Kindern Zuschüsse gewähren können.

Taube Ohren zeigen die Bürgerblock-Leute auch bei dem Kampf um die Erhöhung der Ausgaben für die Landschulheime. Obwohl die Zahl der Kinder und ebenso die Not und das Elend unter den Arbeiterkindern gestiegen ist, waren diese Leute nicht für eine Erhöhung dieser Ausgaben zu bewegen.

Ebenso brutal zeigt sich diese reaktionäre Mehrheit bei den Kosten für die Unterrichtsmittel. Für die Schulbüchereien, die zu einem großen Teil noch mit monarchistischer Schundliteratur überfüllt sind, werden für Neuanschaffungen die Kosten pro Klasse auch hier von 24 Mark auf 21 Mark herabgesetzt. Ebenso für die Lehr- und Lernmittel von 32 Mark auf 29 Mark. Die Lernmittel für Kinder setzt man von 100 Mark auf 90 Mark pro Klasse herab.

Obwohl es eine Reichsverfassung gibt, nach der sämtliche Lehr- und Lernmittel unentgeltlich gestellt werden müssen, die Not unter

Sammelt für den Kampffonds der Partei!

den Erwerbslosen und den schlecht bezahlten Betriebsarbeitern bei der Steigerung der Ausgaben immer größer wird, will man jetzt den Arbeitern auch die Kosten für diese Ausgaben aufhalsen.

Ganze 100 000 Mark hat der Bürgerblock für den Schulhausbaufonds, der vollkommen erschöpft ist, übrig.

Da eine Volksschule etwa 1 Million Mark kosten würde, können sich also, wenn dieses Tempo des Bürgerblockes noch so weiter geht, die Arbeiterkinder im Norden von Halle noch auf eine Zeit von zehn Jahren gefaßt machen, ehe sie einmal eine neue Schule bekommen. Der Bürgerblock lehnt nicht nur den Antrag der Kommunisten, 500 000 Mark für diesen Fonds, sondern auch den Vorschlag der Sozialfaschisten, nur 200 000 Mark dafür einzusetzen, ab. Dagegen hatte die reaktionäre Mehrheit des hallischen Stadtparlamentes für den Bau der Pädagogischen Akademie Mittel in ausreichendem Maße sofort zur Hand. Man hat die Hälfte der Gesamtkosten dieses Baues übernommen und ist bereit, diesen Betrag in drei Raten an den Staat abzuzahlen. Allein das zur Verfügung gestellte Gelände für diese Schule respektiert einen Wert von 324 000 Mark und man übernimmt doch darüber hinaus noch die sämtlichen Umbaukosten in der Wittekindschule, die durch diese Akademie entstehen.

Arbeiteretern, auch hier gilt es also, endlich geschlossen zusammenzustehen, um den Raubzug des Bürgerblockes abzuwehren. Diese Schulreaktionäre sind wohl bereit, die Ausgaben für einen Volksschüler von Jahr zu Jahr mehr herabzudrücken, von den breiten Massen aber die Kosten für ihre höheren Schulen aufbringen zu lassen. Dagegen heißt es sich aufzulehnen. Mit Erfolg kann auch dieser im Interesse der Arbeiterkinder gelegene Kampf nur durchgeführt werden, wenn alle Arbeiteretern den von der KPD. gewiesenen Weg des Kampfes gegen Reaktion und Sozialfaschismus beschreiten.

Der Spiegel

Hunger und Not sind der ständige Gast der Armen. Das bekannte Sprichwort: „Not kennt kein Gebot" spiegelt sich wider in den Zahlen, die die „Schutz"-Behörden der besitzenden Klasse veröffentlichen. Mord und Totschlag, Krankheit und Verbrechen gehören wie die Not und der Hunger zum Bestand der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Zahlen

Monatlich erscheinen die Veröffentlichungen über die „segensreiche" Tätigkeit der Schutz- und Ordnungspolizei.

Im Polizeibezirk Halle wurden im Monat Februar insgesamt 132 Personen festgenommen, und zwar: 25 Personen wegen „schweren Diebstahls", 17 Personen wegen „einfachen Diebstahls", 3 Personen wegen Brandstiftung, 8 Personen wegen Betrugs, 5 Personen wegen Unterschlagung, 17 Personen wegen Sittlichkeitsdelikten, 15 Personen wegen Körperverletzung und anderer Vergehen, 6 Personen wegen „Landstreichens und Bettelns", 2 Personen wegen Erpressung, 2 Personen wegen Hehlerei, 32 Personen auf Grund von Haftbefehlen und Steckbriefen.

Durch die Tätigkeit der Kriminalpolizei sind Werte und Wertgegenstände, welche durch strafbare Handlungen abhanden gekommen waren, für etwa 14 680 Mk. wieder herbeigeschafft worden.

Von 42 als vermißt gemeldeten Personen wurde der Aufenthalt von 12 Personen ermittelt, während 14 freiwillig zurückgekehrt sind. Mit dem Verschwinden der gegenwärtigen „gottgewollten Gesellschaftsordnung" werden auch diese gesellschaftlichen Zustände ihr Ende finden!

Die neue Auto-Aufzentrale — 27511

Wie unseren Lesern bekannt ist, wurde in den letzten Tagen zur Regelung und Konzentration des Kraftdroschkenverkehrs eine

Auto-Aufzentrale

ins Leben gerufen. Wir entnehmen aus der Denkschrift der „Vereinigung zur Förderung des öffentlichen Verkehrs der Stadt Halle (Saale) e. V." folgendes über die Vorteile dieser Zentrale:

Am 1. März, früh 7 Uhr, hat die Aufzentrale ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihre Vorteile sollen sein: Kurzbringend und angenehm für das Fahrpublikum durch z. T. erhebliche Verbilligung (?) der Anfahrtsgebühren und sachgemäße Bedienung. Verkehrspolitisch vorteilhaft durch die eintretende Entlastung des Straßenverkehrs infolge des Wegfalles eines großen Teiles der Leerfahrten. Wirtschaftlicher für die Besitzer durch Ersparnis von Leer-Kilometern. Steigerung in der Leistungsfähigkeit des jetzigen Droschkenbestandes durch schnelle Erfassung frei werdender Droschken.

Funktion der Zentrale

Die Zentrale ist Sammel- und Verteilungsstelle aller Droschkenbestellungen. Sämtliche Haltestellen sind durch Apparate unmittelbar angeschlossen. Auf einer eigens zu diesem Zwecke hergestellten Registriertafel spiegelt sich die Uebersicht über den gesamten Autovorgang, da sich die Führer der Droschken auf den einzelnen Halteplätzen laufend an- und abmelden. Von der Zentrale aus werden die Bestellungen an den nächstgelegenen Halteplatz weitergeleitet, während die Droschken ihrerseits nach Beendigung einer Fahrt am nächsten Platze anfahren. So entsteht ein geschlossener Kreislauf zwischen Besteller, Zentrale und Droschke. Zudem werden alle Bestellungen in geeigneter, durchdachter Weise aufgezeichnet, um eine dauernde Ueberwachung auch zu Zwecken späteren Ausbaues zu gewährleisten.

Insgesamt stehen 42 Kraftdroschken auf 11 Haltestellen zur Verfügung. Diese technische Neuerung hat für die werktätige Bevölkerung wenig Wert, weil deren leerer Geldbeutel bei den hohen Taxen den Luxus einer Autofahrt nicht erlaubt.

Frühlingsvorbereitungen im Zoo!

Daß es wirklich Frühling wird, merkt man im Zoologischen Garten daran, daß alle die Tiere, die besonders empfindlich gegen Kälte sind, von der uns erfreulicherweise der Winter nur wenig gebracht hat, wieder aus ihren Winterquartieren auftauchen. Besonders die empfindlicheren Vögel sind nun fast vollständig wieder in ihren Gehegen und tummeln sich in den Strahlen der Frühlingssonne. Im Seelöwendaßin ist jetzt den Tölpeln Gelegenheit gegeben, ihre Schwimmkünste und ihre Behendigkeit beim Erjagen ihrer Schellfische zu zeigen, wobei sie sich daranhalten müssen, wenn ihnen die zur Gesellschaft zugesetzten Kormorane und Pelikane nicht alles vor der Nase wegschnappen sollen. Im klaren Wasser sind die Tauchkünste, besonders der Kormorane, wunderschön zu beobachten. — Auch das seit Monaten schon gebarene Känguruh-Junge hat den Frühling gemerkt und steckt den Kopf, der überraschend dem eines Windspiels ähnlich sieht, zeitweilig ins Freie, und beim Nachmittagsschlaf in der Sonne magt es sich sogar schon recht weit aus dem schützenden Beutel der Mutter hervor.

Der Klassencharakter des Etats für 1930, der in der Etatrede des kommunistischen Stadtverordneten Genossen Grabe in der letzten Stadtverordnetensitzung aufgezeigt wurde, wird in einem ausführlichen Artikel behandelt, den wir wegen des Berichtes über die Beerdigung in Ammendorf zurückstellen mußten.

Der Volkschor Halle a. d. S., Gegr. 1928, hält am 14. März, 20 Uhr, im großen Saale des „Volkspark" sein Frühjahrskonzert ab. Wir verweisen auf das heutige Inserat.

Theater-Konzerte-Vorträge

Im Stadttheater wird am Donnerstag zum ersten Male „Die blaue Maus", eine Operette von Leo Stein und Bela Jenbach mit der Musik von Franz Lehar, aufgeführt. Die Musik gehört zu den besten Schöpfungen Lehars und geht mit großem Opernorchester in Szene. Es wirken mit die Damen Emi Calliano-Sanden, Marion Kaymann und Christetta Wiegerer, sowohl die Herren Anton Reiz, Erich Heinbach, Walter Meitendorf, Hans Schwarz, Max Stojentko und Otto Diedemann. Musikalische Leitung: Walter Treibenlei. Spielleitung: Paul Herlt. Bühnenbild: Heinz Bätzens.

Weißes-Theater. Am kommenden Sonntag (16. März) beginnt das Gastspiel des Wunder-Schwimmers Wu-Bu, welcher heute eine der interessantesten Erscheinungen auf dem Varietee-Markt ist. Bei seinen Gastspielen in Madrid und Paris erzielte Wu-Bu durch seine Kunst des Tauchens größte Triumphe. Außer Wubu bringt das Programm ein Gastspiel des lustigsten Filmstars Guy Stark-Gleichauer, hauptsächlich bekannt durch seine Rolle in dem Aufwertungs-Film „Die Frau im Mond" usw. Der Vorverkauf für die Premiere hat bereits begonnen.

Modernes Theater. Heute, Mittwoch und Sonnabend findet der Vier-Uhr-Tee mit vollständigem Spielplan bei freiem Eintritt statt.

Wie wird das Wetter?

Für Donnerstag: Bei auffrischenden Winden aus Südwest bis Nord kühl wolkiges bis trübes Wetter. Mehrfach Niederschläge. Im Flachlande teils Regen, teils Schnee. Im Gebirge Schnee. Temperaturen nach geringem Anstieg wieder sinkend.

Für Freitag: Fortdauer der unbeständigen kühlen Witterung wahrscheinlich.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Beilagen; Fritz Benling, Halle, für Lokales und Sachsen; Max Lademann, Halle, für Provinz; Fritz Lelling, Halle, für Sport; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebe und Gewerkschaften; Fritz Kraft, Halle, für den Anzeigenteil.

Oeffentliche Versammlungen

Ortsverein Halle-Saalkreis

Löbejün. Donnerstag, den 13. März, 20 Uhr, öffentliche Einwohnerversammlung. Referent Genosse Wallmann.

Wettin. Freitag, den 14. März, 20 Uhr, öffentliche Einwohnerversammlung. Referent Genosse Steinkamp.

Unterbezirk Merseburg-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Freitag, den 14. März, 20 Uhr, im Stadttheater Märzfeier.

Bund der Freunde der JAH

Halle, Zentrum. Mittwoch, 12. März, 20 Uhr, bei Weigel, Unterberg, öffentlicher Lichtbildervortrag der JAH.

Halle-Hammer. Mittwoch, 12. März, 20 Uhr, bei Dombowski große JAH.-Kundgebung. Redner Hoels, Berlin. Ist anwesend.

Halle, Osten. Donnerstag, 13. März, 20 Uhr, bei Fromm Mitgliederversammlung mit Lichtbildervortrag. Mitglieder von Halle-Osten, erscheint zahlreich und bringt Sympathisierende mit.

Bohrendorf. Donnerstag, 13. März, 20 Uhr, Lokal „Weintraube", öffentliche Kundgebung der JAH. Referentin Traute Hoels.

Golpa-Zörchernwitz. Freitag, 14. März, 20 Uhr, im Gasthof Kolonie öffentliche Kundgebung der JAH. Referentin Traute Hoels, Berlin.

Halle, Süden. Freitag, 14. März, 20 Uhr, im „Landhaus", Merseburger Straße 96, große Werbeveranstaltung der JAH. Mitwirkende: Proletarische Bühne, Halle. Sämtliche Mitglieder sind hierzu mit Sympathisierenden eingeladen.

Beesedig. Freitag, 14. März, 20 Uhr, im Lokal Schubert Filmabend der JAH. Zur Aufführung gelangt „Namenlose Helden" nebst Beiprogramm.

Granstedt. Freitag, 14. März, 20 Uhr, im „Nordstern" Filmabend der JAH. Gearbeitet wird der Film „Der Schleier fällt" (Frauenschicksal aus dem Orient).

Geiseltal. Sonnabend, 15. März, 20 Uhr, in Kochs Garten Filmabend. Der Film „Schinderhannes" nebst Beiprogramm gelangt zur Aufführung. Ref. Gen. Weigel.

Bogarmühlen. Sonnabend, 15. März, 20 Uhr, im „Preußischen Hof" Filmabend. Zur Aufführung kommt „Der Sohn der Berge" (russischer Film) nebst Beiprogramm. Referent Genosse Sperber.

Creiseleb. Sonnabend, 15. März, 20 Uhr, im Lokal Huth öffentliche Kundgebung der JAH. Referent anwesend.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Mittwoch, 12. März, 20 Uhr, im „Volkspark" Funktionärsitzung.

Giebichenstein. Freitag, 14. März, 20 Uhr, im „Volkshaus", kleiner Saal. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. — Bringt Gäste mit.

Frauenduschen ◆ Spülapparate ◆ Gummi-Biedes

Aus dem Saalkreis

Ein widerlegter „Volksblatt"-Schwindel

Das „Volksblatt" brachte unlängst einen Artikel, der durch eine ungeheuer Behauptungen die Gemeindepolitik der KPD. in Halle im allgemeinen und den Genossen Röber persönlich zu machen soll. Der wahre Sachverhalt ist folgender: In Halle wurde im Jahre 1926 als Notstandsarbeit ein Teil der Straßen pflasteriert. Auch der damalige KPD.-Stadtverordnete und Stadtrat Göricke und die zwei SPD.-Vertreter stimmten dafür. Die Meile Löbejün, verpflichtete sich durch schriftlichen Vertrag jeden Schaden, der bei den Arbeiten an Grundstücken usw. ... auch auftrat, zu kommen. Er schloß für alle etwa vorkommenden Fälle einen Versicherungsvertrag (bis 300 000 Mark) ab. Auch tatsächlich kleinere, bei der Bauausführung vorgekommene Beschädigungen anstandslos bezahlt worden. Das unter Mitwirkung des Arbeiten ... Auschachtungsarbeiten beschädigte und unbewohnbar gemachte Haus des Frik Göricke mußte auf Anordnung des damaligen SPD.-Landrates Müller geräumt werden. Göricke ließ sich das Haus niederzureißen und auf eigene Kosten neu zu bauen.

Jetzt verstorbene Bürgermeister Auschwitz und der Unterschriftsleiter Meile nahmen gegen Göricke Stellung und bestritten, daß Schadenbeschädigung durch die Auschachtung verursacht sei. Da aber wie auch die Versicherungsgesellschaft weigerten, für den ... hohen Schaden aufzukommen, hätte Göricke gegen Meile es ihm von verschiedenen Seiten geraten wurde, auf Schadenersatzleistung klagen müssen. Er verklagte aber nicht Meile, sondern die Stadt, und diese wurde auch als Bauherr verurteilt. Die Einleitung dieses Prozesses hat der Bürgermeister Auschwitz den übrigen Magistratsmitgliedern verschwiegen und erst auf wiederholtes Drängen Aufklärung gegeben, als der Prozeß längst im Gange war. Es ist nicht wahr, daß der Genosse Röber das Berufungsverfahren unter Zuhilfenahme der Bürgerlichen veranlaßt hätte. Gerade das Gegenteil ist wahr! Er hat abgeraten und auf die Kostspieligkeit und Langwierigkeit solcher Prozesse hingewiesen. Die Berufung hat der SPD.-Beigeordnete Heyer als Vertreter des inzwischen verstorbenen Auschwitz einweder selbständig oder mit Zustimmung der Bürgerlichen, ohne Zustimmung der KPD.-Vertreter Röber und Zwanzig, in die Wege geleitet. Anderseits mußte aber auch die Zahlungspflicht, d. h. wer nun eigentlich zahlen sollte festgestellt werden. Der Genosse Röber hat stets bei jeder Gelegenheit, bei Sitzungen, sogar als Zeuge vor Gericht, die Auschachtungsarbeiten in der engen Schleiferstraße als Ursache des Hausschadens angegeben. Auf Antrag des Genossen Röber wurde dem schwer geschädigten Hausbesitzer Göricke eine monatliche Zinsbeihilfe von 35 Mark gewährt und wird auch jetzt noch gezahlt. Von einer Schuld der KPD. oder des Genossen Röber zu reden, ist eine Unverschämtheit, die kaum zu übertreffen ist.

Einen Genossen, der fast 40 Jahre in der Arbeiterbewegung steht, im Betrieben und in aller Oeffentlichkeit als Arbeiterverräter hinzustellen, das bringt wohl nur ein solcher Abtrünniger mit seinen Helfershelfern fertig. Wenn sich Göricke durch die polizeilich-landräthlichen Drohungen einschüchtern ließ, sein Haus niederzureißen und neu aufzubauen und dadurch dann in eine sehr mißliche Lage kommt und nun andere ehrliche Proleten dafür verantwortlich machen will, so muß er schon beim „Volksblatt" und der SPD. landen, um bei dieser schäbigen Methode Unterstützung zu finden. Unsere Genossen sind sich keiner Schuld bewußt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Nr. 60 — Mittwoch, 12. März 1930

An alle oppositionellen sowie sympathisierenden Genossen des Turn- und Sportvereins „Fichte" e.V.

In der letzten Versammlung der Opposition, wo 80 Genossen und Genossinnen anwesend waren, wurde der Beschluß gefaßt, die „Fichte"-Opposition in einem neuen Verein zusammenzufassen.

Nach rechtlichen Erkundigungen und eingehender Aussprache sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß das bürgerliche Klassengericht sich stets gegen die Opposition, das heißt, gegen den revolutionären Kurs im ATSB. wenden wird. Dies beweisen einige Prozesse, die in unserer Sache laufen.

Als der Genosse K. in der Generalversammlung dem Bundesvertreter Koppisch erwiderte, daß die Aenderungen doch Zweckänderungen seien und uns dadurch die Hände gebunden werden, gab Koppisch zur Antwort: „Im gewissen Sinne hat der Genosse K. recht, indem er sagt, die Hände sind gebunden."

Genossen, Ihr seht daraus, **daß wir recht haben, indem wir die Statuten als Zweckänderung betrachten.**

Arbeitersportler, laßt Euch nicht von den sozialfaschistischen Verrätern einseifen. Sie wollen Euch nur vor den Parteikarren der SPD. spannen. Jedem Genossen, der revolutionär eingestellt ist **und** mit der Opposition kämpft, wird aus dem ATSB. ausgeschlossen. Sie wollen den Arbeitersport mit dem bürgerlichen Sport vereinigen, dies zeigt die Schreibweise der Turnzeitung.

Weiterhin seht Ihr, wie Fischer, Mosebach, Huth u. Ko. dazu übergehen, Euch die Turnhalle und das Gesellenheim zu entziehen. Mit anderen Methoden können sie uns als Opposition nicht bekämpfen.

Darum rufen wir Euch zu: Kehrt diesen Verrätern den Rücken und erscheint am

Sonnabend, dem 15. März, abends 1/8 Uhr, im „Volkspark" zur Versammlung.

Werbt und agitiert unter der Arbeiterschaft für unseren Kampf gegen die Bundesbürokratie. Je mehr Ihr arbeitet, um so stärker werden wir als klassenbewußte Arbeitersportler auftreten können.

Werbt neue Mitglieder und sammelt Munition, damit wir den Kampf gegen Fischer, Melde u. Ko. auf breitester Grundlage führen und unseren Sportbetrieb aufrechterhalten können.

Alle Arbeitersportler und -sportlerinnen, die gewillt sind, mitzuhelfen, erscheinen am Sonnabend, dem 15. März, im „Volkspark".

Schließt Euch der Opposition an.

Für die revolutionäre Einheit aller Arbeitersportler.

Die Leitung der „Fichte"-Opposition.

Die Gießener Arbeitersportler beugen sich nicht dem sozialfaschistischen Diktat

Vor kurzem fand in Gießen eine Sportlerversammlung statt, die zu den Vorgängen in den Arbeitersportverbänden Stellung nahm. Hier wurden die sozialfaschistischen Spaltungsmaßnahmen entschieden verurteilt. Eine dementsprechende Resolution nahmen die Mitglieder einstimmig an:

„Die Freie Turnerschaft Gießen nahm in ihrer Generalversammlung Kenntnis von dem diktatorischen Verhalten des Bezirksvorstandes auf dem Bezirkstag in Halle. Die Gießener Arbeitersportler protestieren auf das schärfste gegen die Willkürmaßnahmen und den Polizeiterror, der auf dem Bezirkssportfeitag von den sozialdemokratischen Funktionären angewandt wurde. Ferner lehnen alle dort gefaßten Beschlüsse die Gießener Arbeitersportler ab, da dieselben nur unter Anwendung von Terrormaßnahmen zustande gekommen sind. Des weiteren lehnt der Verein die neuen Bundesstatuten und Revorse ab und betont, daß die Selbständigkeit der Vereine und das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder gewahrt bleibt.

Des weiteren werden alle Ausschlüsse, die vom Bundesvorstand genehmigt wurden, von den Gießener Mitgliedern nicht anerkannt. Sie werden kämpfen gegen die Verbürgerlichung der Arbeitersportbewegung, für ihre revolutionäre Einheit auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Ferner werden sie den Spielverkehr mit den ausgeschlossenen Vereinen fördern."

Die Haltung der Gießener Arbeitersportler ist nur zu begrüßen und zeigt, daß dieselben den politischen Kurs des Bundesvorstandes richtig erkannt haben. Ein energischer Kampf muß gegen die Republikanisierung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung geführt werden. Alle im Bunde befindlichen Vereine haben die Pflicht und die Aufgabe, sich gegen das Diktat der KK. und der Sportverbandsbürokraten zu wenden. **Macht es den Gießener Arbeitersportlern nach!**

Das Kultur- und Sportkartell Teuchern bleibt oppositionell

Vor kurzem fand in Teuchern eine Kartellsitzung im Lokal „Grüner Baum" statt. Nach Aufstellung der Statistik sind 17 Organisationen und Vereine dem Kartell angeschlossen. Es wurde durch die sozialfaschistische Spaltungspolitik des Provinzialsekretärs Schrader aus der KK. ausgeschaltet. In dieser Sitzung wurde die Lage der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in Teuchern gründlich besprochen. Verschiedene Delegierte des Kartells waren gleichfalls Delegierte des sozialdemokratischen Kulturkartells. Ein derartiger Zustand konnte unmöglich weiterhin geduldet werden. Die sozialdemokratischen Kartellfunktionäre versuchten nur die Arbeit zu sabotieren.

Ein Antrag stand deshalb zur Debatte, daß nur Delegierte an den Sitzungen des Kultur- und Sportkartells Teuchern teilnehmen können, die nicht dem sozialdemokratischen Kulturkartell angehören. Der Grund dafür ist, daß sich das SPD.-Kartell in seinen Sitzungen damit beschäftigt, wie sie das zu Recht bestehende Arbeiter-Kultur- und Sportkartell schädigen kann. Der Beweis ihrer Spaltungsarbeit ist durch Berichte im „Volksboten" erbracht worden.

In der Sitzung wurde ein Bericht von der Landeskonferenz gegeben. Alle Delegierten haben nunmehr die Möglichkeit, in ihren Vereinen über den Stand der oppositionellen Bewegung in Mitteldeutschland zu berichten. Eine ganze Anzahl organisatorischer Arbeiten wurden erledigt.

Das ist praktische Solidarität

In der fälligen Monatsversammlung nahmen die Mitglieder des Allgemeinen Turnvereins Weißenfels den Bericht von der Landeskonferenz in Halle entgegen. Sie stellen sich geschlossen hinter die Beschlüsse. Für die Beteiligung am Reichstreffen der Opposition zu Pfingsten in Erfurt war die Stimmung gut. Der Allgemeine Turnverein ist aus dem ATSB. nicht ausgeschlossen, wohl verschiedene Sportgenossen. Um so höher ist seine Stellungnahme zu bewerten. Darum, Sportgenossen im Bezirk Weißenfels, eifert den Weißenfellern nach, auf nach Erfurt, kämpft für die rote Einheit der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Schkeuditzer Arbeitersportler, seid auf dem Posten!

Sozialfaschist Müller in Mussolinis Fußtapfen!

Die Sportkartellsitzung wird aus Furcht vor den oppositionellen Arbeitersportlern geschlossen!

Die oppositionellen Arbeitersportler von Schkeuditz müssen offener und konsequenter ihre Stellungnahme gegen die sozialfaschistischen Spalter vertreten. Durch die raffinierte Handhabung der Versammlungsleitung in der Generalversammlung des Arbeitersportkartells gelang es dem sozialfaschistischen Diktator Müller, noch einmal den Posten des Kartelloorsitzenden zu erhalten. Getreu den Anweisungen der sozialfaschistischen Bundesbürokratie führt Müller den Kampf gegen die oppositionellen Sportler durch. Seine ersten Opfer sollten zwei Sportler sein, die die Landeskonferenz in Halle besucht hatten. Da beiden durch die Bundesvorstände nicht beizukommen war — es handelt sich hier um einen Athleten und um einen Naturfreund —, so mußte die Zentralkommission herhalten.

Der Sozialfaschist Müller bestimmte einfach, daß die beiden Genossen die Sitzung zu verlassen hätten.

Eine Abstimmung darüber, ob sie an der Kartellsitzung teilnehmen können, ließ Müller nicht zu. Dieselbe wäre bestimmt zugunsten der Opposition ausgefallen. Selbstverständlich verließen die oppositionellen Sportgenossen den Sitzungsraum nicht. Da den Sozialdemokraten die Spaltungspolitik in Fleisch und Blut übergegangen ist, so ließ Müller die Sitzung einfach auffliegen.

Durch derartige demagogische Methoden hoffen die Sozialdemokraten, die Opposition abzuschütteln. Ihm wird das bestimmt nicht gelingen. Wenn die oppositionellen Sportler auch aus ihren Vereinen durch die Willkürmaßnahmen der Sozialdemokraten herausgeworfen werden, ist die Opposition trotzdem nicht mundtot zu machen.

Wie sich Müllers Tätigkeit im „Interesse" der Arbeitersportbewegung auswirkt, zeigt die Spaltung des Fußballvereins „Eintracht". Ueber 60 Mitglieder wurden als ausgeschlossen erklärt. Der Grund dafür ist, daß sämtliche Mannschaften mit Ausgeschlossenen spielten. Mit den gemeinsten Mitteln versucht jetzt der bundesvorstandstreue Sozialfaschist Müller, den Spielverkehr der Fußballvereins „Eintracht" zu unterbinden.

Höchst persönlich hat Müller zur Feder gegriffen und die Vereinsvorstände aufgefordert, den städtischen Fußballplatz den oppositionellen Mannschaften nicht mehr zur Verfügung zu stellen.

Auch dem Platzwart hat Müller einen Brief geschickt, daß kein Sportler den Platz betreten darf, da keine Spiele stattfinden.

Was bildet sich dieser politisch größenwahnsinnige Müller denn ein? Glaubt er, daß das städtische Eigentum — Eigentum der Sozialdemokratischen Partei ist? Bezahlen die Arbeitersportler nicht genau so ihre Steuern an Stadt und Staat, wie die sozialfaschistischen Spalter? Jedenfalls hat der Platzwart kein Recht, Mannschaften, die schon jahrelang das Spielfeld benutzen, von demselben zu weisen. Sozialfaschist Müller platzt bald vor Wut, weil er keinen Spieler in sein Vereinchen bekommt, und so versucht es mit diesen erbärmlichen Mitteln, die oppositionelle Bewegung zu schädigen.

Das herausgesprengte Gerücht, die Opposition habe sich an bürgerliche Fußballer wegen Platzüberlassung gewandt, ist ebenso ein großer, plumper und dummer Schwindel der Spalter.

Alle Arbeitersportler von Schkeuditz haben nunmehr die Pflicht, sich solidarisch mit den Ausgeschlossenen zu erklären. Der Kampf, den die Sozialfaschisten den revolutionären Arbeitersportlern aufgezwungen haben, wird durchgeführt bis zur letzten Konsequenz. Im Interesse der revolutionären Einheit der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung nehmen die Oppositionellen gerne persönliche Opfer auf sich, um die Verbürgerlichung des Arbeitersportes zu verhindern.

Ein neuer Kämpfer für die Opposition

Die Freie Turnerschaft Gießen hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Spielverkehr mit der Opposition aufzunehmen. Sie haben ihre Faustball-Mannschaft zur Handball-Mannschaft umgestellt. Die Genossen können nicht länger die Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen der Bundesbürokratie billigen. Am Sonntag, dem 16. März, findet bereits das erste Spiel in Gießen statt.

Genossen der Bundesvereine! Nehmt Euch dieses zum Beispiel und kehrt diesen Arbeiterverrätern den Rücken. Reiht Euch ein in die Opposition.

Handballspiele für Sonntag, 16. März

15 Uhr	Gießen 1. — Nieflehen 1.		Domünde
1/2 17 Uhr	Achilles 1. — Reinsdorf 1.	Behrendt, Cröllwitz	
1/2 6 Uhr	Achilles 2. — Gutenberg 2.	Behrendt, Cröllwitz	
15 Uhr	Wörmlitz 2. — Fichte Jgd.	Hehrold, Nieflehen	
16 Uhr	Wörmlitz 1. — Fichte 1.	Hehrold, Nieflehen	
14 Uhr	Teutha 1. — Seeben 3.	Herre, Eisdorf	
11 Uhr	Reinsdorf 2. — Sennewitz 1.	E. Robitzsch, Seeben	
10 Uhr	Seeben 1. — Unterklängen 1.	Sennewitz	
14 Uhr	Seeben 2. — Unterklängen 2.	Sennewitz	
15 Uhr	Domünde 2. — Eisdorf 2.	Förster, Cröllwitz	
16 Uhr	Domünde 1. — Eisdorf 1.	Förster, Cröllwitz	
1/2 11 Uhr	Cröllwitz 1. — Gutenberg 1.	Wagner, Fichte	
15 Uhr	Sangerhausen 1. — Eisleben 1.	E. Schaal, Wörmlitz	

Jugend

10 Uhr	Reinsdorf Jgd. — Sennewitz Jgd.		E. Robitzsch, Seeben

Als 16. März besteht Lokzwang. Dem Freien Wasserportverein zur Kenntnis, daß sie wegen Nichtzahlung der rückständigen Beiträge ab heute disqualifiziert sind. Heute 1/2 20 Uhr im „Volkspark" Schiedsrichter-Jahresversammlung. Alle Vereine haben die bekannte Zahl von Prüflingen mitzubringen. Montag, den 17. März, Vollzugung. Alle Vereinsspielleiter haben zu erscheinen. Tagesordnung: Serienspiele und Ausgabe der Serienhefte. Alle angesetzten Spiele sind Pflichtspiele. Bei Nichtantreten Bestrafung. J. A.: Franz Richter.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis 6. Bezirk

Sonntag, 16. März, finden folgende Freundschaftsspiele statt. Bei verzeichneten Spielen sind von der Leitung Veränderungen vorgenommen, dies den beteiligten Vereinen zur Kenntnis.

308	13 Uhr	Brachwitz 3. — Könnern 2.		Cöthme
309	1/2 15 Uhr	Brachwitz 2. — Könnern 2.		Tolau
310	16 Uhr	Brachwitz 1. — Könnern 1.		Reuter, Fortuna
311	12 Uhr	Teutonia 3. — Reiboburg 3.		Bruckdorf
312	1/2 14 Uhr	Teutonia 2. — Sportlust 2.		Minerva
313	1/2 16 Uhr	Teutonia 1. — Sportlust 1.		Gnelß, Treiba
314	12 Uhr	Tiemitz 3. — Wörmlitz 3.	Strecke1 u. Schiller, Reiboburg	
315	1/2 14 Uhr	Tiemitz 2. — Wörmlitz 2.	Theuerkorn u. Günther, Reiboburg	
316	15 Uhr	Tiemitz Jgd. — Wörmlitz Jgd.	König, Reiboburg	
317	16 Uhr	Tiemitz 1. — Wörmlitz 1.	Hilsebrecht, Minerva	
318	1/2 13 Uhr	Morl 2. — Brachstedt 2.		Tiemitz
319	1/2 15 Uhr	Morl 1. — Brachstedt 1.		Knaut, Tiemitz
320	13 Uhr	Reiboburg Jgd. — Bruckdorf Jgd.		Tiemitz
321	14 Uhr	Reiboburg 2. — Cröllwitz 2.		Wörmlitz
322	1/2 16 Uhr	Reiboburg 1. — Cröllwitz 1.		Pfeifer, Askania
323	1/2 12 Uhr	Askania 2. Jgd. — Viktoria 2. Jgd.		Tolau
324	13 Uhr	Askania 3. — Zörbenen 1.		Sportbrüder
325	1/2 15 Uhr	Askania 2. — Sportbrüder 2.		Teicha
326	16 Uhr	Askania 1. — Sportbrüder 1.	Hunold, Cröllwitz	
327	1/2 13 Uhr	Gröbers Jgd. — Wehmar Jgd.		Lettin
328	1/2 14 Uhr	Gröbers 2. — Wehmar 2.		Viktoria
329	15 Uhr	Gröbers 1. — Wehmar 1.	H. Marhardt, Lettin	
330	14 Uhr	Möglich 2. — Minerva 2.		Ostrau
331	1/2 16 Uhr	Möglich 1. — Minerva 1.		Henze, Löbejün
332	1/2 10 Uhr	Teutha 1. Jgd. — Zörbenen 1. Jgd.		Mori
333	11 Uhr	Teutha 2. Jgd. — Lettin Jgd.		Giebichenstein
334	12 Uhr	Teutha 3. — Eisdorf 1.		Lettin
335	1/2 14 Uhr	Teutha 2. — Lettin 2.		Askania
336	16 Uhr	Teutha 1. — Lettin 1.	Willig, Giebichenstein	
337	1/2 14 Uhr	Bruckdorf 2. — Zörbenen 2.		Viktoria
338	15 Uhr	Bruckdorf 1. — Zörbenen 1.		Ihr. Teutha
339	13 Uhr	Fortuna Jgd. — Giebichenstein Jgd.		Askania
340	14 Uhr	Fortuna 2. — Giebichenstein 2.		Brachwitz
342	1/2 16 Uhr	Fortuna 1. — Giebichenstein 1.	König, Sportbrüder	
343	10 Uhr	Viktoria Jgd. — Minerva Jgd.		Gröbers
344	11 Uhr	Viktoria 3. — Zörbenen 3.		Gröbers
345	10 Uhr	ASC. 1. Jgd. — Askania 1. Jgd.		Teutonia
346	12 Uhr	ASC. 3. — Ostrau 3.		Mori
347	1/2 14 Uhr	ASC. 2. — Ostrau 2.		Sportbrüder
348	15 Uhr	ASC. 1. — Viktoria 1.		Prof. Giebichenstein
349	1/2 13 Uhr	Teicha Jgd. — Mori Jgd.		Cröllwitz
350	1/2 14 Uhr	Teicha 2. — Teutha 2b		Minerva

Pflichtgesellschaftsspiele für 16. März

351	14 Uhr	Cölme 2. — Eisleben 2.	Sportlust
352	1/2 16 Uhr	Cölme 1. — Eisleben 1.	Sportlust
353	14 Uhr	SG 2. — Union 2.	Kreischmann, Union
354	1/2 16 Uhr	SG 1. — Union 1.	Kreischmann, Union
355	14 Uhr	Brachwitz Jgd. — Löbejün Jgd.	Union
356	16 Uhr	Teicha 1. — Löbejün 1.	Union
357		Löbejün 2. — Löbejün 3.	Union

Die Pflichtgesellschaftsspiele sind von der Leitung angesetzt und die Mannschaften müssen unbedingt antreten. Zur Abnahme der Prüflinge hat Genosse Nickel Heinrich mit zu erscheinen.

Montag, den 17. März, nach der Geschäftsstunde, werden die Serienhefte ausgegeben, die Vereinsspielleiter haben hierzu zu erscheinen. Spielgenehmigungen auf Anfälle und vermeidet selbige! Die Adresse für Anfälle ist Walter Kühn, Halle a. S., Merseburger Straße 3. J. A.: Lukas Schäfer.

2. Kreis 8. Bezirk (Opposition), Fußballsportverein

Serienspiele am 16. März

20	15 Uhr	Brehna 1. — Wollen 1.	Fulgen
21	15 Uhr	Jeßnitz 1. — Holzweißig 1.	Jeßnitz
22	15 Uhr	Dessau 1. — Bitterfeld 1.	Bitterfeld
23	15 Uhr	Zörbenbach 1. — Greppin 1.	Zörbenbach
24	15 Uhr	Gräfenhainichen 1. — Wittenberg 1.	Wittenberg
25	15 Uhr	Niemegk 1. — Piesteritz 1.	Niemegk
26	15 Uhr	Sandersdorf 1. — Zahna 1.	Sandersdorf
27	1/2 14 Uhr	Brehna 2. — Wollen 2.	Fulgen
28	1/2 14 Uhr	Jeßnitz 2. — Holzweißig 2.	Jeßnitz
29	1/2 14 Uhr	Dessau 2. — Bitterfeld 2.	Bitterfeld
30	10 Uhr	Zörbenbach 2. — Greppin 2.	Zörbenbach
31	1/2 14 Uhr	Gräfenhainichen 2. — Wittenberg 2.	Wittenberg
32	11 Uhr	Niemegk 2. — Piesteritz 3.	Niemegk
33	1/2 14 Uhr	Sandersdorf 2. — Zahna 2.	Sandersdorf
34	10 Uhr	Jeßnitz 3. — Holzweißig 3.	Jeßnitz
35	10 Uhr	Sandersdorf 3. — Bitterfeld 3.	Bitterfeld
36	12 Uhr	Brehna 3. — Greppin 3.	Zörbenbach
37	12 Uhr	Jeßnitz Jgd. — Holzweißig Jgd.	Sandersdorf
38	14 Uhr	Zörbenbach Jgd. — Greppin Jgd.	Gräfenhainichen
39	14 Uhr	Mühlbed Jgd. — Wollen Jgd.	Fulgen
40	14 Uhr	Niemegk Jgd. — Piesteritz Jgd.	Niemegk

Schickt rechtzeitig die Spielformulare und sorgt für pünktliche Berichterstattung.

Der Bezirksspielausschuß.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle

Kommenden Freitag, den 14. März, 20 Uhr, bei Polzin Sitzung der Kommunalleiter der Vereine mit der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion. Jeder hallische Verein muß Vertreter entsenden.

Montag, den 17 März, 21.30 Uhr, im „Volkspark" kombinierte Sitzung des Kartells und der Bezirksleitung des 6. Bezirks (Opposition).

Am Donnerstag, dem 3. April, im „Volkspark" Schulentlassungsfeier.

Ein Bericht der gestern Abend stattgefundenen Kartellsitzung folgt.

Fichte-Opposition! Achtung! Die Jugendgruppe trifft sich am Donnerstag pünktlich 8 Uhr der Notiz im „Volksblatt" am Donnerstag pünktlich 8 Uhr im Gesellenheim. Thema: Stellungnahme zu dem Beschluß des Bundesvorstandes! Das Erscheinen eines jeden ist Pflicht.

Fotografen

Vereinigung der Arbeiter-Fotografen, Ortsgruppe Halle. Dienstag, 18. März, 20 Uhr, im Saale der Produktiv Lebensmittelhandel 14, Vortrag des Dr. Kurt über: „Die Herstellung von Diapositiven." (Theoretische und praktische Anweisungen sowie Vorführung von Lichtbildern.) Restloses Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Interessenten sind willkommen.

Aufgepaßt, Weißenfelser Jugendliche!

Die Fußballabteilung Union des Allgemeinen Turnvereins gründet eine Jugendabteilung für Fußball. Alle Jugendlichen, die gewillt sind, beizutreten, treffen sich Sonnabend 8 Uhr im „Jugendheim", Langeneberg Straße. Sämtliche Mitgliedern zur Kenntnis, daß Sonnabend, 15. März, im „Heilenschen" Spielen werben ein Langenmgnien stattfindet.

2. Kreis, 6. Bezirk (Spielleute). Sonntag, 23. März, vormittags 9 Uhr, in „Terrasse" (Wölberger Weg) Bezirkstagung der Spielleute.

Vereinsmitteilungen

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität, Ortsgruppe Halle. Mittwoch, 12. März, abends 8 Uhr, Jugendversammlung im „Volkspark".

Fichte, Halle, e. V. Allen Jugendlichen und Mitgliedern der Vereinsjugend zur Kenntnis, daß die Jugendabende im Gesellenheim (Donnerstag) bis auf weiteres aufgehoben sind. Der Vorstand.

Freier Wassersportverein Halle. Wegen erweiterter Vorstandssitzung muß Mittwoch, 12. März, Turnstunde ausfallen. H. M., Turnleiter.

Arbeiter-Kraft- und Radfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Zörbig. Sonnabend, den 15. März, Monatsversammlung bei Karl Ulrich.

Arbeiter-Athleten-Bund Halle-Merseburg, EV., 5. Kr.

Sonntag, 16. März, vormittags 11 Uhr, im großen „Volkspark"saal

Entscheidungskampf um die Bezirksmeisterschaft im Ringkampf

Sportklub 09 1. gegen Achilles 1.

Im Bozen:

Städtemannschaft Halle — Städtemannschaft Leipzig

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0008

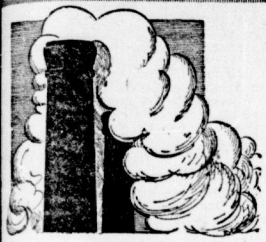
AUS MITTELDEUTSCHLAND

des Krieges und der Arbeit fordern:

reichung der hohen Minister- und Generalspensionen

3. März im Gewerkschaftshaus in Wittenberg tagende Mitgliederversammlung beschloß nach Erledigung der einstimmig, die vom Vorstand eingebrachte Reso- Reichsministerium — durch die Bundesleitung — zu- lassen. Auch wurde angeregt, die Werbetätigkeit, die in Monaten gute Erfolge gehabt hatte, zu verstärken. An- nimmt entgegen der Genosse Willardt, Wittenberg, Weg 77, und der Genosse Hildebrandt, Verlags-

überall, wo ein Schlot raucht



müssen unsere Sammellisten angeboten werden.

Die Arbeiter geben gerne

die Kommunistische Partei.

Jüdenstraße 10. Für Klein-Wittenberg, Piesteritz Paul Wegner, Klein-Wittenberg, Grünstraße 29.

Die am 3. März im Gewerkschaftshaus zu Witten- tagende gut besuchte Mitgliederversammlung des **Internatio- Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit**, Ortsgruppe Klein-Wittenberg, Piesteritz, legten schärfsten Protest die sie von der Regierung des Reiches und der Länder ge- weiteren Verschlechterungen der gesamten sozialen Gesetz- Wir beantragen folgende acht Forderungen durchzuführen: Aufhebung einer 6. Novelle zum RVG.

Sofortige Erhöhung der Invaliden- und Unfallrenten rück- wirkend ab 1. Januar 1930.

Herabsetzung der Altersgrenze in der Invaliden- und Ange- stellenversicherung.

Verweigerung jeglicher Mittel aus der Invaliden- und An- stellenversicherung zum Zwecke der Deckung des Defizits in der Arbeitslosenversicherung.

Beschleunigter Ausbau des Schwerbeschädigtengesetzes.

Auszahlung aller ab 1. Oktober 1929 verlangten Nachunter- stützungen.

Streichung der hohen Minister- und Generalspensionen. Ver- wendung der dadurch freiwerdenden Beträge für Erhöhung der Renten aus dem RVG.

Gesetzliche Zusammenfassung der gesamten deutschen Ver- sicherungen zu einer Reichsversicherungsanstalt zwecks Ein- sparung der ungeheuren Verwaltungskosten der einzelnen Ver- sicherungsträger.

Raubmord bei Lanna

Sonntagabend ist, wie die Kriminalpolizei Weimar mitteilt, in Kühnsdorf **geborene Lederarbeiterin Lina Trampler** bei Lanna **von unbekannten Tätern ermordet und be- raubt.** Der **Oberstaatsanwalt hat für die Ergreifung der Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.**

Dreistöckiges Mühlengebäude durch Feuer vernichtet

Sonntag brach in der Fachschen Mühle in Welbsleben aus, das das dreistöckige Mühlengebäude völlig in Asche die Nebengebäude konnten gerettet werden. Mehr als Mehl und sämtliche Maschinen wurden vernichtet. lang wurden aus 18 Schlauchleitungen ungeheure in das brennende Gebäude geschleudert. Die Ent- ist noch nicht geklärt.

Großfeuer in Hötensleben

In der Nacht vom Sonntag zum Montag ein Groß- das das Haus des Kaufmanns Schmidt vollkommen ein- Als das Feuer bemerkt wurde, hatte es bereits eine große genommen. Die Bewohner, die bereits schliefen, in höchster Lebensgefahr. Es gelang aber unter großen sämtliche Bewohner zu retten. Die Löschungs- durch Wassermangel sehr erschwert. Der Schaden groß sein, da nichts gerettet werden konnte.

Ausbau der Provinziallandstraße Hötensleben. In diesem Frühjahr soll die Provinzial- Wolmirsleben—Ermsleben fertig ausgebaut werden. Mit bereits begonnen worden. Nach Fertigstellung Straße eine der besten Automobilstraßen nach dem Harz

Von der Anklage der fahrlässigen freigesprochen. Von der Anklage der fahrlässigen gesprochen wurde der 20 Jahre alte Ziegler Walter aus Rautenberg. Dornberger hatte mit seinem Motor- einen Mann so schwer angefahren, daß der Tod des sofort eintrat.

Antwortet auf die Pfaffenhetze: Heraus aus der Kirche!

Rom und Wittenberg gegen Sowjetunion

Der „Kreuzzug des Papstes" gegen die Sowjetunion hat bei allen Feinden Räte-Rußlands starken Widerhall gefunden. Immer enger schließt sich der Ring der Imperialisten um das Land der Arbeiter und Bauern und immer unverschämter und

offener wird die Kriegshetze,

und es ist bezeichnend, daß gerade die katholische Kirche versucht, eine einheitliche Front gegen das „gottlose" Rußland zustande zu bringen.

Da wittert die „Konkurrenz", die evangelische Kirche, Gefahr. Wie leicht kann ihr der Wind aus den Segeln genommen werden, wenn sie nicht wachsam ist. Um nun ihrerseits nicht ganz ins Hintertreffen zu geraten, schlägt sie in dieselbe Kerbe. „Brüder in Not", das ist der Schlachtruf, der heute im Lager der Gescheiterten ertönt. Diesmal sollen „evangelische Glaubensgenossen" in Druck sein. Die Tagesordnung der Predigten in den Kirchen wurde durch dieses Thema bestritten. Man sprach von „christlichem Mitgefühl" und „herzlicher Teilnahme" und hatte so seinen Beitrag zur allgemeinen Hetze gegen Sowjet-Rußland, die von oben befohlen wird, geliefert. Als **getreues Werkzeug des Imperialismus** hat die Kirche ihre Pflicht getan und der Rummel ist mal wieder vorbei. Bis zum nächstenmal.

Was kümmert es die Kirche aller Schattierungen, wenn in Deutschland Millionen „Brüder in Not" sind, wenn heute in unzähligen Familien der Hunger herrscht. Das läßt diese Gesellschaft kalt. Der verfluchten Sowjetunion gilt es den Garaus zu machen, und da kann man sich um solche „Kleinigkeiten" nicht kümmern.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft jedoch wird auf dem Posten sein und sich schützend vor das Vaterland aller Werktätigen und den sozialistischen Aufbau stellen. Sie wird zu gegebener Zeit mit den geeigneten Mitteln dieser Kriegshetze entgegentreten und der imperialistischen Welt zeigen, daß sie alles tun wird, um ein neues Weltverbrechen zu vereiteln.

Die beste Antwort des klassenbewußten Proletariats an die Volksverdummer muß eine aktive Unterstützung der Werbekampagne für den Austritt aus der Kirche sein.

Ohrdruf. Wer trägt die Verantwortung? — Durch einen Blindgänger in Stücke gerissen. Auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes ereignete sich am Sonntagnachmittag ein gräßliches Unglück. Zwei Soldaten des zurzeit hier weilenden Ausbildungsbataillons Marburg hatten das schöne Wetter zu einem Ausflug benutzt. Dabei fanden sie einen Blindgänger und machten sich unvorsichtigerweise daran zu schaffen. Der Blindgänger krepierte und riß den einen Soldaten Wienecke aus Zahna in Stücke. Der andere Soldat, Kump aus Quakenbrück, wurde mit schweren Verletzungen ins Ohrdrufer Krankenhaus eingeliefert.

Vorbildlicher Schulbau in Roitzsch unter kommunistischer Leitung

Für die Arbeiterkinder ist das Beste gerade gut genug

Lustige, gesunde Klassenzimmer — Vorbildliche geräumige Turnhalle — Baderaum — Gesangs- und Musiksaal mit Konzertflügel — Tische und Stühle anstatt Reihenbänke für die Kinder!

A.-K. Seit vier Jahren ist die kommunistische Fraktion der hiesigen Gemeindevertretung unablässig bemüht, auf kommunalem Gebiete das nachzuholen, was in früheren Jahren versäumt worden ist, und dazu gehören auch die Schulverhältnisse.

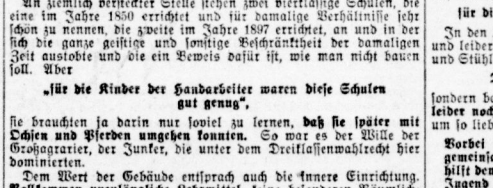
Wenn wir heute das neuerrichtete Gebäude seiner Zweckbestimmung übergeben, so ist es notwendig, einige Worte über die bisherigen Schulgebäude und ihre Einrichtung zu verlieren, aus denen hervorgehen soll, **wie dringend erforderlich im Interesse der Gesundheit und Fortbildung der heranwachsenden Jugend** der Bau überhaupt war.

An ziemlich versteckter Stelle stehen zwei vierklassige Schulen, die eine im Jahre 1850 errichtet und für damalige Verhältnisse sehr schön zu nennen, die zweite im Jahre 1897 errichtet, an und in der sich die ganze geistige und sonstige Beschränktheit der damaligen Zeit ausstobte und die ein Beweis dafür ist, wie man nicht bauen soll. Aber

„für die Kinder der Handarbeiter waren diese Schulen gut genug",

sie brauchten ja darin nur soviel zu lernen, **daß sie später mit Ochsen und Pferden umgehen konnten.** So war es der Wille der Großagrarier, der Junker, die unter dem Dreiklassenwahlrecht hier dominierten.

Dem Wert der Gebäude entsprach auch die innere Einrichtung. **Vollkommen unzulängliche Lehrmittel,** keine besonderen Räumlichkeiten zur Erteilung von besonderem Fachunterricht oder Durchführung der Kinderspeisung, **keine Turnhalle für eine Schule von 400 und mehr Kindern, keinen ausreichenden Schulhof** zur Erholung in den Pausen und zur Pflege der Leibesübungen. Daß aus solchen ungenügenden Schulverhältnissen keine für das Leben ausreichend vorgebildeten Menschen hervorgehen konnten, ist selbstverständlich, und mancher Arbeitsmann, der am neuen Gebäude mitschaffte und nach der Schulzeit sich durch ausdauernden Fleiß



zu einem tüchtigen Handwerker entwickelt hat, wünschte sehnlichst, noch einmal Kind zu sein und in dieser Schule ausgebildet zu werden. Nun, sie mögen ihre Freude übertragen auf ihre Kinder und gemeinsam mit ihnen das Neue lernen, was ihnen in ihrer Schulzeit und in den alten Räumen versagt blieb.

Wie sieht nun die neue Schule aus?

An der schönsten Stelle des Dorfes, gegenüber dem Kragenteich, umgeben von schmucken Wohnhäusern, die in den letzten Jahren errichtet wurden, steht der gewaltige Klinkerbau, ein Werk des bekannten Architekten v. Waltbausen, der sein ganzes Können in diese Arbeit hineingelegt hat. Es ist ihm gelungen.

14 normale Klassen, eine Klasse für Naturkunde, eine Klasse für Haushalts-, eine Klasse für Handarbeits-, eine Klasse für Handwerkunterricht und ein geräumiger Zeichensaal sind im Inneren untergebracht. Dazu kommt die Turnhalle in einer Größe von 12 × 24 Meter, anschließend ein Gesangssaal, der — durch eine Rollwand getrennt — mit der Turnhalle in Verbindung steht und mit einem Konzertflügel ausgestattet ist.

Ferner enthält das Hauptgebäude noch Zimmer für den Rektor, die Lehrer und die Lehrmittel, die heute in allen Volksschulen die Hauptrolle spielen sollten. Was zum Unterricht gehört und soweit die Mittel dazu vorhanden waren, ist angeschafft worden, da wir auf dem Standpunkt standen, daß

für die Kinder der Arbeiterklasse das Beste gut genug sei.

In den Klassenzimmern stehen keine Bänke, wie in den alten und leider heute auch noch in vielen neuen Schulen, sondern Tische und Stühle.

Das Schulzimmer ist nicht mehr Kasernenstube,

sondern behagliches Heim geworden, und manches Kind, das **heute leider noch in schlechten Räumen bei den Eltern hausen muß,** wird um so lieber in das schöne Wohnzimmer in die Schule gehen.

Vorbei ist das Händefalten und Sitzen in Reih und Glied, gemeinsam arbeiten vier Kinder an einem Tische. Der Starke hilft dem Schwachen, der Geist der Solidarität soll von frühester Jugend an im Kinde geweckt werden. Nicht zum Kadavergehorsam, sondern zu freien Menschen soll man unsere Kinder im neuen Heim erziehen.

Das ist unser sehnlichster Wunsch und **unsere Forderung an Schulleitung und Lehrerschaft.**

In den unteren Räumen der Volksschule befinden sich Auskleideräume für die Turnhalle sowie die Aborte für Schulkinder und Erwachsene, die Schuldienerwohnung und das Schulbad, ein **Brausebad für die Kinder,** das hoffentlich im Lehrplan besondere Beachtung findet. Ferner birgt das untere Geschoß **noch 12 Wannenbäder,** die denjenigen Personen, die in der eigenen Wohnung keine Badegelegenheit besitzen, gegen geringes Entgeld zur Verfügung gestellt werden sollen.

Zur Schule selbst gehört dann noch **ein geräumiger Schulhof** mit einer besonderen Abteilung zur Pflege der Leibesübungen. An der Straßenfeite sehen wir die Schuluhr, die statt der Stundenziffern Figuren erhalten hat, und zwar sind in den vier Hauptfiguren die wichtigsten Berufszweige dargestellt: Schmied, Bergmann, Landarbeiterfrau und Zimmermann, die acht Nebenfiguren zeigen Knaben und Mädchen beim Unterricht und Spiel, dasselbe ist auch auf den Reliefs links und rechts vom Haupteingang der Fall.

Worte des Dankes gebühren im besonderen all den Arbeitsmännern, deren Fleiß und Geschicklichkeit uns dieses herrliche Gebäude beschert haben, auf das wir um so stolzer sein können, weil niemand dabei zu Schaden gekommen ist. Es hängt kein Proletarierleben daran, denn die Beleschaft hat selbst den größten Wert auf begehbare Gerüste und ausreichende Schutzmaßnahmen gelegt.

So übergeben wir unsere „Diesterwegschule" der Oeffentlichkeit, benannt nach einem Schulmann, der, **ein glühender 48er Revolutionär, der nachfolgenden Reaktion zum Opfer wurde.**

Wir knüpfen daran die Erwartung, daß die Kinder, die diese Schule verlassen, leichter begreifen werden, wie notwendig es ist, einig und geschlossen zu handeln, einig und geschlossen zu kämpfen dafür, daß alle Schulen frei werden, daß alle Schulkinder zu freien Menschen erzogen werden, daß die gesamte proletarische Menschheit frei wird, frei wird von Knechtschaft und Not, von Ausbeutung, Elend und Unterdrückung, frei wird von kapitalistischer Republik und Staatsform und

aufbauen kann in einem Sowjet-Deutschland Sozialismus und freies Menschentum.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0009

Starkbesuchte Einwohnerversammlung in Zahna verlangt einstimmig:

Sofortige Entfernung des Bürgermeisters Fleischhauer

Vor zirka 450 werktätigen Frauen und Männern sprach am 6. März im großen Rathausfaale der Genosse Gutjahr aus Halle über das Thema: **Erwerbslosigkeit und ihre Ursachen.** Eingehend behandelte der Referent die jetzige inner- und außenpolitische Lage Deutschlands in bezug auf das Erwerbslosenproblem. Eine Lösung ist nur möglich, wenn Schluß gemacht wird mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Genosse Gutjahr erläuterte den Fünfjahrplan der Sowjetunion und zeigte die Erfolge unserer russischen Brüder auf. Nur wenn wir ein Sowjet-Deutschland erkämpfen, ist eine Besserung der Lage der deutschen Arbeiterschaft möglich. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Wir begrüßen den Aufruf der KPD. zum Reichserwerbslosentag und verpflichten uns, in den Massenorganisationen, in der Gemeinde und in den Betrieben für die Forderungen der revolutionären Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei zu kämpfen.

Das drohende Verbot der KPD. durch die Sozialfaschisten und die steigende Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion beantworten wir durch Masseneintritte in die KPD."

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Mißwirtschaft in der städtischen Verwaltung, sprach Genosse Lehmann. Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von **den unerhörten Amtsvergehen des Bürgermeisters Fleischhauer.** Sie verurteilt aufs schärfste die Stellungnahme der Aufsichtsbehörden und stimmt einstimmig folgender Entschließung zu:

„Zirka 450 Wählerinnen und Wähler der Einwohnerversammlung am 6. März 1930 protestieren energisch gegen die Nichtbestätigung der kommunistischen Magistratsmitglieder und beschließen einstimmig, den Regierungspräsidenten in Merseburg aufzufordern, im Interesse der werktätigen Bevölkerung von Zahna die Bestätigung sofort auszusprechen. Ebenso verlangt die Versammlung einstimmig die sofortige Entfernung des Bürgermeisters Fleischhauer aus dem Amt. Genosse Gutjahr wird diese Angelegenheit im preußischen Staatsrat zur Sprache bringen. Es kann nicht geduldet werden,

daß Fleischhauer systematisch die Stadt in Grund und Boden wirtschaftet.

Trotzdem gegen Fleischhauer drei Verfahren laufen, wegen Urkundenfälschung, fortgesetzter Untreue im Amt und Unterschlagung öffentlicher Gelder, darf dieser Mann weiter hier sein Unwesen treiben. Dem Herrn Oberregierungsrat Eichhorn aus Merseburg wird in Kürze durch einen Artikel im „Klassenkampf" bewiesen werden, wie recht damals die Kommunisten hatten, als sie dieses Wespennest aufrührten. Die Aufsichtsbehörde wird sich dann auch mit diesem Herrn etwas näher befassen müssen. Herr Eichhorn hatte damals alles in bester Ordnung befunden. Nun, Zahlen reden bekanntlich eine deutlichere Sprache als gefälschte amtliche Bekanntmachungen, unterschrieben von vermeintlich angesehenen Bürgern, denen Herr Eichhorn mehr glaubt als uns Kommunisten. **Wir werden zur gegebenen Zeit das Material veröffentlichen.** Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen!

Kreis Weißenfels vor dem Bankrott?

Landrat Zimmermann verteidigt auf dem zusammengeschobenen „Landgemeindetag" die Verschleuderung des Kreiseigentums zur Schaffung von Geldquellen!

Der Landrat Zimmermann, in dem Bestreben, sich größeres Ansehen und Aussicht auf größere Pfründen zu verschaffen, versucht noch jetzt, wo die Korruptions-Wirtschaft im EBWZ. schon gen Himmel stinkt, alles daranzusetzen, um die Verschacherung des Verbandes zu ermöglichen. Er will seinen Freund Scharfenberg zu einer fetten Staatsstellung verhelfen und redet seinen Leuten vor, er wolle „dem Kreise" helfen.

Solche „Hilfe für die Kreise" sind erfundene Märchen unfähiger oder leichtsinniger Kommunalbeamter!

Landrat Zimmermann seifte die Gemeindevorsteher und Schöffen mit nachstehenden Argumenten gehörig ein.

„Durch die Rationalisierung läßt sich der Anschluß an die Preußen nicht verbieten oder verhindern. Das letzte Wort darüber haben die beiden Kreistage, wo eine Mehrheit für den Verkauf besteht, zu sprechen. Diese Mitteilungen tragen nur informatorischen Charakter für die Anwesenden." — Z. geht auf die Entstehung des Elt.-Verbandes ein. Heute seien ganz andere Zeiten. Man müsse mit der Zeit gehen usw.

Z. hebt erneut hervor, daß infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage Einnahmequellen für den Kreis geschaffen werden müssen. Der Verkauf sei gemeinnützig und nicht privatkapitalistisch.

Es sprechen, trotzdem nur seine Lieblinge eingeladen sind, zwei Gemeindevorsteher gegen den Verkauf, ein SPD.-Mann und ein Landwirt!

Genosse Schlag erhält das Wort und führt aus: Diese Konferenz ist eine zusammengeschobene. Die Kreistagsvertreter und Schöffen der KPD. sind nicht eingeladen worden. — Es soll den Anwesenden in dieser Dunkelkammer der Verkauf schmackhaft gemacht werden. Die skandalöse Antwort Scharfenbergs auf die „Klassenkampf"-Artikel ist keine Rechtfertigung, sondern eher eine

Bestätigung seiner Schuld!

Noch wie vor halten wir diese Anwürfe gegen Scharfenberg aufrecht. Wiederholt hat er seinen Auch-Genossen versprochen, sich von dem Vorwurf der Korruption zu reinigen und Klage gegen den verantwortlichen Redakteur zu erheben, was nicht geschehen ist. — Programmäßig redet die SPD. gegen Entkommunalisierung.

In der Praxis werden durch die SPD. die kommunalen Einrichtungen verschleudert.

Alles der Futterkrippen halber, wie dieses auch in Halle der Fall ist. Alle Versprechungen, daß keine Strompreiserhöhungen eintreten, sind Lug und Trug. Wir werden weiter die Verbrauchermassen zum Kampf gegen die Verschleuderung aufrufen und lehnen die mit dem Verkauf verbundene Massenausplünderung ab. — Warum kommt Scharfenberg nicht, um seine Mißwirtschaft zu verantworten?

Landrat Z. geht nicht auf die Ausführungen ein; auch die Sozialfaschisten tuschen alle!

Das ist mit wenigen Worten der Vorgang, wie er sich um den Punkt 5 der Tagesordnung in der Landgemeindeagung am 7. März in Weißenfels in Schumanns Garten abgespielt hat.

Es zeugt von einer unerhörten Dreistigkeit des Referenten und von einer Gutgläubigkeit oder Unkenntnis der Zuhörerschaft in der Vertretung kommunalwirtschaftlicher Interessen, die wohl nirgends in der Welt wieder zu finden ist

Mit der Begründung, der Kreis brauche Geld, soll ein Betrieb, den diese Kreise auf Dutzende von Jahren zur glänzendsten Einnahmequelle im Interesse der Verbraucher und aller Einwohner ausbauen können, einfach verschleudert werden!

Wenn der Kreis Geld braucht, so ist er in der Lage, sein Eigentum zu beleihen und außerdem Sonderforderungen an die Regierung zu machen. — Gibt er aber sein wertvollstes Eigentum weg, so verliert er nicht nur eine Einnahmequelle, sondern auch Kredit.

Natürlich muß andere Wirtschaft gemacht werden im EBWZ. als Scharfenberg sie gemacht hat!

Bleibt Zimmermann, der Herr Landrat, trotzdem dabei, daß der EBWZ. verschleudert werden muß, um den Kreis aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bringen, so heißt das:

Der Landrat des Kreises bestätigt, daß der Kreis Weißenfels von ihm an den Rand des Bankrotts gebracht worden ist — aber ohne, daß die Massen etwas davon gehabt hätten! — Also fort mit Zimmermann und seiner Bankrott-Politik!

Ein wichtiger Brief!

Leberecht Geduldig, von dem wir eine Reihe Artikel mit dem ganzen Material über die Mißwirtschaft im EBWZ. abgedruckt haben, teilt uns mit, daß er den unten im Wortlaut folgenden Brief am 9. März eingeschrieben an den Regierungspräsidenten von Harnack in Merseburg gerichtet hat:

An den Herrn **9. März 1930.**

Regierungspräsidenten

Einschreiben! **in Merseburg.**

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident!

Vor einigen Jahren fühlte sich Herr Landrat Zimmermann durch einen von mir an ihn gerichteten Privatbrief beleidigt. Ihr verehrter Herr Vorgänger Dr. Grützner drohte mir daraufhin mit Offizialklage.

Seit Monaten erscheinen im „Klassenkampf", einer nicht ganz unbekannten, mitteldeutschen Arbeiterzeitung, von mir verfaßte Artikel, die sich mit der Korruption und der bewußten Mißwirtschaft des Zweckverbandsvorstehers Paul Scharfenberg, Theißen (Kr. Weißenfels), befassen und die grobe, formale Beleidigungen enthalten.

Aus sehr häufigen Hinweisen des Herrn Verbandsvorstehers Scharfenberg habe ich entnommen, daß er als „mittelbarer Staatsbeamter" Ihrer direkten Aufsicht unterstellt. Sollte meine Annahme der Wahrheit entsprechen, dann wäre ich Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet, wenn Sie mir Dienstag, den 11. d. M., eine Unterredung gewähren würden, bevor ich mein Material dem Herrn Oberstaatsanwalt in Naumburg unterbreite.

Falls ich keinen anderweitigen Bescheid erhalte, werde ich mir erlauben zu dem angegebenen Zeitpunkt bei Ihnen vorzusprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Unterschrift.

Ob Harnack nun wohl genau so wie Zimmermann bereit sein wird, die Mißwirtschaft und die Korruption zu decken, die Scharfenberg im EBWZ. betreibt? Nach den gesetzlichen Begriffen der Verwaltungsaufsicht ist Harnack schon zu weit gegangen in seinem Schweigen gegenüber dem Verbandsausschuß und dem Vorsteher. — Aber wir werden nicht vergessen! — Wir werden verstehen, mit dem Verbrechen, welches die Sozialdemokraten durch

die Vertuschung der Loddermirtschaft um den EBWZ. und seine Verschleuderung,

die breitesten Massen im Zeitz-Weißenfelser Gebiet für den revolutionären Klassenkampf gegen die SPD.-Schandpolitik zu mobilisieren!

Delitzsch-Torgau

Gendarmen im Erwerbslosenzuge

Erwerbslosendemonstration in Belgern

A.K. Dem Rufe zum Weltkampftage der Erwerbslosen Betriebsarbeiter waren hier etwa 300 Arbeiter gefolgt. eine Versammlung im „Trompeterschlößchen" statt. wurde von unserem Genossen der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft, das katastrophale Erwerbslosen-Elend gezeichnet; auch wies der Referent darauf hin, daß die Tr geoiste und die Sozialfaschisten noch weitere Maßnahmen zur Verschlechterung des Erwerbslosenelends planen und durchführen. Dann spann sich eine rege Diskussion. Nach der Versammlung marierte sich der Demonstrationszug und schon sprangen die Bo des Geldsacks hervor in Form von drei Gendarmen von Stadtbüttel Gutenmorgen. Sie wollten den Umzug nicht Die Arbeiterschaft ließ sich nicht einschüchtern, zog Verbot dann aus der Post die rote Fahne zum Umzug gebracht glaubte Gutenmorgen, sich besonders hervortun zu müssen wollte die Fahne beschlagnahmen. Auch dies wurde von bestimmt unterbunden. Nachdem die Gendarmerie die Ar „ihrer Arbeit" einsah, **demonstrierte sie mit am Schluß** Der Abschluß der Demonstration fand im „Trompeterschl statt, wozu auch der Bürgermeister und die Gendarmen ein Sie wurden bald aus dem Scale gedrängt. Auch in Belgern läßt sich die Arbeiterschaft nicht das Recht auf die Straße bieten.

Die KPD. hat das Vertrauen der Werktätigen

Am Montag, dem 10. März, nahm eine überfülle Versammlung in Annaburg zum Young-Plan und seinen Auswirkungen auf die Gemeinden und zur Neuwahl des Gemeindevorstehers Stellung. Die Ausführungen des Referenten wurden begeisterten Zurufen begrüßt. Als die neuen Steuergesetze Zölle sowie die Verhandlungen über das Finanzprogramm Reichsregierung und die führende Rolle der Sozialfaschisten der Hetze gegen die Sowjetunion aufgezeigt wurde, steigerte die Empörung. Die Einwohner stimmten einmütig unserer Resolution zu. (Siehe politischen Teil.)

Im zweiten Punkt war die Gemeindevorsteherwahl bestimmt, daß die Einwohner restlos zu uns stehen. Die KPD. als Kandidaten den Genossen Schmidt vor, der einstimmig Einwohnerversammlung gewählt wurde.

Die Einwohner von Annaburg nehmen damit den Kampf den Schanderlaß Grzesinskis auf und kämpfen unter Führung KPD. um die Bestätigung.

In der Diskussion trat eine sozialfaschistische Krämerseele ein rededuseliger Wirtschaftsparteiler auf.

Einwohner von Annaburg! Beweist nun durch die Tat, daß zu Eurer Resolution steht! Schließt Euch der KPD. an!

Natürlich auch in Delitzsch

Auch in Delitzsch versucht die Polizei mit Gewalt jede D stration am 6. März zu verhindern. Mit aller Brutalität Schärfe gingen sie gegen die Erwerbslosen vor. Natürlich berüchtigte Klamm seinen Kollegen wieder den Rang ab. der erste, der den Schießprügel zog. Die deutliche Antwort Erwerbslosen mußte diesem Burschen doch zu denken geben der Sturm-Kommissar Schulz war wieder in seinem Elt Zu erwähnen sei noch, daß Kaffee-Bock und Kolonialwaren Saul Landjäger beherbergten. Die „Macher und Helfer" Polizeiaktion werden nicht vergessen!

Die Zöberitzer Erwerbslosen können hungern

Zur Sitzung stand die Tagesordnung wie folgt: 1. Wa Schulvorstandsmitglieder; 2. Bau einer Leichenhalle; 3. Erwerbslosenantrag für Winterbeihilfe 25 Mk. oder 1 bis 2 Brote bei derreiche Erwerbslose; 4. Verschiedenes.

Punkt 1 wurde rasch erledigt, da der Gemeindegewaltige Gutsbesitzer, die Schulvorstandsmitglieder selbst vorgeschlagen

Punkt 2 nahm längere Zeit in Anspruch, da die Leichenhalle dem Friedhof gebaut werden soll, der Kircheneigentum ist. Da auf Gemeindeeigentum noch anderer Platz vorhanden ist, so von den Bürgerlichen beraten, daß auf dem Kircheneigentum baut wird. Die Genossen Gerlte und Schwan protestierten gegen, weil für die aus der Kirche Ausgeschiedenen Schwierigkeiten entständen.

Punkt 3. Die Erwerbslosenanträge wurden gegen die Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt.

Diese Menschen haben natürlich für die Not der Erwerbslosen kein Verständnis. Die Erwerbslosen müssen sich dies merken.

Hohenleipisch. Donnerstag, den 13. März, 20 Uhr, Lokal „Gutstraude" öffentliche Kundgebung der IAH. Referentin Genossin Traute Hoelz-Berlin. Erscheint in Massen!

Bitterfeld-Wittenberg

Paul Merker spricht in Kleinwittenberg

Heute abend 19.30 Uhr im „Schützenhaus", Kleinwittenberg, Betriebsleiter- und Erwerbslosenversammlung. Die „Rote Schmiede" spielt. Genosse Paul Merker spricht über die Betriebsratswahlen.

IAH.-Veranstaltung in Holzweißig

Die Veranstaltung der IAH. am letzten Freitag war gut besucht. Genosse Barth schilderte bei Eröffnung den blutigen Verlauf des 6. März. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren der Gemeuchelten von den Plätzen. Als Referentin war die Genossin Hartmann (Berlin) erschienen, die die Elendslage der Arbeiterklasse klar aufzeigte und vor allem die Bedeutung der Frau im Befreiungskampfe hervorhob. Auch zeigte sie Zweck und Ziele der IAH. verständlich auf. Genossin Krause (Wolfen) gab Bericht über den letzten Kreistag. Die Vorführung von zwei revolutionären Stücken durch die Theatergruppe Wolfen fand Beifall. Eine Tellersammlung für die IAH.-Traktoren ergab 6.20 Mark. Bravo, Genossen!

Die Brehnaer Arbeiterschaft hat mit Renegaten nichts gemein

Am Sonnabend fand in Brehna eine gut besuchte Einwohnerversammlung statt. Genosse Schmidt-Bitterfeld gab einen ausführlichen Bericht über den Verlauf des letzten Kreistages. Er kennzeichnete die schändliche Rolle der Sozialfaschisten, die unter Führung eines Dr. Kleinau alle Schandtaten gegen die Arbeiterschaft mitmachten und deckten. Auch zerpflückte er die Lügenmärchen über unseren Genossen Chemnitz. Lediglich dem politisch verlumpten Henze blieb es vorbehalten, persönliche Angriffe gegen den Genossen Ch. anzubringen. Henze wartet wirklich nur auf das Sprungbrett, daß ihm den fanneerlehnten Sprung ins Lager der Arbeiterverräter ermöglicht. Die Abfuhr für Henze und seinen Freund, Sozialfaschisten Schiebel, dürfte vorerst wieder einmal genügen. Diese Elemente werden natürlich von klassenbewußten Arbeitern nicht mehr ernst genommen. Auch die Brehnaer Arbeiterschaft wird diesen Elementen eine ganz deutliche Antwort nicht schuldig bleiben.

Die Zörbiger Erwerbslosen durchbrechen das Verbot

Auch in Zörbig haben die Erwerbslosen die Situation erkannt und am 6. März durch Demonstration gezeigt, daß nicht wehrlos dem Kapital ausliefern wollen. Nach einer gegangenen Versammlung, in der Genosse Richter den Erwerbslosen die Bedeutung des 6. März als Weltkampftag formierte sich ein imposanter Demonstrationszug unter Mitführung von Transparenten, die die Forderungen enthielten:

Arbeit und Brot! Für Siebenstundentag und Ausgleich Löhne!

Die Polizei war nicht in der Lage, den Zug aufzulösen. **als eine Stunde bewegte sich der Zug durch die Stadt unter** rufen auf das Demonstrationsverbot und Hochrufen auf den boten RFB

Nach der Auflösung des Zuges beteiligte sich ein großer Teil Demonstranten per Rad an der Demonstration in Bitterfeld. „Zörbiger Bote" brachte am nächsten Tage einen Artikel, in dem der Schriftleiter den Demonstrationszug verächtlich zu versuchte. Warum ist man denn nicht dem Rufe des Stadtführers Günther gefolgt und ist als deutsche Helden aufmarschiert Trotzdem ist uns bekannt, daß man ein Auto zur Verfügung zur Beförderung von drei Spitzeln nach Bitterfeld. Die Arbeiterschaft wird sich erst recht um das Banner der KPD. scharen.

Der Arbeiterschaft von Zörbig rufen wir zu: Laßt Euch durch „Zörbiger Boten" nicht beschimpfen und verhöhnen! Heraus **dem Wurstblatt! Lest den „Klassenkampf"!**

Zörbig. Zu dem Artikel, der kürzlich im „Klassenkampf" und sich mit der Person des Herrn Münzer befaßte, sei folgendes daß der Berichterstatter falsch informiert war. Die genannte gelegenheit war harmloser Natur. Herr Münzer ist heute wegs gegen die Arbeiterschaft eingestellt. Wir bringen dies mit zur Kenntnis.

Golpa-Zschornewitz. Freitag, den 14. März, 20 Uhr, im hof Kolonie öffentliche IAH.-Kundgebung. Ueber das Thema Aufgaben der IAH. im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse spricht die Genossin Traute Hoelz-Berlin. Erscheint in Massen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0010

„Manchester Guardian" brandmarkt die Berliner Polizeibrutalitäten

Der „Manchester Guardian", der schon anläßlich der Ereignisse des 1. Mai in Berlin eine entschiedene Stellungnahme gegen die Brutalitäten der Zörgiebelpolizei genommen hatte, wendet sich wiederholt in seinen Berichten über die Kundgebungen am 6. März in Berlin gegen das Vorgehen der Berliner Polizei. Er schreibt in seiner Nummer vom 7. März 1930 u. a.:

„Szenen der Polizeibrutalität.

Unser Berliner Korrespondent gibt in einer Meldung auf einer anderen Seite eine lebhafte Beschreibung der Brutalität der Berliner Polizei, die alle Kommunisten oder andere Personen wild verfolgte und schlug, die sich in den Straßen anschickten, eine Gruppe zu bilden. **Die Gummiknüppel, sagt er, zeigten viele Striemen auf Personen, die keine erschichtliche Provozierung gaben."**

In dem ausführlichen Bericht heißt es u. a.:

„Nichtprovozierte Angriffe der Polizei. Der Gummiknüppel. Bericht eines Augenzeugen von den Polizeiroßheiten. Die Polizei nicht provoziert."

... So weit ich das zu beurteilen imstande war, gab es nichts, wovon die Polizei hätte Notiz nehmen müssen, denn das ab und zu ertönende Gerufe und die gelegentlich verlautenden Niederrufe waren in der Tat keineswegs bedrohlich. Die Polizei gab jedenfalls niemandem den Vorteil, darüber Zweifel zu hegen. **Immer wieder stürmten Polizeiabteilungen vorwärts,** worauf die Leute, **die die Straßen dieser ziemlich armen Einkaufs- und Geschäftsgegend in Mengen erfüllten, sich zerstreuten.** ... Plötzlich begann die Menge zu rennen, und einige Polizisten kamen im Laufschritt vorbei, **ohne einen erschichtlichen Grund, und schlugen rechts und links nach jedem, den sie erreichen konnten.** Ein ziemlich dünner, junger Mensch, in einem abgeschabten blauen Anzug rannte. Er stolperte oder taumelte vornüber. Sein Rücken war einige Sekunden lang ungeschützt, und schon sauste der Gummiknüppel des Polizisten nieder — knacks, knacks, knacks, woraufhin einige entfernte Zuseher in den Ruf ausbrachen: „Schande!".

Die Polizei raste die Straße weiter entlang. Man konnte sehen, wie der Gummiknüppel auf und nieder ging. In allen Torbögen und Fenstern waren Menschen, die die Vorgänge beobachteten. **Viele deutsche Polizisten sind Sozialdemokraten. Das Haupt der Berliner Polizei ist Sozialdemokrat. Sein eigener Chef, der preußische Innenminister, ist Sozialdemokrat. Das Vorgehen kann deshalb als „deutsche Sozialdemokraten in Aktion" bezeichnet werden, und unter jene, die das heute beobachten, müssen viele sein, die seit entschlossen sind, das nächste Mal kommunistisch zu stimmen."**

Der Korrespondent des „M. G." beschreibt weiter noch eine Reihe einzelner und besonders hervorstechender Fälle von Polizeibrutalitäten.

Griechische Kommunisten im Hungerstreik

Athen, 12. März. Seit neun Tagen stehen 19 kommunistische Gefangene im Hungerstreik, weil die Regierung beschlossen hat, sie in das gesundheitsschädlichste Gefängnis Griechenlands zu schaffen, dessen Zellen bis zu 23 Meter unter dem Erdboden liegen.

Die Regierung führt als Begründung dieser Maßnahme an, daß die Kommunisten selbst in den Gefängnissen Unruhe stiften, womit sie den Kampf unserer Genossen für eine bessere Ernährung aller Gefangenen usw. meint.

In Wirklichkeit will die Regierung Venizelos diese 19 Genossen eines langsamen, aber sicheren Todes sterben lassen.

Die griechischen Arbeiterorganisationen haben eine scharf geführte Protestkampagne begonnen. Der Minister des Innern, bei dem eine Deputation der „verbotenen" Roten Hilfe erschien, sagte wörtlich: **„Ich als Minister sage Ihnen, daß sie sterben werden!"**

Die Protestbewegung hat selbst auf liberale bürgerliche Kreise übergegriffen; so hat die Vereinigung der Rechtsanwälte von Piräus einen offiziellen Protestbeschluß gefaßt.

Massenaufmarsch der werktätigen Frauen

Wuchtige Kundgebungen zum Internationalen Frauentag in aller Welt

Der Internationale Frauentag 1930 stand voll und ganz im Zeichen des neuen revolutionären Aufschwungs. Der Welterwerbslosentag am 6. März und der Internationale Frauentag am 8. März wurden in inniger Verbundenheit begangen, ein sichtbarer Ausdruck für die Reife der proletarischen Frauenbewegung, die weiß, daß die Abwerfung der geschlechtlichen Fesseln nur durch die endgültige Befreiung der gesamten Arbeiterklasse möglich ist. Besonders auffällig war die überaus starke Beteiligung und mutige Haltung der Arbeiterinnen bei den Aktionen des roten Donnerstag in allen Ländern. Die vom 8. März vorliegenden Berichte lassen erkennen, daß die besonderen Kundgebungen zum Internationalen Frauentag besonders wuchtigen Charakter trugen.

Am internationalen Frauentag wurden in allen Betrieben Moskaus massenhaft Beitrittserklärungen von Arbeiterinnen zur KPSU. und zu den Stoßbrigaden abgegeben. Viele Arbeiterinnen sind zur verantwortlichen Arbeit in den Betrieben oder im Sowjetapparat befördert worden. In fast allen Betrieben führten die Arbeiterinnen einen zweistündigen Arbeitslohn für neu zu errichtende Kindergärten, Kinderkrippen und für die Verstärkung der Kultur- und Erziehungsarbeit in den Kollektivwirtschaften ab.

In England fanden am Sonnabend und Sonntag in **London, Bradford, Liverpool, Birmingham** und **Südwales** Massenkundgebungen statt, die einen überaus guten Verlauf nahmen. Vor einigen **Betrieben** wurden am Sonnabend flegende Veranstaltungen durchgeführt. **In London war die erste Konferenz werktätiger Frauen** einberufen worden, zu der über 100 Delegierte erschienen. Unter anderem waren Vertreterinnen vieler Betriebe, darunter das Streikkomitee von Kapitoff und Delegierte von 32 Organisationen anwesend. Die Konferenz beschloß, den Kampf für eine Reihe von Forderungen aufzunehmen. Zum Schluß wurden Aktionskomitees für die Arbeit in den verschiedenen Fabriken und Organisationen gebildet und ein zentrales Komitee zur Vorbereitung eines Kongresses werktätiger Frauen für ganz England gewählt.

Die englische Bourgeoisie bewies ihre Furcht vor den Demonstrationen der werktätigen Frauen dadurch, daß sie einige Tage vorher die Genossin Rose Smith, die erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen wurde, wieder verhaftete. Genossin Rose ist eine der aktivsten Frauenagitatorinnen Englands und hatte für den internationalen Frauentag eine Anzahl Versammlungen in Aussicht. Ihre neuerliche Festnahme erfolgte unter einer längst veralteten Anklage.

In **Polen** veranstalteten die Arbeiterinnen eine große Anzahl von glänzend illegal organisierten revolutionären Kundgebungen vor den Betrieben und auf öffentlichen Plätzen in den Arbeitervierteln. In vielen Straßen wehten rote Fahnen. An den Häusern klebten Aufrufe und revolutionäre Losungen. Während einer Massenkundgebung vor der Akumulatorenfabrik in Warschau verhaftete die Polizei die Rednerin. Als die Arbeiter die Genossin aus den Händen der Polizei befreien wollten, zogen die Polizisten ihre Revolver und nahmen noch zwei Arbeiter fest.

In **Athen** wurde der Internationale Frauentag mit Erfolg begangen. Die Vorschläge der Rednerinnen in den beiden gutbesuchten Kundgebungen, den politischen Massenstreik vorzubereiten, fanden begeisterten Widerhall.

In **China** wurden besonders große Kundgebungen in verschiedenen Stadtteilen Schanghais abgehalten, an denen Arbeiterinnen, Arbeiter und Studenten teilnahmen. Die Polizei versuchte, die Verteilung von Flugblättern zu verhindern. Um den Polizeiangriffen entgegenzutreten, hielten die Arbeiter verschiedentlich Straßenbahnwagen an. Die Polizei schoß auf die Demonstranten; mehrere Arbeiterinnen und Arbeiter wurden verwundet und zehn Demonstranten verhaftet. In den zum Internationalen Frauentag ausgegebenen Flugblättern wird besonders auf die Notwendigkeit der Bewaffnung des Proletariats und der Verteidigung der Sowjetunion hingewiesen.

Auch in **Nanking, in Wuhu** und in **Tsinanfu** fanden Kundgebungen statt.

Polizeiflugzeuge gegen Demonstranten

Paris, 12. März. Die Pariser Behörden geben jetzt offiziell zu, daß sie am roten Donnerstag zur Bekämpfung der Massenkundgebungen Flugzeuge eingesetzt hatten. Zwei Polizei-Eindecker kreisten über der Hauptstadt und standen funkentelegraphisch in Verbindung mit Polizeiautomobilen einerseits und der Polizeipräfektur andererseits. Die Polizei plant, die Flugzeuge ständig gegen die Arbeiterschaft einzusetzen. Der Gefahr einer Störung des Sendeapparates seitens der Demonstranten, die die Polizei auf eine falsche Fährte zu lenken versuchen werden, glauben die Behörden sich dadurch erwehren zu können, daß sie dem Bedienungspersonal der Sender für jeden Tag eine neue Parole geben.

Daß die Pariser Arbeiterschaft trotz dieser modernsten Taktik der Polizei am Welterwerbslosentag die Straße beherrschte, zeugt davon, daß kein Terror der Herrschenden die revolutionäre Kampfkraft brechen kann.

Unaufhaltsame Fortschritte der Kollektivierung

Moskau, 12. März. Nach Angaben des Ackerbaukommissariats sind bis zum 1. März 55 Prozent der Bauernwirtschaften kollektiviert worden gegen 52,7 Prozent am 20. Februar und 42,4 Prozent am 10. Februar. Die Sowjetunion **zählt insgesamt 1 102 000 Kollektivwirtschaften, die 14 284 000 Bauernwirtschaften umfassen. Im Besitz der Kollektivwirtschaften befinden sich 48,5 Prozent des gesamten Arbeitsviehs des Landes und 87 868 000 Hektar Ackerland.**

Der 6. März in Polen

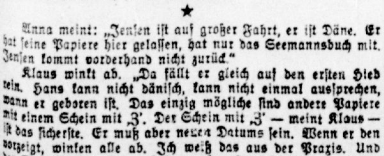
Warschau, 12. März. Unter der Führung kommunistischer Sejm-Abgeordneter haben am 6. März in Polen in den verschiedenen Industriezentren Massenkundgebungen von Arbeitslosen stattgefunden. Die Kundgebungen verliefen überall unter großer Begeisterung der teilnehmenden Arbeitslosen, die ihre Redner vor den polizeilichen, faschistischen und sozialfaschistischen Ueberfällen entschlossen verteidigten.

Im Kohlenbecken von Dombrova und in Lodz haben sich die Demonstranten trotz der Polizeiangriffe einige Stunden lang gehalten. In Westweißrußland, insbesondere in Wilna und Slonim, wo die Vertreter der weißrussischen Bauern- und Arbeiterfraktion des Sejm die Massen zum Kampfe anfeuerten, verliefen die Kundgebungen unter mächtiger Begeisterung der Erwerbslosen. Mit besonderer Rücksichtslosigkeit griff die Polizei die Kundgebungen in der West-Ukraine an, wo die Demonstranten von Sejm-Abgeordneten der „Selrob" geführt wurden.

Die faschistische Diktatur wandte an diesem Tage verschärften Terror an. In Warschau wurde das Arbeitslosenkomitee der Vorstadt Praga verhaftet, und in ganz Polen sind Massenverhaftungen vorgenommen worden.

Reichskongreß der KPF.

Paris, 9. März. Heute wurde in Paris vor zahlreichen Delegierten unter dem Vorsitz des Präsidiums des EKKI. und aller Opfer der Repressalien im In- und Auslande sowie der Kämpfer in den Kolonien und unter dem geschäftsführenden Vorsitz des Genossen Cachin die Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Frankreichs eröffnet.



Copyright by Agis-Verlag, Wien-Berlin.

4. Fortsetzung

Klaus puffte den Qualm seiner Zigarette in die Ecke der Küche und sagt zum Schluß: „Daß die dummen Proleten sich die Führer verloren haben, das war der Fehler. Sie sind alle feige. Für die Geldsäcke lassen sie sich umbringen, für sich haben sie keine Courage. Ich hätte gar nicht nötig, mich in die Reisen zu setzen. Ich sitze warm mit meinen zwei Jahren Z. Aber ich meine doch, es geht um die Sache. Das haben sie nicht begriffen. Vorderhand ist alles aus, die Bande ist ja rein verrückt. — Aber das dicke Ende kommt nach."

Ich schaue mir Klaus von der Seite an. Sein kräftiges Kinn sitzt auf dem muskulösen Hals wie aus Marmor gemeißelt. Die eine Seite seines schwarzen Schnurrbartes steht etwas nach oben, die andere kaum merklich nach unten. Seine massive Stirn ist in der Mitte durch eine große Falte geteilt. Die braunen Augen schauen traurig und scheinbar teilnahmslos an die Küchenuhr. Ein Bild urwüchsiger Kraft und Selbstlosigkeit. — Wenn mir jemand helfen kann, so ist es Klaus!

★

Anna meint: „Jensen ist auf großer Fahrt, er ist Däne. Er hat seine Papiere hier gelassen, hat nur das Seemannsbuch mit. Jensen kommt vorderhand nicht zurück."

Klaus winkt ab. „Da fällt er gleich auf den ersten Hieb rein. Hans kann nicht dänisch, kann nicht einmal aussprechen, wann er geboren ist. Das einzig mögliche sind andere Papiere mit einem Schein mit ‚Z'. Der Schein mit ‚Z' — meint Klaus — ist das sicherste. Er muß aber neuen Datums sein. Wenn er den vorzeigt, winken alle ab. Ich weiß das aus der Praxis. Und der Einfachheit halber muß Hans eben Hans bleiben, damit sich keiner verquatscht."

So war ich innerhalb einer Woche im Besitze der Bescheinigung, daß ich mit Schimpf und Schande aus dem Heer ausgestoßen bin. Der Schein war echt. Die ursprüngliche Schrift sachverständig ausgemalchen, die neue kräftig draufgemalt. Der frühere Inhaber desselben bekam von Klaus eine Bescheinigung, daß er während der belagten zwei Jahre als treuer, ehrlicher, zuverlässiger Arbeiter bei der Firma Pimkel u. Söhne gearbeitet und jedermann zu empfehlen sei. Das neue Datum des Scheines behob die Schwierigkeit der Beschaffung des letzten polizeilichen Abmeldescheines, auf den die Polizei so großen Wert legt. „Man muß bu", klärt mich Klaus noch auf, „zur Vorsicht ein paarmal die Wohnung wechseln und als zweite Vorsicht nicht da wohnen, wo du gemeldet bist, und abwarten. Wenn innerhalb zweier Wochen nichts kommt, dann brummt der Laden. — Aber hier muß du fürs erste verschwinden, die Bude ist zu heiß."

„Wohnst erst mal bei meiner Schwester Lieschen", meint Anna. „Sie kommt morgen her. Ich werde mit ihr sprechen."

Ich nehme mit einem Gemisch von Freude und Scham zur Kenntnis, daß ich fürderhin Hans Kiefernholz heiße, letzter Aufenthalt Zuchthaus Ebrach in Bayern. Meine alten Papiere gebe ich Anna mit der Bitte, sie gut aufzuheben. Ich habe das Gefühl, daß ich sie bald wieder brauche. Verdammtes Gefühl!

★

Ich hole mir am Abend eine andere Schlafkarte im Gewerkschaftshaus.

„Verbandsbuch?"

Ich, Hans Kiefernholz, suche nach dem Verbandsbuch von Hans Betzoldt. Ein Glück, daß Anna das Verbandsbuch von Hans Betzoldt in Verwahrung hatte, sonst war vielleicht der Kladderadatsch schon da. Ein Glück!

„Verloren?" fragt der Schaltermensch. Ich suche krampfhaft nach einer Lüge und sage: „Vielleicht aus Versehen im Koffer gelassen." Ich bezahle den vorschriftsmäßigen Aufschlag und schlafe als „Kiefernholz".

Morgens um sechs Uhr kommt die Kriminalpolizei.

Ich gebe die „linken Flappen" hin und habe vorderhand nur den einen Wunsch, der Kerl möchte etwas schwerhörig sein, damit er mein Herzklopfen nicht hört. Er gibt mir jedoch nach kurzer Musterung meine Papiere zurück, ohne ein Wort zu sagen.

Kiefernholz ist ein behördlich zugelassener Name. Ich fühle, wie sich meine Sicherheit festigt. Ich komme nachmittags zu Anna und bin guter Laune.

„Alles klar gehn?" erkundigt sie sich. „Komm mal rin." Sie geht mit mir in die Küche und sagt: „Ich hab mit Lieschen gesprochen. Dort ist kein Platz. Ein junges Mädchen, die außer Stellung ist, wohnt bei ihr. Sie ist mit ihr in der Stube, wirst sie gleich sehen. Aber bei Frau Tiebig kannst du wohnen. Du wirst sie nicht kennen. Ihr Mädel ist aus der Erziehungsanstalt ausgerückt und war einige Tage hier. Sie muß sich noch verstecken, sonst fangen sie sie wieder ein. Du hast doch früher die kleine Elle schon gesehen? Wenn es dir nicht gefällt, kannst ja wieder ausziehen."

„Warum wieder ausziehen?" Mir scheint, Anna will andeuten, daß das da wahrscheinlich nur ein Notbehelf sein kann.

„Ick kann di dat jo segn", meint Anna dann. „Elle hat noch 'n Schwester, die geit wohl 'n bern upn Bummel. Aber dat geit di jo nix an. Du löpst ja blos doa!" — Und als ich mit der Antwort zögere, meinte Anna: „Ick men man bloß, wenn du nicht wullt, sog ick ehr nix!"

„Vorderhand werd' ich dort schlafen, wenn es geht", entschließe ich mich. „Ich muß mir ja sowieso Arbeit suchen und bin tagsüber weg."

★

Ich sitze nun in meinem neuen Heim und träume von Sophie Bäumlein, dem jungen Mädchen, das bei Lieschens Schwester wohnt.

Sie mußte von Helgoland flüchten und versuchte in Hamburg Arbeit zu bekommen.

„Auf den Lohn müssen Sie verzichten", sagte man ihr. „Unsere tapferen Feldgrauen bringen noch größere Opfer." Ein Kommerzienrat sagt ihr das, der auf gar nichts verzichtet und den Lohn der Dienstboten auf Kosten der „tapferen Feldgrauen" in die Tasche steckt.

Und worin besteht meine Hilfe? Ich laufe mit Sophie bis nach Altona und rede das Gegenteil von dem, was ich denke. Markiere den „Weiberkenner", den „Skeptiker", tue „kühl" und lasse mich auslachen. Denn dieses Lachen war deutlich! So verstehend wie eine große Schwester, die sagen will: „Ach, du bist gar nicht so! Willst ein bißchen aufschneiden! Bist vielleicht ein ganz guter Kerl; ein bißchen albern, aber das gibt sich." Sie hat mich auch gar nicht ernst genommen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0011

Rund um den Erdball

Prügelminister Macdonalds neunschwänzige Katze

Im Londoner Wandsworth-Gefängnis stürzte sich dieser Tage ein Gefangener ins Treppenhaus, um der Prügelstrafe, die heute noch in England gesetzlich besteht, zu entgehen. Die englischen Zeitungen veröffentlichen anläßlich dieses Vorfalles Einzelheiten über diese mittelalterliche Tortur, die tagtäglich von den Richtern der Klassenjustiz über Gefangene verhängt wird.

Der Gefangene wird vor der Auspeitschung, die mit einer Lederpeitsche, einer sogenannten „neunschwänzigen Katze" erfolgt, ärztlich untersucht, um nach Möglichkeit einen tödlichen Ausgang der Folter zu vermeiden. Je nach dem Urteil werden 10 bis 15 Streiche auf den nackten Rücken des Opfers geführt. Die wenigsten halten diese Marter aus und müssen schon nach den ersten Streichen ins Lazarett gebracht werden. Der Rücken der Gefangenen „Ihrer Majestät" gleicht nach der Auspeitschung einem blutigen Brei, und die Striemen der Peitsche sind bis ans Lebensende sichtbar.

In England regieren bekanntlich nicht mehr die Konservativen, sondern die Bundesgenossen der deutschen Sozialfaschisten, die englischen „Sozialisten", mit Macdonald an der Spitze. Unter der Regierung dieser Leute, die sich eben jetzt mit den Pfaffen der ganzen Welt zum Kreuzzug gegen den „bolschewistischen Terror" verbünden, die im Namen der Menschlichkeit den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten, feiern die Torturen des Mittelalters ihre Orgien. Es steht diesen „Sozialisten" mit der neunschwänzigen Katze in der Hand wahrlich gut an, über „blutige Religionsverfolgungen" im Sowjetstaat zu heulen!

Bergwerkskatastrophe in Amerika

Zwei Kumpels tot — 75 eingeschlossen

Im Warner Bergwerk in Steubenville im amerikanischen Staate Ohio ereignete sich am Montag abend eine schwere Schlagwetterexplosion, durch die in einem Teil der Grube Feuer ausbrach. Durch diese Flammen wurden 75 Bergleute von den Außenwelt abgeschlossen. Da die telephonische Verbindung von Schacht und Außenwelt ebenfalls unterbrochen war, befürchtete man stundenlang für das Schicksal der Eingeschlossenen das Schlimmste. Erst spät in der Nacht gelang es, sämtliche eingeschlossenen Bergleute, mit Ausnahme von zwei Toten, zu retten. Von den Geretteten haben mehrere Brandverletzungen erlitten.

Gemeiner Ueberfall auf einen Kriegsblinden

Einen Ueberfall auf einen Kriegsblinden verübte gestern abend in Berlin ein Händler, um sich in den Besitz von dessen Brieftasche zu setzen. Der Händler hatte den Blinden in einer Wirtschaft beobachtet, daß er Geld bei sich trug. Auf der Straße näherte sich der Händler dem Blinden als Helfer und bot sich an, ihn über die Straße zu geleiten. Dabei gelang es ihm, dem Hilflosen die Brieftasche zu entwenden. Doch der Blinde hatte den falschen Griff gemerkt. Schnell entschlossen hetzte er seinen Führerhund auf den Flüchtenden, der ihm in mächtigen Sprüngen nachsetzte und ihn bald an den Beinen zu packen hatte. Erst einer herbeieilenden Polizeistreife gelang es, Dieb und Hund zu trennen. Mit empfindlichen Verletzungen wurde der Dieb zur Wache gebracht. Hier entschuldigte er seine Tat mit sinnloser Betrunkenheit.

Zwei Todesurteile an Raubmördern

Der vierfache Raubmörder Stanislaus Szmaj, der am Sonnabend nach dreitägiger Verhandlung vom Koblenzer Schwurgericht wegen Mordes an vier **polnischen Staatsangehörigen viermal zum Tode verurteilt** worden war, hat am Montag im Gefängnis **die Blutjaten eingestanden.** Damit haben die Verbrechen, die der Verurteilte während der Verhandlung hartnäckig bestritt, ihre endgültige Klärung gefunden. Der geständige Mörder hat auf jedes Rechtsmittel verzichtet, so daß das vierfache Todesurteil **rechtskräftig geworden** ist.

Das Schwurgericht in Schwäbisch-Hall hat den 25jährigen Dienstknecht Lepples wegen Ermordung und Beraubung der 23jährigen Frida Schicker aus Hütten zum **Tode verurteilt.**

Schneesturm im Gouvernement Omsk

Nach Moskauer Meldungen herrscht im **Gouvernement** Omsk ungewöhnlich starker Schneesturm. Der Schnee liegt etwa **2½ Meter hoch.** Die Eisenbahnverbindungen sind **vollständig unterbrochen.** Der Sturm erreichte zeitweise eine solche Stärke, daß er die Dächer von den Eisenbahnwagen fortriß.

Feuersbrunst zerstört 50 Häuser

Nach Pariser Meldungen hat ein Riesenfeuer in der Ortschaft **Montvernier** in Savoyen 50 Häuser **eingeäschert. 20 Arbeiterfamilien sind obdachlos.**

Massenerkrankung durch vergiftete Süßigkeiten

In einem Dorfe in der Nähe der **italienischen Stadt Catania** erkrankten rund 50 **Personen** nach dem Genuß von **Bonbons** unter Vergiftungserscheinungen. **Zwei Kinder** sind bereits **gestorben,** viele andere **schweben in Lebensgefahr.**

Der Tod im Schwefelbergwerk

In einem sizilischen **Schwefelbergwerk** wurden **vier Arbeiter durch in den Stollen stürzende Erdmassen verschüttet.** Um die Leichen der Verschütteten bergen zu können, rechnet man mit **zwei Tagen Aufräumungsarbeiten.**

Die Byrd-Expedition in Neuseeland gelandet

Sechs Mitglieder der antarktischen Byrd-Expedition trafen nach Ueberwindung übermenschlicher Strapazen auf einem Motorboot in Neuseeland ein. Sie wurden von der Menge stürmisch begrüßt.

Grausiges Geständnis des Versicherungsmörder Tetzner

Er hat sein Opfer gefesselt, mit Benzin übergossen und bei lebendigem Leibe verbrannt

Der Leipziger Kaufmann Tetzner, der beschuldigt wird, im November vorigen Jahres auf einer Landstraße zwischen Leipzig und Hof einen Unbekannten in seinem Auto gefesselt, mit Benzin übergossen und dann bei lebendigem Leibe verbrannt zu haben, hat dieses grausige Verbrechen endlich gestanden. Er wollte mit diesem Mord einen Raubmord an sich selbst vortäuschen, um dadurch seine Frau in Genuß seiner eigenen hohen Lebensversicherungssumme zu setzen. Der Versicherungsmörder Tetzner hat nunmehr auch den zunächst abgeleugneten Mordversuch an dem Mechaniker Ortler zugegeben.

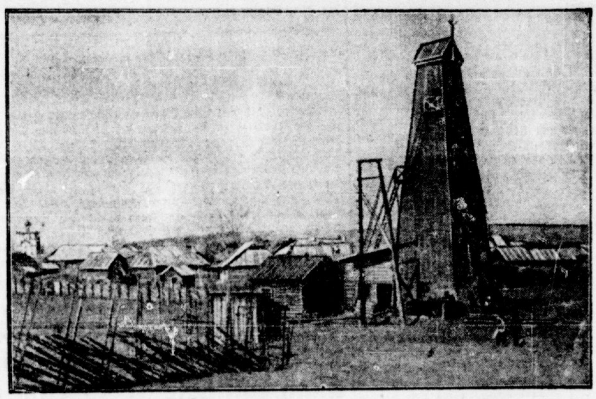
Des weiteren hat Tetzner eingestanden, daß **seine Frau nicht nur von dem Plan Kenntnis hatte, sondern ihn sogar ausdrücklich gebilligt hat.** Die Verdachtmomente gegen die vor einiger Zeit ebenfalls verhaftete **Kassiererin Nagel aus Regensburg,** die dringend der Mitwisserschaft beschuldigt wurde, sind nun so weit entkräftet, daß gegen ihre Haftentlassung nichts mehr eingewendet werden kann.

Tatsächlich glaubte die Polizei wochenlang, daß der im Auto zwischen Leipzig und Hof verbrannte Unbekannte wirklich der Leipziger Kaufmann Tetzner sei.

Doch dieser war nach Begehen seines grausigen Verbrechens nach Straßburg geflohen und konnte dort rein zufällig durch ein Telephongespräch ermittelt und verhaftet werden.

Der Prozeß gegen diesen kaltblütigen Verbrecher wird am 7. April vor dem Regensburger Schwurgericht beginnen. Die durch das Geständnis ihres Mannes schwer belastete Frau Tetzner hat, um den Termin des Prozesses hinauszuschieben, für sich eine Untersuchung ihres Geisteszustandes beantragt.

Ural-Petroleum



Der erste Schürfbohrturm

wurde im Herbst 1928 auf der Suche nach Kalisalze im Dorfe „Werchne-Tschussowskije Gorodki" am Flusse Tschussowoje angelegt. Glänzlich unerwartet fand man in einer Tiefe von 340 Metern Petroleum. Im Frühjahr 1929 wurden weitere Bohrungen bis zu einer Tiefe von 414 Metern vorgenommen. In diesem Stadium begann das Erdöl springbrunnenartig aus dem Bohrloch zu schießen, das täglich 40 Tonnen Erdöl bester Qualität herzog.

Heute stehen hier 43 Bohrtürme, die keinem profitgierigen Petroleumkönig, sondern dem russischen Arbeiter- und Bauernstaat gehören, und aus dem ehemaligen weltverlorenen Dörfchen Gorodki ist bereits ein beachtliches Industriestädtchen geworden.

Verzweifelter Rentenkampf eines lebenden „Toten"

Verhängnisvolle Verwechslung im Kriegslazarett — Den Lebenden für tot und den Toten für lebend erklärt — Zum Hungertode verurteilt

Als im August 1914 die Vaterlandsverteidiger von Deutschland und Oesterreich ins Feld rücken mußten, um die diversen Erbfeinde zu schlagen, schloß sich auch August Hautzendorfer, ein braver Landarbeiter aus der Steiermark, der glorreichen kaiserlich-königlich-österreichischen Armee an. Wie viele andere, kämpfte auch er als braves Schlachtopfer und und wurde in Przemysl verwundet und mit einem

Kopf-, Lungen-, Fuß- und Handschuß in ein Grazer Kriegslazarett eingeliefert.

Aber auch seinen Vetter namens August Hautzendorfer ereilte das gleiche Schicksal, nur mit dem Unterschiede, daß Veiter August an den Folgen der Verwundungen den Heldentod erlitt, während der Landarbeiter zwar hundert Prozent Invalide blieb, aber immerhin mit dem Leben davonkam.

Am 20. Dezember 1919 wurde Vetter August Hautzendorfer auf dem Grazer Militärfriedhof begraben. Von dieser Stunde an begann der österreichische Amtsschimmel die tollsten Bocksprünge zu machen.

Der Lebende wurde für tot, und der Tote August Hautzendorfer für lebend erklärt.

Eine Richtigstellung erfolgte vorerst nicht, da es dem Toten ziemlich gleichgültig sein konnte, ob ihn jemand für lebend erklärt, während der Lebende lange Monate in einem Dämmerzustand lag und eine empfindliche Störung seines Gedächtnisses davontrug. Aber eines Tages war er doch soweit zusammengeflickt, daß er aus dem Lazarett entlassen werden konnte. Sein erster Gang war zu der Invalidenversicherungsanstalt. Doch da kanzelte man ihn nicht schlecht ab:

„Was, Rente wollen Sie? Sie Schwindler sind doch tot!"

Hier war also nichts zu machen. Der Kriegsinvalide konnte reden was er wollte, man glaubte ihm einfach nicht.

Nach monatelangem vergeblichen Kampf um die Anerkennung seines Lebens nahmen sich der Verzweifelten einige im politischen Leben Oesterreichs stehende Persönlichkeiten an, mit dem Erfolg,

daß er zehn Jahre nach seinem offiziellen Tode wieder als lebender Zeitgenosse auch von Amts wegen anerkannt wurde.

Statt aber nunmehr alles mögliche zu tun, um diesen demokratischen Bockmist wieder gut zu machen, **verweigerte man ihm kategorisch die ihm zustehende Invalidenrente** mit der fadenscheinigen Ausrede, er habe **die Anmeldefrist versäumt.** „Nach Paragraph 30, Absatz 1, hätte Antragsteller sich bis zum sounbsoviel 1 melden müssen!"

Nun begann für August Hautzendorfer ein wahres Hundeleben, und da er in Wien nicht ganz verhungern wollte, wanderte er schließlich als Aufbauarbeiter nach **Frankreich** aus. Dort aber konnte man ihn infolge seiner schweren Verwundungen als Erdarbeiter nicht gebrauchen, und so tippelte er von Frankreich wieder nach Oesterreich zurück. In Wien angekommen, ging er ins Obdachlosenasyl und bat um eine Suppe. Tagelang hatte er nichts gegessen, nächtelang war er obdachlos durch die Straßen geirrt. Aber statt ihm eine Suppe zu verabfolgen,

erschien ein österreichischer Wachmann, um ihn aus irgend einem Grunde zu verhaften.

Doch als dieser die Leidensgeschichte August Hautzendorfers erfuhr, ließ er den Unglücklichen laufen.

Wer nun glaubt, daß eine solch empörende Behandlung eines Kriegsopfers nur in Oesterreich möglich ist, der irrt sich. Millionen von zerschossenen Kriegskrüppeln in allen Ländern müssen sich mit den kapitalistischen Behörden um die Bewilligung selbst des geringsten Existenzminimums geradezu herumschlagen, ohne dabei etwas Rentenswertes zu erreichen. Aus diesen und ähnlichen haarsträubenden Vorfällen haben die Kriegsopfer aller Länder den Schluß zu ziehen, daß sie nur Seite an Seite mit der revolutionären Weltarbeiterschaft im Kampf gegen den Imperialismus ihr Recht auf ausreichende Unterstützung erkämpfen können. Nur ein proletarisches Vaterland wird seine zerschossene Verteidiger nicht verhungern lassen.

Geheimnisvoller Raubmord

Die 50jährige Emilie Simon aus Schloin bei Grünberg wurde am Sonntag in einem Walde bei Schloin **ermordet aufgefunden.** Frau Simon hatte sich am Sonnabend nach Grünberg begeben, um einen **Krankenhausbesuch zu machen.** Zu diesem Zweck hatte sie 12 Mark, einen **Rucksack** und wahrscheinlich auch ein **Handkörbchen** mitgenommen. Diese Gegenstände sind bei der Toten **nicht mehr vorgefunden** worden. Polizeiliche Ermittlungen vermochten bisher nicht Licht in diese geheimnisvolle Geschichte zu bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300312-19/fragment/page=0012